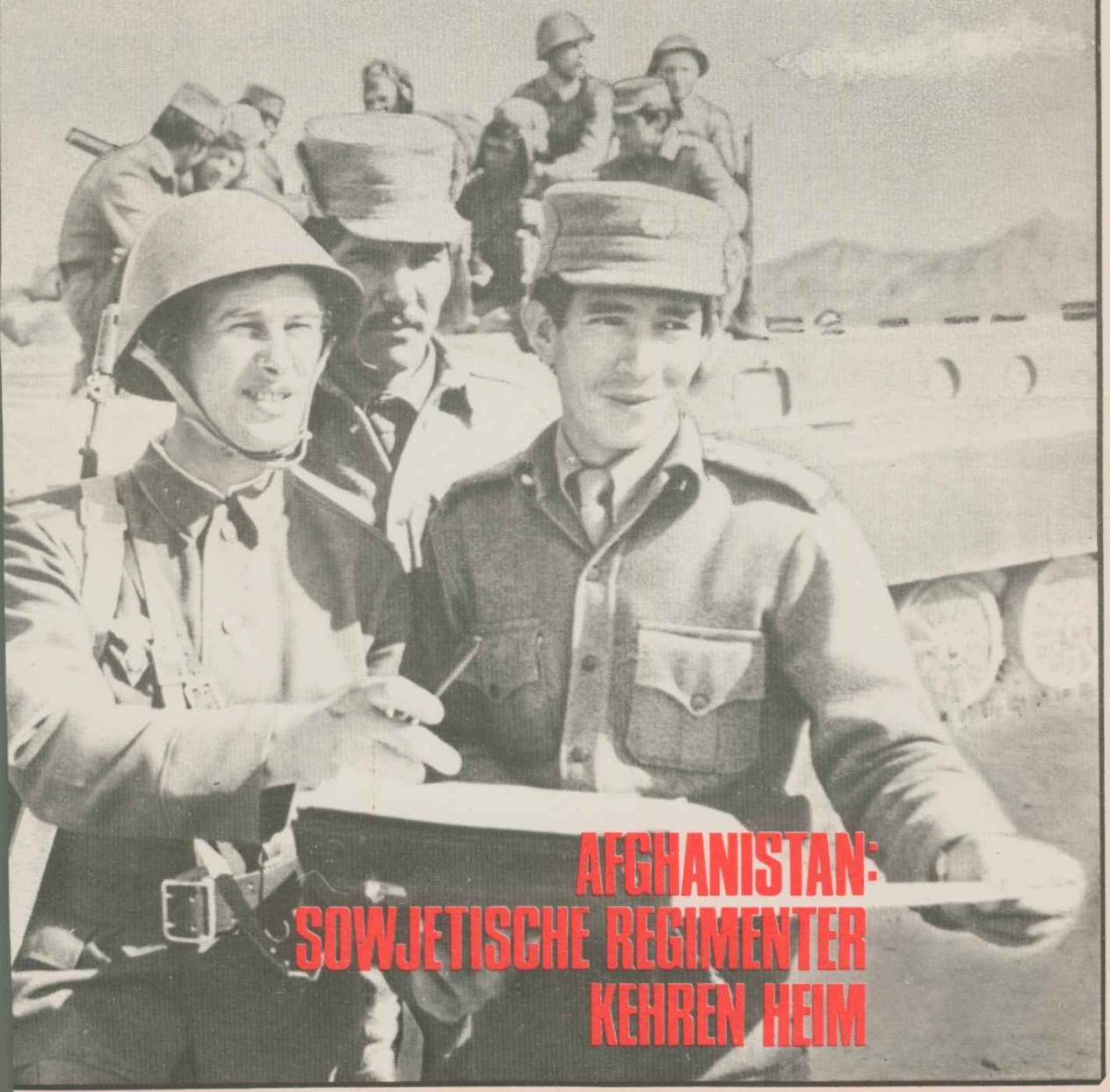
Nr. 44 ● OKTOBER 1986 MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK ISSN 0233—8335

aufgenommen

Institut der Zollverwaltung der DDR
„HEINRICH RAU"
1501 Plötzin, Ortst. Plessow 2
Postfach 600
Fachbibliothek

NEUE ZEIT



AFGHANISTAN: SOWJETISCHE REGIMENTER KEHREN HEIM

TBILISSOBA

Uber dieses farbenfrohe Fest der georgischen Hauptstadt Tbilissi erzählt das Akademiemitglied der AdW der Georgischen SSR Irakli Abaschidse, Held der sozialistischen Arbeit, bekannter georgischer Dichter.

Seit fünfzehn Jahrhunderten ist Tbilissi die Hauptstadt Georgiens, eines der ältesten Staaten Asiens. Vor etwa einem Vierteljahrhundert begingen wir Tbilissier dieses Datum durch ein grandioses Fest. Damals kam der Gedanke auf, mit der Wiederherstellung von Alt-Tbilissi zu beginnen, dort archäologische Ausgrabungen vorzunehmen und die Vergangenheit der Stadt zu erforschen. Tbilissi war ja schon jahrhundertelang dagewesen, noch bevor es Hauptstadt wurde.

Die Wiederaufbauarbeiten begannen natürlich in den ältesten Vierteln, in jenem Tbilissi, das vom schrecklichen Herrscher des benachbarten Persien Agha Mohammad-Khan 1795 rücksichtslos zerstört, niedergebrannt und der Erde gleichgemacht wurde, als er sich endgültig davon überzeugen mußte, daß das von zahlreichen Angriffen der Feinde erschöpfte Georgien sich definitiv mit seinem großen Nachbarn im Norden, Rußland, vereinigen wollte. Der grausame Landräuber zerstörte und plünderte die georgische Hauptstadt damals zehn lange Tage, aber wie die Ausgrabungen gezeigt haben, blieb zum Glück vieles vom Feuer und Schwert der Feinde verschont. Buchstäblich vor unseren Augen lebten alte Badehäuser, die Karawanserei, unterirdische Lager, viele andere Bauten wieder auf. Heute bilden sie das herrliche Ensemble von Alt-Tbilissi, dessen Einmaligkeit die zahlreichen Gäste bewundern. Und diese Wiederauferstehung der Altstadt, ihre zweite Geburt rief den Gedanken an das Tbillissoba-Fest ins Leben.

Das Fest ist an kein Datum gebunden, eher ein Namenstag des alten und neuen Tbilissi, das im Oktober fällig ist.

Da sieht unsere Stadt besonders schön und farbenprächtig aus. Mit den reichen Gaben des Herbstes geladene Autos strömen aus ganz Georgien in die Hauptstadt.

Jeder Rayon hat auf diesem Fest seinen Platz. Das Tbilissoba beginnt in den wiederaufgebauten Vierteln. In den engen Straßen, wo keine zwei PKWs nebeneinanderfahren können, sieht man altgeorgische Schauspiele, hört man uralte städtische Melodien, Gedichte der alten Tbilissier Barden, der Lyriker verschiedener Zeiten und Völker, die Tbilissi liebevoll besingen. Auf Podien treten bekannte Schauspieler in alten Trachten, wie sie in Tbilissi einst getragen wurden, auf; Pferdedroschken fahren durch die Straßen, Schalmeien und Drehorgeln dudeln.

Es ist üblich, an diesem Tag Menschen, die sich um unsere Stadt verdient gemacht haben, den Titel des Ehrenbürgers von Tbilissi zuzuerkennen. Unter ihnen sind heute Arbeiter, Wissenschaftler, Kunstschaffende und Vertreter der Öffentlichkeit nicht nur Georgiens, sondern auch aller verbrüderten Unionsrepubliken.

Willkommen zu unserem Fest!





Fotos: G. Ginsburg

WIR STEHEN ZU UNSEREN VORSCHLÄGEN

AUS MICHAIL GORBATSCHOWS ANSPRACHE IM SOWJETISCHEN FERNSEHEN AM 22. OKTOBER

Bei allem Dramatismus — sowohl der Verhandlungen selbst als auch ihrer Ergebnisse — hat uns das Treffen in Reykjavik vielleicht erstmalig seit Jahrzehnten auf der Suche nach den Wegen zur nuklearen Abrüstung so weit gebracht... Im Ergebnis des Treffens sind wir nicht nur bei der Analyse der Situation, sondern auch bei der Bestimmung von Zielen und Rahmen möglicher Vereinbarungen über die nukleare Abrüstung auf eine höhere Stufe gestiegen.

Reykjavik hat nicht nur Hoffnungen genährt, sondern auch die Schwierigkeiten auf dem Wege zu einer kernwaffenfreien Welt aufgezeigt.

Mit dem Militarismus, mit Profiten vom Wettrüsten verbundenen Kreise sind offensichtlich aufgescheucht...

Im Lager der Gegner von Entspannung und Abrüstung hat eine neue Kräfteumgruppierung begonnen und wird fieberhaft versucht, Hindernisse aufzutürmen, damit sich der in Reykjavik eingeleitete Prozeß im Sande verläuft.

Es begann eine geschäftige Kampagne zur Aneignung der gar nicht eigenen Vorschläge.

Etwas wird klarer, was früher sorgfältig verborgen wurde: In den amerikanischen und westeuropäischen herrschenden Kreisen gibt es mächtige Kräfte, die bestrebt sind, den Prozeß der nuklearen Abrüstung zu vereiteln, und gewisse Leute behaupten erneut, daß die Kernwaffen nachgerade eine Wohltat seien.

Das Wesen unserer Position, unserer Vorschläge besteht in folgendem: Wir sind für eine Reduzierung und dann auch die vollständige Beseitigung der Kernwaffen, aber entschieden gegen eine neue Etappe des Wettrüstens und seine Ausdehnung auf den Weltraum.

Deshalb sind wir gegen SDI und für die Stärkung des ABM-Vertrages.

... Die größte Gefahr von SDI sehen wir gerade in der Ausdehnung des Wettrüstens auf ein neues Medium, in dem Wunsch, mit Offensivwaffen in den Weltraum vorzudringen und so militärische Überlegenheit zu erlangen.

SDI steht der Einstellung des Wettrüstens und der Befreiung von den Kernwaffen im Wege, sie bildet das größte Hindernis auf dem Wege zu einer kernwaffenfreien Welt.

Viele Lügenmärchen wurden erfunden, um das Ansehen der SDI zu erhöhen. Eines davon ist, daß die Russen eine furchtbare Angst davor hätten. Ein weiteres ist, gerade SDI habe die Russen zu den Verhandlungen in Genf und dann auch in Reykjavik genötigt. Noch ein anderes ist, daß SDI die einzige Rettung Amerikas von der "sowjetischen Bedrohung" sei. Und schließlich noch eins, das besagt, SDI werde den Vereinigten Staaten einen weiten technischen Vorsprung gegenüber der Sowjetunion und vielen Ländern sichern, usw. usf.

Jetzt kann ich sachkundig nur eins sagen: Die Fortsetzung des SDI-Programms würde die Welt in eine neue Etappe des Wettrüstens treiben und die strategische Lage destabilisieren.

Alles übrige, was SDI zugeschrieben wird, ist in vieler Hinsicht recht zweifelhaft und geschieht dazu, diese verdächtige und gefährliche Ware in attraktiverer Verpackung an den Mann zu bringen.

Die "Sternenkriegs"-Pläne bilden das Haupthindernis für eine Vereinbarung über die Bannung der nuklearen Gefahr. Vergeblich stellt man in Washington die Sache jetzt so hin, als bewegten wir uns auf ein Abkommen zu.

Die Kernwaffen als Mittel zur Eindämmung der amerikanischen Aggression liquidieren und im Austausch dafür eine Bedrohung aus dem Weltraum erhalten — darauf könnten sich nur politische Einfaltspinsel einlassen. In der sowjetischen Führung gibt es die nicht!

Die Perspektive einer möglichen sowjetisch-amerikanischen gegenseitigen Verständigung erschreckte gewisse Leute so sehr, daß im voraus darangegangen wurde, völlig undenkbare Hindernisse zu errichten und "Vorbedingungen" auszuklügeln.

Es ist wohl so, daß diejenigen, die im Westen die Politik machen, an die Kernwaffen keineswegs im defensiven Aspekt denken. Sonst ist es kaum zu erklären, warum gegenwärtig nach Vorwänden gesucht wird, um die Raketen beizubehalten, oder warum das SDI-Programm durch Äußerungen auf Regierungsebene unterstützt wird.

Alle unsere in Reykjavik unterbreiteten Vorschläge sind objektiv mit den zentralen strategischen Waffensystemen verbunden. Unsere Zugeständnisse sind ebenfalls ein Teil des Pakets. Gibt es kein Paket, so gibt es auch keine Zugeständnisse.

Das ist eine Realität unserer nationalen Sicherheit. Doch gewährleistet ein solches Herangehen die Sicherheit auch der USA und aller anderen Länder.

Deshalb messen wir der Stärkung des ABM-Vertrages so große Bedeutung bei.

Ohne strikte Einhaltung von Verträgen, erst recht eines dermaßen fundamentalen Vertrages, kann die internationale Ordnung und elementare Stabilität nicht gewährleistet werden, würden Willkür und Chaos in der Welt grassieren.

Die Sowjetunion hat in ihre Vorschläge ein Maximum an gutem Willen gelegt. Wir ziehen diese Vorschläge nicht zurück, keineswegs!

NEUE ZEIT

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

НОВОЕ ВРЕМЯ · TEMPS NOUVEAUX · NOWE CZASY · TIEMPOS NUEVOS

NEW TIMES · nová doba · TEMPI NUOVI · TEMPOS NOVOS

44 OKTOBER 1986

Gründungsjahr 1943

1 Wir bleiben bei unseren Vorschlägen!

3 Politikastertum

6 Wie denkt man in der BRD über Reykjavik!

14 Die Achse Washington--Tokio--Söul

18 Europa von Helsinki bis Wien

20 Haiti. Rund um die Wahlurnen

22 Israel. Der Weg zur Kernbombe

26 Gesundheitsschutz auf amerikanisch

28 40 Jahre UNESCO

29 Albanien heute

30 Indiens uraltes Fest

PANORAMA (8), INTERVIEW (12), BIOGRAPHISCHES (15), INFORMATION, NOTIZEN, GLOSSEN (16), PERSONALIEN (21), WISSENSCHAFT, TECHNIK, MENSCHHEIT (27), DISKUSSION MIT DEM LESER (32).

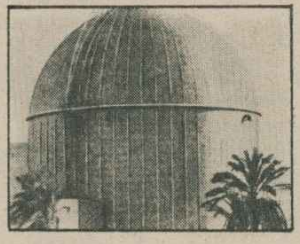
TITELBILD:
Foto: L. Jakutin



ERNEUERUNG

Interview mit dem Generalsekretär des ZK der Demokratischen Volkspartei Afghanistans, Najib

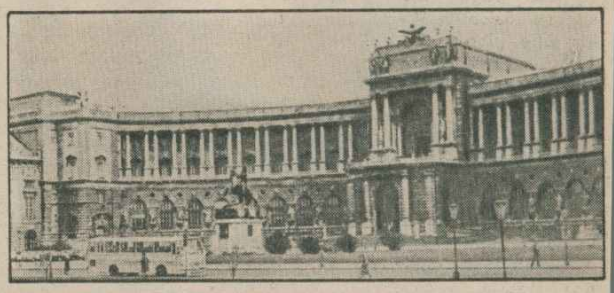
S. 12



„DIE WAFFE DES JÜNGSTEN GERICHTS"

Israels Geheimkrieg für die nukleare Herrschaft im Nahen Osten

S. 22



VON HELSINKI BIS WIEN

Gesamteuropäische Politik — Realität oder Utopie?

S. 18

RUND UM DIE WAHLURNEN

Das Washingtoner Modell für Haiti

S. 20



DISKUSSION MIT DEM LESER

Stimmt es, daß die Sterblichkeitsziffer in der UdSSR heute viel höher als in den westeuropäischen Ländern ist?

S. 32



RAMAS LETZTER PFEIL

trifft Ravana, und ein riesiger ausgestopfter Dämon geht in Flammen auf...

S. 3

Chefredakteur: V. IGNATENKO

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW, J. GUDKOW (Verantw. Sekretär), A. LEBEDEW, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), A. PUMPJANSKI (Stellv. Chefredakteur), V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur), V. ZOPPI

Gestaltung: A. GARANIN

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

POLITIK UND POLITIKASTER

Alexander PUMPJANSKI

Viele fragen sich, was für eine seltsame Saison in Washington jetzt denn herrsche. Ich glaube, ich weiß die Antwort: Präsident Reagan hat isländisches Wetter mitgebracht.

Dieses ist absolut unvoraussagbar. Wenn plötzlich ein Sonnenstrahl durch die schweren Wolken bricht, darf man sich freuen, jedoch nicht gleich den Mantel aufknöpfen, denn schon in einer Viertelstunde mag einem ein stechender nasser Wind ins Gesicht peitschen. Allerdings darf man auch einen Regen nicht tragisch nehmen, auch er kann in einer Viertelstunde ebenso überraschend aufhören, wie er begonnen hat. Und wenn man schon glaubt, allen diesen Wetterlaunen auf die Schliche gekommen zu sein, beginnt es zu hageln — wie das in der letzten Stunde der letzten — vierten, nicht geplanten — Runde des Gipfeltreffens war.

Isländisches Wetter in Washington

Hier schlägt das Wetter nicht einmal von Stunde zu Stunde, sondern von Minute zu Minute um. Am Sonntag, dem 12. Oktober, sah ganz Amerika in einer Pause zwischen den beiden Halbzeiten eines Spiels der "Cowboys" gegen die "Redskins" düstere, wie von Gewitterwolken überschattete Gesichter des Präsidenten und des Außenministers. Am nächsten Morgen zeigten die Leute um den Präsidenten strahlende Mienen und Zähne, und selbst der Außenminister erläuterte mit einem Gesicht, das kein Wölkchen schlechter Laune trübte, entwaffnend einfach: Er sei ausgeschlafen, die Müdigkeit und Enttäuschung wie weggeblasen. Außerdem danke er natürlich den Kollegen aus der NATO für den Empfang in Brüssel, wohin er gleich nach Reykjavik geflogen sei, denn sie erklärten ihm, einem Teilnehmer, den historischen Sinn des Erreichten.

Jaja, der vielzitierte gute Rat, der über Nacht kommt... Die Zeit wird uns helfen, uns die wahre Dimension dieser beiden Tage, die in vieler Hinsicht völlig ungewöhnlich waren und die Ost-West-Beziehungen vielleicht wie kein anderes Ereignis in den letzten 20 Jahren beeinflussen werden, genauer vorzustellen. Woher aber die jähen Wendungen?

Eine Woge der antisowjetischen Hysterie im September, unverkennbar im Schoß der Washingtoner "Aufklärungsgemeinschaft" geplant (die genau am Anfang der UNO-Vollversammlung vorgenommene Verhaftung Sacharows, der "Fall Daniloff", die freche Ausweisung von 25 Mitarbeitern der sowjetischen Vertretung bei der UNO). Dann die sensationelle Meldung, Reykjavik und die Erwartung guter Nachrichten. Darauf, ohne jede Pause, ein Ausbruch des Propagandakrieges, und Washingtons schwere Kanonen, von Shultz bis Perle, ganz zu schweigen vom Präsidenten selbst, wurden auf einmal aufgefahren. Als hätte das nicht genügt, wurde noch ein Schlag versetzt: Die Guillotine des Personalabbaus fiel, und die sowjetische Botschaft in Washington und das Generalkonsulat in San Francisco mußten 55 Mitarbeiter entlassen. Da wundert sich der Laie...

Nun gut, schon im November sind die Zwischenwahlen fällig, und man muß die Wähler so richtig durcheinanderbringen, denn sonst könnten zwei oder drei Senatoren oder Kongreßmitglieder gottbewahre nicht an die Plätze kommen, die die Administration und die republikanischen Bosse für sie vorgesehen haben. Und gewiß ist der "populärste Präsident" einfach verpflichtet, seinen Ruf als "meisterhafter Verhandler", als "harter Politiker, der es den Russen gezeigt" habe, zu bekräftigen. Obendrein müssen doch gewisse Anstandregeln gewahrt und Verpflichtungen wenn nicht gegenüber den Partnern, mit denen man die schwierigen Verhandlungen hatte, so doch gegenüber dem ganzen Ernst des erörterten Themas eingehalten werden.



Zeichnung: I.Smirnow

Politik und Politikastertum sind ein traditionelles Motiv für einen Journalisten, der das amerikanische Leben beobachtet. Einmal ließ Jimmy Carter die Worte fallen: "Mit nuklearen Arsenalen wird kein politisches Spiel getrieben." Leider wird es getrieben, und dies selbstvergessen.

Plagiat vor aller Augen

Gleich nach Reykjavik wurde Politik durch Politikastertum verdrängt. Die Aufgabe Nr. 1 hieß: Aneignung Reykjaviks. Denkt nicht mehr daran, daß die amerikanische Sturheit eine Vereinbarung vereitelte oder daß, wie sich jemand ausdrückte, "der Große Kompromiß an der Großen SDI-Illusion zerschellte".

Edward Kennedy ist empört: "Es ist kaum anzunehmen, daß ein anderer Präsident aus der Nachkriegszeit die Möglichkeit, die sich in Reykjavik bot, versäumt hätte."

Der Präsident habe "den Sperling in der Hand dem Kuchen im Jenseits" vorgezogen, meint Barney Frank vom Repräsentantenhaus mit traurigem Humor.

"Wir haben die Chance der Generation versäumt", klagt Ex-Verteidigungsminister James Schlesinger.

Stopft euch die Ohren zu und vergeßt das alles! Und flucht auf die Russen, denn sie versuchten — kaum zu glauben! —, das Lieblingskind des Präsidenten, die "Strategische Verteidigungsinitiative", in der Wiege abzuwürgen. Selbstverständlich konnte der Präsident das nicht dulden. Er ist bereit, "eine Meile mehr entgegenzukommen", doch werde er nie "mit der Freiheit und Zukunft Amerikas handeln".

Ein ohrenbetäubendes Politikastertum spielt die Politik an die Wand. Reykjavik wird vor aller Augen zerstückelt. Wenn keine Vereinbarungen getroffen wurden, so sind nur die Russen daran schuld, aber daß sie beinahe getroffen worden wären, ist natürlich ein Verdienst der Amerikaner.

Das Opfer eines Plagiats kann sich immer noch damit trösten, daß der Plagiator das bestohlene Werk auf seine Art hoch eingeschätzt hat. Die amerikanischen Versuche, sich die politischen Ergebnisse von Reykjavik anzueignen, sind, wenn man will, ebenfalls eine Form anzuerkennen, daß dort Wertvolles erzielt wurde. Freilich wünscht man sich,



Am 25. Oktober, einem sonnigen Sonnabendmorgen, versammelten sich Tausende Moskauer an den Sportanlagen "Olimpijski". Sie trugen Transparente mit den Forderungen: "Nukleares Wettrüsten auf der Erde stoppen, es im Weltraum verhindern!", "Volle und sofortige Einstellung aller Nuklearexplosionen!" Unter dem Appell von Kopenhagen, den Vertreter der Öffentlichkeit aus den Ländern der "Sechs von Delhi" angenommen hatten, setzten Tausende und Abertausende Einwohner der sowjetischen Hauptstadt ihre Unterschriften. Im Rahmen der Aktionswoche der UNO für die Abrüstung kamen sie zu diesem Meeting, viele von ihnen waren am Vortag auf einer Versammlung anläßlich des UNO-Tags und des Internationalen Friedensjahres gewesen.

"Ich habe die Erde während des Krieges aus der Höhe eines Kampfflugzeugs erlebt", sagte Kosmonaut Georgi Beregowoi auf dem Meeting. Das war eine Erde, voller Leid, Blut und Tränen, eine von Panzern zerwühlte Erde. Ich habe die Erde von einem Raumschiff aus erlebt, eine in ihrem blauen Strahlenkleid schöne, friedliche Erde, eine Erde, die dem Aufbau lebt. Hat man beides erlebt, so empfindet man noch intensiver die ganze Richtigkeit des Axioms des nuklearen Zeitalters: Die Erde ist unser gemeinsames Haus, das einzige, das die Menschheit besitzt, ein schönes und sehr verwundbares Haus. Dies zu erkennen, bedeutet, einen Schritt von der Gefahr des nuklearen Infernos weg und zur Rettung der Menschheit hin zu tun."

Die in Reykjavik bekanntgegebenen sowjetischen Vorschläge haben, wie Arbeiter, Wissenschaftler und Studenten auf dem Meeting betonten, dem Kampf für eine kernwaffenfreie Zukunft einen neuen Impuls gegeben. Nun sieht die Menschheit, daß die Beseitigung der nuklearen Gefahr real und möglich ist. Von dieser Entschlossenheit und Hoffnung waren alle Teilnehmer des Meetings durchdrungen.

Die Herbstaktionen der Friedenskräfte sind im vollen Gange. In der Avantgarde marschieren wie immer die Friedensanhänger aus der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern. In Leningrad und Taschkent, Orjol und Wolgograd, in zahlreichen anderen sowjetischen Städten finden Kundgebungen, Manifestationen, Ausstellungen von Plakaten, Friedensaufgebote, Umzüge der Jugendlichen und Sonderschichten für den Friedensfonds statt.

Foto: W. Panow

daß die große Politik ein bißchen respektabler aussieht.

Was überhaupt nicht angeht, ist die Verzerrung von Tatsachen.

Wie sehr litten wir Journalisten in Reykjavik unter dem Blackout, der amtlich vereinbarten Bedingung, keine Informationen über die Schwelle des "Höfti" herauszulassen. Nun, der Wortschwall, der aus Washington nach dem Treffen kam — eine wahre Sinnflut tendenziöser Erklärungen —, ist doch wohl eine reichliche Entschädigung für das zweitägige Schweigen-Müssen.

Politikastertum ist nicht nur, wenn den Zielen des innenpolitischen Kampfes die Fragen von Krieg und Frieden im Nuklearzeitalter — die "Schicksalsfragen" — geopfert werden.

Politikastertum ist auch, wenn man schon nach den Verhandlungen, im nachhinein versucht, die Vereinbarungen neuzuschreiben (bzw. "neuzusagen", da es sich um mündliche Übereinkünfte handelte). Michail Gorbatschow sah sich sogar genötigt, ein Beispiel solcher Verzerrungen öffentlich anzuführen:

"Es wird z. B. behauptet, der USA-Präsident hätte auf dem vergangenen Treffen dem sowjetischen Vorschlag über die **vollständige** Vernichtung **aller** strategischen Angriffswaffen der UdSSR und der USA bis zum Jahre 1996 nicht zugestimmt. Als wäre es nicht gelungen, zu diesem unserem Vorschlag einen einheitlichen Standpunkt zu finden. Als Verhandlungsteilnehmer erkläre ich in vollem Bewußtsein meiner Verantwortung: Der Präsident hat — wenn auch ohne großen Enthusiasmus — zugestimmt, daß alle, ich betone, alle und nicht nur einzelne strategische Angriffswaffen vernichtet werden. Und zwar genau innerhalb von zehn Jahren, in zwei Etappen."

Mit TV-Magie und Super-Suggestion versuchen die Exponenten der Administration ein undenkbares Wunder zu vollbringen: die Gespräche im "Höfti" umzuschreiben, den Part des Präsidenten aufzuredigieren, in den Umbruch der vereinbarten Momente allerlei Präzisierungen, Ergänzungen und Vorbehalte einzuzwängen — alles post factum. Es ist, als wollten die "Cowboys" den "Rothäuten" schon nach dem Spiel ein paar Tore schießen...

Übrigens steckt hinter diesem Politikastertum eine eigene Politik.

Panik und Rückzug

Präsident Reagan wird "von rechts" beglückwünscht und — sehr behutsam — kritisiert. Weswegen? Man gratuliert ihm, weil er es mit den Russen verdorben hat und im letzten Moment dieser teuflischen Versuchung entgangen ist. Man kritisiert ihn deswegen, weil er in gefährlicher Nähe von Vereinbarungen stand. Diese Kritik ist lehrreich.

Im NATO-Hauptquartier brummen die Generale recht vernehmlich (z. B. der bundesdeutsche General Hans-Joachim Mack, Stellvertreter des Obersten NATO-Befehlshabers Europa), man habe sie nicht zu Rate gezogen und sei "in Reykjavik zu weit gegangen". Die Politiker zeigen mehr Disziplin und stehen bereitwilliger stramm. Ihrer Kritik verleihen sie die Form von Ratschlägen, wie das etwa Bundeskanzler Kohl tut. Was bereitet ihnen Sorgen? Wie sich herausstellt, ist es die "Null-Lösung", die ihnen erst vor kurzem ideal schien. Jetzt, da diese Position zwischen den USA und der UdSSR im Prinzip vereinbart worden ist, bocken die westeuropäischen Politiker und Generale und wollen die US-Raketen aus Westeuropa nicht weg haben.

Was soll das nun wieder? Nach der NATO-Logik wurden die Pershing-2 und Flügelraketen in Europa als Antwo

auf die sowjetischen SS-20-Raketen stationiert. Folglich entzieht die Demontage der einen der Präsenz der anderen auf dem Kontinent jeden Boden. Der Alleswisser Henry Kissinger verkündet doktoral, das sei alles Unsinn und die Notwendigkeit, die SS-20-Raketen mit etwas aufzuwiegen, nur ein Vorwand gewesen, die Euroraketen aber dürfe man nicht abziehen. Es sei eine Ironie des Schicksals, meint er, daß das Motto "Null-Lösung" erstmalig nicht im State Department, sondern im Pentagon formuliert worden sei, weil man gehofft habe, die Russen würden die Variante ablehnen. Aber letzten Endes habe der taktische Trick sein eigenes Leben zu leben begonnen.

Danke für die Offenheit, aber wären solche Erläuterungen nicht 1979–1983, zwischen dem "Doppelbeschluß" der NATO und dem Beginn der Stationierung, weit mehr angebracht gewesen? Doch nein, damals hüllte sich der weise Mr. Kissinger in tiefes Schweigen.

Eine noch größere Panik empfinden er und seine Gesinnungsgenossen über die Möglichkeit einer 50prozentigen Reduzierung der strategischen Arsenale oder gar ihrer vollständigen Vernichtung. Man zitiert Senator Nunn, der sagte: "Hätten die Russen uns die Annahme von Präsident Reagans Vorschlag über die Vernichtung der nuklearen ballistischen Raketen abgerungen, so hätten alle Generale in der Armee, den Luftstreitkräften und vielleicht auch einige Admirale eine Herzattacke gehabt."

Jetzt seufzen diese Generale und Politiker erleichtert auf: Vorbei, die tödliche Gefahr! Leider meinen sie nicht die Gefahr, die die Kernwaffen in ihrer überkritischen Konzentration über die Welt heraufbeschwören, sondern die überraschende Gefahr, der in Reykjavik plötzlich die Kernwaffen ausgesetzt wurden. Vorbei! Wieder einmal kann man die auf dem "Recht" des nuklearen Erstschalges beruhende NATO-Strategie des flexiblen Reagierens segnen. Vielleicht sollte man dem Weißen Haus als Belehrung ein paar Lektionen darüber halten, daß nukleare Abrüstung eine Utopie, noch dazu eine schädliche Utopie sei, daß der europäische Frieden mit dem amerikanischen Kern stehe und falle.

Die schlimmste und gefährlichste Form des Politikastertums besteht heute darin, daß die Logik des ideologischen "heiligen Krieges" zwischen West und Ost höher gestellt wird als die Aufgabe, einen Nuklearkrieg zu verhindern, und als das oberste Interesse der Menschheit: zu überleben.

Reykjavik hat diese Selbstentlarvung der vom Westen vertretenen Sicherheitsphilosophie provoziert, und auch darin liegt die Bedeutung des Treffens. Gegenwärtig ist viel klarer geworden, in welch tiefem Gegensatz die traditionelle thermonukleare Religion der "freien Welt" zur Moral, zum gesunden Menschenverstand und einfach zum Selbsterhaltungstrieb der Menschheit steht.

Ebendeshalb bekämpft das hemmungslose Politikastertum die vernünftige Politik. Im Ergebnis verläßt Washington die Positionen von Reykjavik, und es geschieht alles, um die Reykjavik-Atmosphäre zu vergiften.

Mehr noch, man muß sich manchmal fragen, ob die US-Administration mit ihren Mythen nicht deshalb spielte, weil sie sich davon Dividenden als Friedensstifter erhoffte, und ob sie das Spiel nicht doch treibt; und ob Präsident Reagan nicht deshalb im letzten Augenblick Vereinbarungen auswich, weil er in Wahrheit keine nukleare Abrüstung will. ■

Wer braucht den „Ausweisungskrieg"

Welches Jahr haben wir eigentlich — 1986? Offenbar wissen das nicht alle. Es gibt Leute, für die die Zeit offenkundig schon lange stehengeblieben ist... Genau vor 65 Jahren geschah etwas, was nicht gerade zu den Ruhmestaten der US-Administration gehört. Damals, im Jahre 1921(es war in der Präsidentschaft Woodrow Wilsons) verwiesen die US-Behörden den ersten offiziellen sowjetischen Vertreter Ludwig Martens, der zwei Jahre zuvor dem State Department seine Beglaubigungsurkunde überreicht hatte, des Landes.

Man wird den Eindruck nicht los, daß höchste Beamte der jetzigen US-Administration verstaubte Akten aus Wilsons Zeiten durchblätterten, als sie einen weiteren unfreundlichen Akt gegen unser Land beschlossen: Sie erklärten fünf sowjetische Diplomaten zur "Persona non grata" und verlangten, 55 Mitarbeiter der Botschaft und des Generalkonsulats der UdSSR abzuziehen. Zweifelsohne ließen sich die Drahtzieher dieser Provokation nicht von völkerrechtlichen Dokumenten leiten, die die allgemein anerkannten Normen diplomatischer Beziehungen festlegen. Und auch nicht von den kürzlichen Reden ihres eigenen Präsidenten, der wiederholt versichert hatte, die Beziehungen zur UdSSR verbessern zu wollen. Überdies machten sie sich, als sie ihr Geschrei über eine "fehlende Proportion" zwischen der Zahl der Diplomaten der USA in der UdSSR anhoben, die angeblich unter der der sowjetischen Diplomaten in den USA liege, nicht einmal die Mühe, die Fakten zu überprüfen. In Wirklichkeit sind an der US-Botschaft in Moskau und am US-Generalkonsulat in Leningrad ca. 460 Personen tätig, in den entsprechenden sowjetischen Einrichtungen in den USA an die 300! Zusätzlich kommen bis zu 500 Personen jährlich auf "zeitweiliger Grundlage" aus den Vereinigten Staaten in die US-Botschaft. Und außerdem sind bis zu 200 Personen jährlich Gast des Botschafters und anderer Diplomaten der USA...

Doch das geht nur auf Gegenseitigkeit. Wenn die USA eine proportionale Entsprechung wollen, dann bitte! Die UdSSR hat die USA davon in Kenntnis gesetzt, daß das Personal der Botschaft und des Generalkonsulats der USA in Zukunft nicht die Zahl der bei der Botschaft und dem Generalkonsulat der UdSSR Tätigen übersteigen darf. Zudem wird die Zahl der "zeitweilig" nach Moskau und Leningrad entsandten Diplomaten in strikte Übereinstimmung mit der Zahl der Sowjetbürger der gleichen Kategorie gebracht. Auch die Zahl der "Gäste" wird beschränkt. Und schließlich verlieren die diplomatischen Vertretungen der USA das ihnen früher eingeräumte Recht, Mitarbeiter aus dem Gastland und Bürger aus Drittländern einzustellen.

Doch es geht nicht nur um die Maßnahmen, die wir ergreifen mußten — ich wiederhole, mußten. Gerade die amerikanische Seite, nicht aber die sowjetische will — wie sich eine TV-Gesellschaft der USA ausdrückte — einen "Ausweisungskrieg" beginnen. Nach dem Motto Auge um Auge, Zahn um Zahn — und bye-bye gute Beziehungen! Das möchten gewisse Politiker in Washington nur zu gern. Doch die Sowjetunion läßt sich auf derartige "Spiele" nicht ein. Für uns sind die Beziehungen zu den USA kein Objekt von Spielen und "Kriegen". Hängt ja von diesen Beziehugnen das Schicksal der Menschheit ab. Gerade jetzt, nach Reykjavik!

Und ebenda ist der Schlüssel zum Verständnis des amerikanischen Unterfangens zu suchen. Jene, denen die konstruktive Entwicklung nach Reykjavik gegen den Strich geht, möchten die internationale Atmosphäre mit beliebigen Mitteln vergiften. Selbst mit so widerlichen, wie sie im State Department und im Weißen Haus ersonnen wurden, wobei man ruhmlose Traditionen wiederbelebt.

L. BESYMENSKI

Die „Stunde der Wahrheit"

brach für viele Bundesbürger nach Reykjavik an

Hoffnungsvoll hatten die Bundesbürger auf Meldungen aus der isländischen Hauptstadt gewartet. Doch groß war die Enttäuschung, als sie erfuhren, daß das Treffen der führenden Repräsentanten der beiden Weltmächte keine konkreten Ergebnisse gebracht hatte. Die Enttäuschung war um so größer, als dank den konstruktiven Vorschlägen der sowjetischen Seite, ihrer Bereitschaft zu weitreichenden Zugeständnissen die UdSSR und die USA Abkommen über Grundfragen der Abrüstung nahe wie nie zuvor waren. Und alles scheiterte nur, weil der US-Präsident nicht die geringsten Zugeständnisse bei seinem "Sternenkriegs"-Programm machen wollte.

Für die Bundesbürger schlug die Stunde der Wahrheit. Am Abend des 12. Oktober wurde deutlich wie nie zuvor: Das SDI-Programm ist das Haupthindernis auf dem Weg zur Abrüstung, zu einer kernwaffenfreien Welt. Die Stunde der Wahrheit hat auch für Bonn geschlagen. Es muß erklären, wie seine Worte, es strebe nach "Frieden mit immer weniger Waffen", und die Teilnahme an SDI zu vereinbaren sind.

Gegen die eigenen "Bedingungen"

Bonn hat bekanntlich als erster SDI unterstützt. Bereits im April v. J. charakterisierte Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung vor dem Bundestag das SDI-Programm als gerechtfertigt, politisch notwendig und im Interesse der Sicherheit des Westens insgesamt liegend. Allerdings teilten selbst in der Regierungskoalition weitaus nicht alle diese begeisterte Einschätzung. Eine skeptische Haltung nahm die FDP ein. BRD-Außenminister Hans-Dietrich Genscher betonte wiederholt: Eine Entspannung auf der Erde ist unvereinbar mit einem Wettrüsten im Weltraum. Doch die Möglichkeiten des Juniorpartners der Koalition sind beschränkt, und in allen Konflikten mit dem mächtigen CDU/CSU-Block muß er nachgeben. So war es auch diesmals. Wenn den Liberalen überhaupt etwas gelang, dann die Teilnahme der BRD am amerikanischen SDI-Programm als "Wirtschafts"-Abkommen zu plakatieren. Die "Notwendigkeit" eines solchen Abkommens suchte man damit zu rechtfertigen, daß ohne ein solches BRD-Firmen beim technischen Fortschritt ins Abseits geraten und keine vielversprechenden Aufträge aus den USA erhalten würden. Jetzt aber wurde ganz deutlich, daß die Hoffnungen auf Milliardenprofite eine Illusion waren.

Doch außer der Sorge um die Profite der einheimischen Konzerne ist für die BRD-Regierung die Frage, wie die Bonner Argumente pro SDI im Licht des Treffens von Reykjavik aussehen, jetzt viel wichtiger.

Die BRD-Regierung war stets bemüht, den Eindruck zu erwecken, sie folge Washington keineswegs nur aus NATO-Treue. Am Rhein würden, wie es hieß, die Interessen der BRD und ganz Europas sorgfältig berücksichtigt, engagiere man sich für die Abrüstung. Deshalb habe Bonn Washington auch gewisse "Bedingungen" gestellt, die angenommen worden seien.

So betonten Regierungsvertreter, sie betrachteten SDI als reines Forschungsprogramm, und alle Entscheidungen, die "über den Rahmen von Forschungen" hinausgingen, dürften erst nach deren Abschluß getroffen werden. Hierbei müsse, wie es in Bonn hieß, der ABM-Vertrag eingehalten werden.

In Reykjavik weigerte sich die amerikanische Seite bekanntlich, die "Forschungen" auf Labors zu beschränken, wobei sie auf dem "Recht" bestand, Raketenabwehrsysteme zu entwickeln und wo auch immer, selbst im Weltraum, zu erproben. All das steht im Widerspruch zu Geist und Buchstaben des ABM-Vertrages.

In Bonn wurde stets auch auf die "Interdependenz" von Offensiv- und Defensivwaffen verwiesen. Kohl hatte 1985 auf dem CDU-Parteitag in Essen erklärt: "Je mehr es gelingen sollte, die nuklearen Offensivwaffen in Ost und West einschneidend zu reduzieren, desto überflüssiger könnte es werden, weltraumgestützte Systeme zu stationieren."

Reagan aber hatte in Reykjavik SDI zur "Versicherungspolice" gestempelt, die angeblich nur dann notwendig sei, wenn die Offensivsysteme auf beiden Seiten abgebaut sein werden. Doch wozu?

Würde Bonn ernstlich seine "Bedingungen" stellen, nicht aber nur die kritische Öffentlichkeit beschwichtigen, dann hätte es, wie hiesige Beobachter bemerken, gleich nach Reykjavik das Abkommen über die Beteiligung an SDI kündigen sollen.

Doch es hat das nicht getan und gedenkt das nicht zu tun.

Eine Woche nach der Begegnung in Reykjavik begab sich Bundeskanzler Helmut Kohl zusammen mit Hans-Dietrich Genscher und Verteidigungsminister Manfred Wörner nach Washington. Am Vorabend des Besuchs hatte die "Westdeutsche Allgemeine", die frei von irgendwelchen "prosowjetischen" Sympathien ist, Kohl geraten, den US-Präsidenten davon zu überzeugen, daß ein Wettrüsten im Weltraum nicht nötig ist, wenn die strategischen Raketen auf der Erde vernichtet würden.

Die Bonner Delegation aber suchte Reagan von ganz etwas anderem zu überzeugen. Sie verlangte, Washington solle nicht "zu weit" bei der Reduzierung der strategischen Raketen gehen. Sonst würde die gesamte NATO-Strategie (die auf dem Ersteinsatz von Nuklearwaffen beruht) nicht mehr überzeugend sein. Und überhaupt dürfe man auf Nuklearwaffen nicht verzichten.

Was SDI angeht, so betrachtet die Bundesregierung sie nach wie vor als "politisch und ethisch gerechtfertigt". Allerdings habe Kohl, wie es heißt, Reagan gebeten, sich an die Bestimmungen des ABM-Vertrages zu halten.

Doch dieser Vertrag wird in Bonn recht freizügig interpretiert. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Volker Rühe, z. B. sprach sich auf einer Pressekonferenz gegen eine unerlaubte "Einengung" des Vertrages aus. Als "unerlaubt" betrachtet Rühe die Forderung, bei den Forschungen im SDI-Programm nicht über die Labors hinauszugehen.

Auf der gleichen Pressekonferenz wiederholte Rühe die alte These der CDU eine "kooperative" Lösung der Frage der Raketenabwehrsysteme sei wünschenswert.

Als ich fragte, wie er sich das vorstelle, antwortete Rühe, das Wichtigste sei die strategische Stabilität und er sei dagegen, daß die eine Seite Schild und Schwert habe, die andere aber nur ein Schwert. Beide sollten das eine wie das andere besitzen. Doch bedeutet nicht eine solche "kooperative Lösung" eine neue Runde des Wettrüstens, diesmal im Weltraum, mit all ihren unvorhersehbaren politischen und militärischen Folgen. Von welcher Stabilität kann da die Rede sein?

Wieder "Nachrüstung"?

Am Vorabend des Treffens in Reykjavik war in der Regierungskoalition ein neuer "Raketenstreit" ausgebrochen. Washington hatte um die Meinung Bonns zur amerikanischen "Zwischenlösung" Mittelstreckenraketen gebeten, und obgleich Bonn keineswegs an der vollständige Beseitigung der Raket

Zusammenwirken

Zerengijn GURBADAM
Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der MVR in Moskau

Am 5. November 1921 schlossen die Volksmongolei und Sowjetrußland ein Abkommen über die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen.

Wir sind darauf stolz, daß an Abfassung und Abschluß dieses Dokuments Wladimir Iljitsch Lenin und der Führer unserer Revolution, Suche-Bator, unmittelbar teilnahmen. Ihre historische Zusammenkunft fand am Tag der Unterzeichnung des Abkommens in Moskau statt. Lenins Ratschläge zum Partei- und Wirtschaftsaufbau bestimmten die Weiterentwicklung der mongolischen Revolution mit. Jenes denkwürdige Gespräch wappnete die Abgesandten der Volksmongolei und alle unseren Kommunisten mit einer wissenschaftlich begründeten Perspektive des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges unseres Landes.

Die diplomatischen Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten sahen die Einrichtung bevollmächtigter Vertretungen vor. Tusche-gun Dawa, der erste Bevollmächtigte Vertreter der Volksmongolei in der RSFSR(ab 30. Dezember 1922 in der UdSSR), überreichte seine Beglaubigungsurkunden am 2. Juni 1922 an Michail Kalinin, den Vorsitzenden des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees der RSFSR. Im gleichen Jahr überreichte Nikolai Ljubarski, der erste Bevollmächtigte Vertreter der RSFSR, seine Beglaubigungsurkunden in Urga (heute Ulan-Bator).

Die freundschaftlichen Beziehungen zu Sowjetrußland waren von kolossaler Bedeutung für die Festigung der internationalen Positionen des jungen mongolischen Staates und für den Ausbau unserer beiderseitigen Zusammenarbeit.

Sowjetrußland annullierte die alten Schulden der Mongolei und gab alle Konzessionen auf. Mehr noch, schon im Januar 1922 gewährte es der Mongolei den ersten Kredit von einer Million Rubel. Mitte des nächsten Jahres kam ein Handelsabkommen zustande. Damals begannen auch die Kontakte in Kultur und Wissenschaft. So stellte das Wissenschaftlerkomitee der Mongolei 1922 Verbindungen mit der Akademie der Wissenschaften Sowjetrußlands her. Die ersten jungen Mongolen gingen an die Hochschulen in Moskau, Leningrad und anderen Städten.

Das war der Anfang. Heute arbeiten die Mongolei und die UdSSR in allen Lebensbereichen eng zusammen. Ein Ergebnis sind neue mongolische Städte und moderne Volkswirtschaftszweige. Die Perspektiven des Zusammenwirkens sind im Langfristigen Programm für die Entwicklung der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen der MVR und der Sowjetunion bis zum Jahre 2000 festgelegt.

Wie nie zuvor erhöht sich heute die Rolle der direkten Verbindungen zwischen den mongolischen Aimaks und den autonomen Republiken und Gebieten der UdSSR, zwischen Städten, Ministerien, anderen zentralen Ämtern, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen, auch zwischen den Massenorganisationen beider Länder. Das ist eine ausgezeichnete Schule des Erfahrungsaustausches.

Unschätzbar ist die Hilfe, die die UdSSR uns bei der Ausbildung qualifizierter Fachkräfte für unsere Volkswirtschaft erweist. Tausende sowjetische Fachleute beteiligen sich unmittelbar am Wirtschafts- und Kulturaufbau der Mongolei. Wir empfinden die Hilfe unserer sowjetischen Freunde auch beim Schutz der Grenzen unserer Heimat und unserer friedlichen Arbeit.

Beide Länder wirken in den internationalen Angelegenheiten eng zusammen. Die fruchtbare Zusammenarbeit unserer Länder ist ein Musterbeispiel der zwischenstaatlichen Beziehungen im asiatisch-pazifischem Raum. In der konstruktiven Außenpolitik der KPdSU und des Sowjetstaates, in kardinalen sowjetischen Vorschlägen — Vernichtung der Kernwaffen bis zum Jahr 2000, Bildung eines allumfassenden internationalen Sicherheitssystems u. a. — sieht die MVR den realen Weg zu einer grundlegenden Verbesserung des politischen Weltklimas und beteiligt sich aktiv am Kampf aller fortschrittlichen Kräfte für die Verwirklichung dieser Initiativen.

---

dachte, schien das einer Gruppe rechter CDU/CSU-Abgeordneter, zu radikal. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Alfred Dregger entdeckte eine weitere schlimme Lücke in der Verteidigung des Westens: Bei den Raketen mit einer Reichweite von 150--500 km stehe es 600:0 für den Warschauer Vertrag! Ein wahres Wunder, daß dies niemand, auch nicht von den Militärexperten der NATO-Stäbe, vor Dregger entdeckt hatte.

Unterstützt von Verteidigungsminister Manfred Wörner, erklärte Dregger, in eine "Zwischenlösung" seien auch die Kurzstreckenraketen einzubeziehen.

Bei Dreggers Vorschlag wird deutlich, daß der Westen partout keinen Abrüstungskompromiß will. Deshalb bestand Kohl zusammen mit Genscher darauf, daß in der Antwort an Washington von dem Wunsch Bonns die Rede war, Verhandlungen über Kurzstreckenraketen aufzunehmen, nachdem ein Abkommen über die Mittelstreckenwaffen geschlossen sein wird.

Warum aber begann Dregger von Raketen einer Reichweite gerade zwischen 150 und 500 km zu sprechen? Weil die in Westeuropa stationierten amerikanischen Lance-Raketen eine Reichweite von 130 km, die Pershing-1-Raketen der Bundeswehr aber von bis zu 800 km haben. Mittels eines plumpen Tricks werden sie aus dem Kräftegleichgewicht ausgeklammert. Natürlich ignorierte Dregger auch andere Trägermittel für Nuklearwaffen, von denen die NATO mehr als genug hat.

In Reykjavik hatte die UdSSR vorgeschlagen, die sowjetischen und die amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa vollständig abzubauen. Das sich abzeichnende Abkommen liegt zweifelsohne auch im Interesse der BRD. Erklärten ja Vertreter der Bonner Regierung wiederholt, einziges Ziel der "Nachrüstung" sei die Schaffung eines "Gegengewichts" gegen die sowjetischen SS-20-Raketen, würden diese aber verschwinden, dann seien weder die Pershings noch die Cruise Missiles nötig.

Kurz gesagt, die "Null-Lösung", die noch vor kurzem hier so gepriesen wurde. Eben diese Variante schlug die Sowjetunion in Reykjavik vor. Man hätte meinen können, daß sie im Interesse Bonns sei. Doch nach Reykjavik begann man an den Ufern des Rheins plötzlich diverse Zweifel und Vorbehalte zu äußern. Unter Hinweis auf die Regierungsauffassung ließ sich die gewöhnlich gut informierte "Frankfurter Allgemeine" (FAZ) über die militärische Fragwürdigkeit einer "Null-Lösung" aus. Kanzlerberater Horst Teltschik tönte gegenüber dem FAZ-Korrespondenten von einer angeblich akut gewordenen "Bedrohungswirkung sowjetischer Kurzstreckenwaffen" und verkündete das "Recht" des Westens, darauf mit einer Verstärkung der entsprechenden Systeme zu antworten. Bereitet sich Bonn da nicht auf eine neue "Nachrüstung" vor?

Und doch wird es die jetzige Bundesregierung viel schwerer als früher haben, ihre Raketenposition, SDI und die Nibelungentreue zu Washington zu behaupten. In drei Monaten sind Bundestagswahlen. Die Oppositionsparteien wollen Fragen von Frieden und Abrüstung in den Mittelpunkt des Wahlkampfes stellen. Bonn, so erklären sie zu Recht, ist mitverantwortlich dafür, daß die historische Chance von Reykjavik nicht genutzt wurde.

A. TOLPEGIN
NZ-Korrespondent
Bonn

UdSSR--KDVR

Gegenseitiges Streben

● EINHEITLICHES HERANGEHEN BEIDER PARTEIEN UND STAATEN AN DIE GRUNDLEGENDEN FRAGEN DER GLOBALEN ENTWICKLUNG VON HEUTE

Etwas über zwei Jahre sind vergangen, seit eine von Kim Il Sung geführte Partei- und Staatsdelegation der KDVR unser Land besuchte. Vor kurzem weilte er auf Einladung Michail Gorbatschows erneut zu einem Freundschaftsbesuch in Moskau.

Wie der Generalsekretär des ZK der KPdSU sagte, ist das Verhandlungsergebnis eindeutig. Die Gespräche bestätigten wieder einmal das gegenseitige Streben, die Zusammenarbeit und den Erfahrungsaustausch beim sozialistischen Aufbau maximal zu entwickeln und im Kampf für ein besseres Klima in Asien und im Pazifik, für die Verhinderung einer nuklearen Katastrophe zusammenzuwirken.

Die Verhandlungsteilnehmer gingen besonders auf die Situation in Asien ein. Sie äußerten ihre tiefe Besorgnis über die als Folge des feindlichen Kurses der aggressiven imperialistischen und militaristischen Kräfte wachsenden Spannungen in der Region und gaben ihrer Überzeugung Ausdruck, daß die Koordinierung des Vorgehens aller fortschrittlichen Kräfte Asiens unter diesen Verhältnissen besonders wichtig wird. Das Ziel eines solchen Vorgehens besteht darin, die Sicherheit zu gewährleisten sowie eine umfassende, für beide Seiten nützliche und wirklich gleichberechtigte Zusammenarbeit auf dem Kontinent zu entwickeln.

Im Licht dieser Aufgaben gilt es, die Spannungen auf der Halbinsel Korea zu mildern und die Situation dort zu normalisieren sowie die Koreafrage möglichst bald zu lösen. In Moskau wurde erklärt: Die Sowjetunion unterstützt restlos die Bemühungen der KDVR um den Abzug der Truppen und Kernwaffen der USA aus Südkorea, die Umwandlung der Halbinsel in eine kernwaffenfreie, friedliche Zone und um eine friedliche, demokratische Vereinigung des Landes ohne Einmischung von außen. Der Verwirklichung dieser hohen Ziele dienen, wie die Führer der beiden Parteien betonten, die neuen, beim Gipfeltreffen in Reykjavik unterbreiteten sowjetischen Vorschläge über die Mittelstreckenraketen in Asien.

W. GODYNA

UdSSR--DÄNEMARK

Schlüsselfragen

● MOSKAUER DIALOG ENTSPRICHT GESAMTEUROPÄISCHEN INTERESSEN

Poul Schlüters UdSSR-Besuch erfolgte bald nach dem Treffen in Reykjavik, und so nahmen dessen Ergebnisse einen zentralen Platz im sowjetisch-dänischen Dialog ein. Als erstes der NATO-Länder hatte Dänemark die Möglichkeit, sich über die sowjetische Einschätzung des Treffens aus erster Hand zu informieren und mit der UdSSR die internationalen Schlüsselfragen zu besprechen.

In Dänemark werden jetzt die Resultate von Schlüters Reise lebhaft kommentiert. In der einflußreichen bürgerlichen "Politiken" lesen wir: "Auf die direkte Frage Premierminister Schlüters, ob die Ergebnislosigkeit des Treffens von Reykjavik bedeute, daß der Faden gerissen sei, antwortete Gorbatschow mit einem Nein. Diese Antwort galt nicht nur dem dänischen Premierminister, sondern auch dem ganzen Westen."

Wie zahlreiche Beobachter betonen, förderte dieser Besuch die politische gegenseitige Verständigung sowie den Ausbau der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern (es wurden umfangreiche Kontrakte unterzeichnet). Doch geht die gute Nachbarschaft zwischen der UdSSR und Dänemark gewissen Leuten in diesem Land wider den Strich. Es gibt dort einflußreiche Kreise, die die Außenpolitik des Landes gern auf die Konfrontation mit der sozialistischen Welt umgestellt und Dänemark zu einem fügsamen Teilnehmer an Washingtons militaristischen Abenteuern herabgewürdigt sähen. Wohl wissend, daß die Mehrheit der Bevölkerung für eine kernwaffenfreie Zone in Nordeuropa ist, sorgten diese Kreise für Schlagzeilen in der bürgerlichen Presse vom Typ "Kernwaffenfreier Norden stößt auf Desinteresse" oder "Das sowjetische Njet zu einer kernwaffenfreien Zone". Weil nämlich diesem Problem bei Schlüters Gesprächen mit der sowjetischen Führung angeblich "ungenügend Beachtung" geschenkt wurde.

Es fragt sich jedoch, von wem die Initiative dazu hätte ausgehen sollen. Die UdSSR ihrerseits erklärte sich wiederholt bereit, den Status dieser Zone, falls sie geschaffen wird, zu garantieren und einige Maßnahmen in den benachbarten Gebieten zu treffen. Eine seltsame Logik: Bald wirft man der UdSSR eine "übertriebene propagandistische Aktivität" in der Frage einer kernwaffenfreien Zone, bald aber "Passivität" vor.

Das Organ der KP Dänemarks, die Zeitung "Land og Folk", schrieb in diesem Zusammenhang: "Das Folketing machte es der Regierung zur Pflicht, aktiv auf die Umwandlung Nordeuropas in eine kernwaffenfreie Zone hinzuwirken. Doch während seiner Gespräche in Moskau wich der Premierminister diesem Thema tunlichst aus."

Das Vierparteienkabinett, dem der Konservative Schlüter vorsteht, legt bei der Erfüllung der antinuklearen Folketing-Resolutionen bekanntlich keine übertriebene Begeisterung an den Tag. Die parlamentarische Mehrheit, der die Sozialdemokraten, die Radikalen und zwei linke Parteien angehören, faßte in den letzten Jahren mehrere Beschlüsse, in denen Forderungen der Massenbewegung ihren Niederschlag fanden. Dänemark distanziert sich von der Stationierung von US-Raketen in Westeuropa, von den Star-Wars-Plänen und der

SED--SPD

Wichtiger Beschluß

● FÜR EINEN KERNWAFFENFREIEN KORRIDOR IN MITTELEUROPA

Im Jahre 1982 schlug die Unabhängige Kommission für Abrüstung und Sicherheit (Palme-Kommission) vor, mitten in Europa einen kernwaffenfreien Korridor anzulegen. Diese Region, in der die beiden mächtigsten Militärblöcke einander unmittelbar gegenüberstehen, strotzt von allen erdenklichen, auch nuklearen Waffen. Die Anlegung eines Korridors zwischen beiden Blöcken würde die Kriegsgefahr in Europa vermindern u das gegenseitige Verständ fördern. Außerdem könnte den ersten Schritt zur voll Befreiung unseres Kontine von Kernwaffen bilden.

Nunmehr nimmt der V schlag der Palme-Kommissi eine konkrete Gestalt an. A einer Pressekonferenz in Bo gaben Hermann Axen, M glied des Politbüros und kretär des ZK der So listischen Einheitspar Deutschlands, und Egon Ba Mitglied des Vorstandspr diums der Sozialdemok tischen Partei Deutschlan ein von Experten beider P teien ausgearbeitetes Do ment bekannt, beti "Grundsätze für einen at waffenfreien Korridor in M teleuropa".

Dem Dokument zufolge m der Korridor 300 km (je

Modernisierung der taktischen Kernwaffen der NATO. Gemäß den Folketing-Beschlüssen muß die dänische Regierung auch für das Verbot der Kerntests und für das Einfrieren der Kernwaffenvorräte eintreten.

Und so sieht sich die Regierung Schlüter genötigt, im Einklang mit den Resolutionen des Parlaments eine besondere Stellung in der NATO einzunehmen. Das nimmt der Seniorpartner dem Land aber übel. Vor kurzem schrieb die Zeitung "Jyllands-Posten": "Am krabesten zeigte sich das beim vorjährigen Besuch Poul Schlüters in Washington, als er Außenminister Shultz' Lektion über die subversive Wirkung der dänischen Sondervorbehalte auf die Geschlossenheit der westlichen Verteidigungsgemeinschaft über sich ergehen lassen mußte." Gleichzeitig hob das Blatt hervor, daß zwei Umstände in den USA besondere Gereiztheit auslösen: daß die Dänen an die "sowjetische Bedrohung" nicht glauben und daß sie "zwischen der NATO und dem Warschauer Vertrag ein Gleichheitszeichen setzen".

Doch solche Ansichten, über die Washington ungehalten ist, sind vom gesunden Menschenverstand eingegeben, der den Europäern sagt, daß sie für die Erhaltung des Friedens in ihrem gemeinsamen Haus sorgen müssen. Der sowjetisch-dänische Dialog nach Reykjavik ist ein weiterer Beitrag zu dieser wichtigen Aufgabe.

I. BARANIKAS
APN-Korrespondent
Exklusiv für die "NZ"
Kopenhagen

NATO

Im selben Hotel

● NUKLEARE PLANUNGSGRUPPE IN GLENEAGLES: BEIFALL UND SKEPSIS

Am Vortag der Sitzung kamen widersprüchliche Nachrichten über die Haltung der NATO gegenüber diesem Ereignis. Außenminister Shultz erklärte auf einer Pressekonferenz in Brüssel am 13. Oktober, die Bündnispartner hätten die in Reykjavik erörterten Pläne der Reduzierung und Vernichtung von Kernwaffen "enthusiastisch" gebilligt. Am nächsten Tag dagegen hörte man aus dem Stab des NATO-Oberbefehlshabers Europa, General Rogers, und aus anderen Quellen direkt entgegengesetzte Meinungen.

Washingtons Streben, unbedingt Star-War-Waffen zu besitzen, hat bekanntlich den Weg zu Vereinbarungen versperrt und somit den Abrüstungsgegnern viel Nerven erspart. Aber selbst nicht realisiert, haben diese Vorschläge bei vielen "Atlantisten" ein starkes Herzklopfen verursacht. In den NATO-Korridoren erzählte man sich den Witz: Was sei schlimmer als der Mißerfolg der Bemühungen, in Reykjavik zu einer Vereinbarung zu kommen? Nur ein Erfolg!

Daß die atlantischen Strategen über die isländischen Verhandlungen ungehalten sind, ist offensichtlich. Besonders scharf wurden die Pläne der Liquidierung der "Euroraketen" angegriffen. Selbst aus dem sowjetischen Paket herausgegriffen, lösten sie eine heftige Reaktion bei den Gegnern der nuklearen Abrüstung aus. Am 16. Oktober erklärte der bundesdeutsche General Mack, der Stellvertretende NATO-Oberbefehlshaber Europa, ohne die US-Mittelstreckenraketen in Europa sei die Strategie des flexiblen Reagierens der Bündnispartner gefährdet. Sie würden nichts haben, um die "erdrückende Überlegenheit" der Warschauer Vertragsstaaten bei den konventionellen Waffen aufzuwiegen.

Eine Ironie des Schicksals wollte es, daß das schottische Treffen der Nuklearen Planungsgruppe im selben Hotel stattfand, wo vor fünf Jahren die "Null-Option" gebilligt worden war. Die Minister konnten den eigenen, noch dazu dermaßen hinausposaunten Plan zur Liquidierung der amerikanischen und sowjetischen Euroraketen doch nicht öffentlich aufgeben und den US-Präsidenten bloßstellen.

Bemüht, Unvereinbares zu vereinen, erklärte die Nukleare Planungsgruppe in ihrem Kommunique, sie sei "für die Vernichtung der amerikanischen und sowjetischen Mittelstreckenraketen in Verbindung mit entsprechenden anderen Maßnahmen".

Wenn die Rede nur von der Gleichheit auf allen Etappen der Abrüstung ist, rennt die NATO offene Türen ein. Die UdSSR schlug in Reykjavik ja vor, nach der Vernichtung der Mittelstreckenraketen in Europa die Zahl der Raketen mit einer Reichweite von weniger als 1000 km sofort einzufrieren und unverzüglich Verhandlungen über sie aufzunehmen. Die Liquidierung von Kernwaffen ist als Bestandteil des

---

...auf jeder Seite) breit sein ...d einen Teil des Territoriums ...r DDR, der BRD und der ...SR umfassen. Aus diesem ...um sollen nicht nur die ...klearen Gefechtsköpfe, son... ...rn auch ihre Träger (Rake... ...n, Flugzeuge, Geschütze) ...ffernt werden, desgleichen ...e Systeme doppelten Einsat... ...s (die sowohl nukleare als ...ch konventionelle Ladungen ...ben können). Die ...Grundsätze" sehen nationale ...d internationale ...ntrollmaßnahmen vor. Drei ...hre nach Anlegung des Kor... ...lors, wenn genügende Er... ...rungen vorliegen, könnten ...h dem Abkommen auch ...dere Staaten anschließen. ...nn würde sich der Korridor ... einer kernwaffenfreien ...ne erweitern.

In einem Gespräch mit mir ...gte Andreas von Bülow, Vorsitzender der Kommission Sicherheitspolitik beim SPD-Vorstand, der Vorschlag über einen kernwaffenfreien Korridor betreffe Waffensysteme, über die weder in Genf noch in Wien verhandelt werde, und beweise, daß die kleinen und mittleren europäischen Staaten, den guten Willen vorausgesetzt, viel zur Abrüstung und zur Festigung des Vertrauens tun könnten.

Darauf meinte ich, daß die Bundesregierung besagte Initiative schon abgelehnt habe.

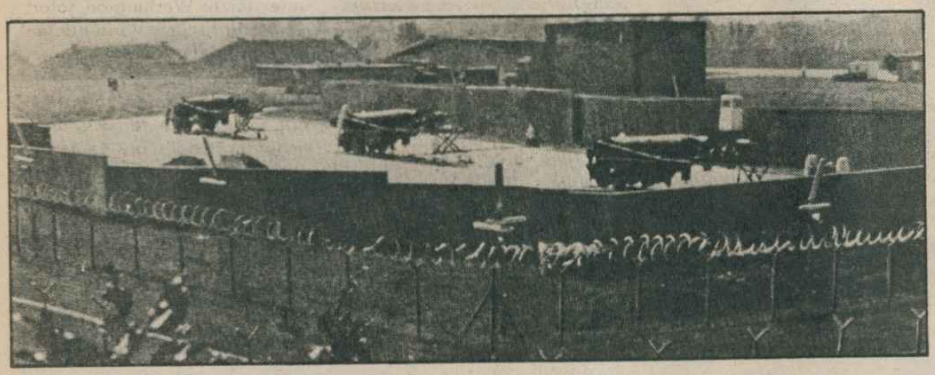
Andreas von Bülow bestätigte: Ja, dem sei leider so. Einerseits sprächen Regierungsexponenten von einer "Drohung" seitens der UdSSR-Kurzstreckenraketen, andererseits aber träten sie gegen einen Abzug dieser Raketen auf. Darin sei keine Logik zu finden.

Wir unterhielten uns in einer Pause zwischen den Sitzungen eines SPD-Wahlparteitages, der am 25. Oktober in Offenburg zusammengetreten war. Der Parteitag bestätigte das vom Kandidaten für den Posten des Bundeskanzlers Johannes Rau vorgelegte Regierungsprogramm, von dem sich die Sozialdemokraten im Falle eines Sieges bei den allgemeinen Wahlen am 25. Januar 1987 leiten lassen wollen.

Wie der Parteitag betonte, stehe die Welt vor der Wahl: entweder ein Wettrüsten auf qualitativ neuer Stufe — oder ein Abkommen über bedeutsame Abrüstungsmaßnahmen. Reykjavik habe gezeigt, daß solche Abkommen möglich seien, ihnen stünden jedoch die Pläne der Militarisierung des Weltraums, die die USA nicht aufgeben wollten, im Wege. Rau nannte die Unterstützung für SDI den "folgenschwersten Fehler" von Helmut Kohls Amtszeit und bestätigte seine Absicht, die bundesdeutsche SDI-Beteiligung aufzukündigen. Er sprach sich ferner für die Beseitigung aller Mittelstreckenraketen in Europa aus.

Heutzutage könne die Sicherheit nur gegenseitig sein. Dieser Idee, führte Rau weiter aus, entspreche voll und ganz der SPD-SED-Vorschlag über einen kernwaffenfreien Korridor und der von beiden Parteien gemeinsam ausgearbeitete Entwurf eines Vertrags über die chemiewaffenfreie Zone in Europa.

NZ-Eigenbericht
Offenburg—Bonn



US-Raketen auf europäischem Boden

Aus: "Stern" (BRD)

allgemeinen Abrüstungsprozesses vorgesehen, der auch die konventionellen und die chemischen Waffen umfaßt. Die westeuropäischen Regierungen geben weiterhin ihrer "Besorgnis" Ausdruck, jedoch noch immer keine Antwort auf die großangelegte Budapester Initiative der Warschauer Vertragsstaaten.

Die künstliche Verknüpfung der Vernichtung von "Euroraketen" mit den konventionellen, chemischen und taktischen nuklearen Waffen könne, schreibt die "Financial Times", die nukleare Abrüstung in Europa für lange hinausschieben, wenn nicht gar torpedieren. Diesen Schluß legen auch die schon erwähnten Spekulationen um die "erdrückende Überlegenheit" der Warschauer Vertragsstaaten bei den konventionellen Waffen nahe. Dabei erweist es sich, wenn man alle — d. h. nicht nur die quantitativen, sondern auch die qualitativen — Aspekte der konventionellen Waffen berücksichtigt und die Kriegspotentiale Frankreichs und Spaniens nicht "vergißt" (wie das im Westen nicht selten praktiziert wird), daß sich die Kräfte der Seiten ungefähr die Waage halten. Zu diesem Schluß kommt z. B. das Internationale Institut für strategische Studien (London).

Wie "Le Libre Belgique" meldet, wurde in Gleneagles die Idee eines neuen "Doppelbeschlusses" vorgebracht. Ihre Urheber schlagen vor: Um die UdSSR zu den Verhandlungen über die in Europa stationierten Raketen mit einer Reichweite unter 1000 km zu zwingen, gelte es, auch noch amerikanische Raketen dieser Klasse nach Europa zu verlegen. Ja, kennen diese Leute denn nicht, daß die UdSSR, wie schon erwähnt, von allein und ohne jeden Druck von außen vorgeschlagen hat, dieses Problem auf dem Verhandlungswege zu lösen? Allerdings nicht durch Aufstockung, sondern durch Verminderung solcher Arsenale.

Wie die Zeitschrift "Nouvelles atlantiques" schreibt, wurde eine recht "originelle" Variante der Realisierung des neuen "Doppelbeschlusses" vorgeschlagen: von den eurostrategischen Pershing-2-Raketen eine Stufe zu entfernen und so ihre Reichweite von 1800 auf 500--1000 km zu senken. Man braucht kein Militärexperte zu sein, um zu verstehen, wie leicht es ist, die abgenommene Stufe wieder anzubringen.

Auch die in Gleneagles gebilligten "allgemeinen politischen Richtlinien für einen Kernwaffeneinsatz" zeugen keineswegs vom Wunsch der NATO, Europa von den Kernwaffenarsenalen zu befreien. Das neue Dokument erweitere, meint die Wochenschrift "NATO Report", den Rahmen der nuklearen Eskalation. Während früher die Möglichkeit vorgesehen worden sei, den ersten, "präventiven" Schlag mit boden- bzw. bordgestützten taktischen Mitteln zu führen, würden ihnen jetzt noch die seegestützten Mittel hinzugefügt. In den alten Richtlinien sei ein Schlag gegen sowjetisches Territorium nur für den Fall vorgesehen, daß sich ein Konflikt zu einem allgemeinen Nuklearkrieg auswachse. Gegenwärtig entstehe zwischen diesen beiden Stufen der Eskalation (der taktischen und der strategischen) eine neue. Sie sehe eine selektive Vernichtung sowjetischer Objekte unter Einsatz in Europa stationierter Pershing 2 und Flügelraketen vor.

Verschwommen ist auch die Position der Nuklearen Planungsgruppe zu den amerikanischen Star-War-Plänen. Einige Länder, vor allem Dänemark, Norwegen und Griechenland, äußerten in Gleneagles ihre Unzufriedenheit, weil SDI großangelegte Vereinbarungen in Reykjavik verhindert hat. Sie forderten Washington zu einer größeren Flexibilität auf, damit dieses Problem gelöst werden kann. Aber US-Verteidigungsminister Weinberger beteuerte, SDI sei für die Sicherheit des Westens und für den Erfolg der Abrüstungsverhandlungen unumgänglich.

In jener von einem Kompromiß gezeichneten Formulierung, die Griechenland und Dänemark nur mit Vorbehalten akzeptierten, bringen die Bündnispartner einerseits ihre atlantische Solidarität mit den USA zum Ausdruck, geben jedoch andererseits zu verstehen, daß ihre Unterstützung bestimmte Grenzen habe.

Durch Aneignung der in Reykjavik unterbreiteten Vorschläge ernteten die USA den Beifall der Verteidigungsminister der Bündnispartner. In ihrem Kommunique gratulieren sie Washington zu seinem "kühnen Versuch, weitgehende Abkommen über die Rüstungskontrolle zu erzielen". Wird die Öffentlichkeit des Westens dieser Meinung zustimmen? Der Doppelcharakter der NATO-Standpunkte und der schon angetretene Rückzug von Reykjavik weg zeugen davon, daß die NATO-Länder keine Abrüstung wünschen.

W. BOIKOW

Brüssel

MOCAMBIQUE

Zu wessen Nutzen?

● DIE UMSTÄNDE DES FLUGZEUGUNGLÜCKS, BEI DEM S. MACHEL UMS LEBEN GEKOMMEN IST, BERECHTIGEN ZU DEM VERDACHT, DASS ES SICH UM EIN VERBRECHEN HANDELT

Die Version der Ursachen des Flugzeugunglücks, die amtliche Vertreter der RSA eilig verbreiteten, stimmte sehr mißtrauisch. Sie behaupteten, die Maschine, mit der Machel aus Lusaka (Sambia) heimkehrte, habe schon zur Landung in Maputo angesetzt, drehte dann aber plötzlich nicht ost-, sondern westwärts ab, drang in den Luftraum der RSA ein und stürzte über einem Fels ab, wobei sie sich mehrmals um ihre Achse drehte und schließlich explodierte. Das Flugzeug habe angeblich in Sturm und Platzregen die Orientierung verloren.

Wenn dem so ist, wie konnten dann 10 von den 43 Passagieren überleben? Außerdem sagten die Bewohner eines Dorfes, das etwa 500 m vom Ort der Katastrophe entfernt ist, Journalisten, in jener Stunde habe es weder Sturm noch Platzregen gegeben.

In der Tat flog die Maschine schon die mocambiquische Hauptstadt an, als sie plötzlich die Richtung änderte. Warum? Vielleicht darum, meinte der Direktor der Allafrikanischen Nachrichtenagentur, weil die Südafrikaner die Maschine durch Funkstörung in den RSA-Luftraum, in die Reichweite der südafrikanischen Raketen, lockten. Gleichsam zur Bestätigung teilte die Pariser "Liberation" mit: In der Gegend des Flugzeugabsturzes habe "ein bedeutendes Militärkontingent etwas Ungewöhnliches unternommen". Der nur relativ leicht verletzte Leibwächter des verstorbenen Präsidenten erzählt: "Die Stewardeß forderte uns auf, die Sicherheitsgurte anzuschnallen, da uns die Landung bevorstand. In diesem Au-

genblick ging noch alles gut, und die Maschine flog noch 5 Minuten weiter. Dann hörten wir einen Laut, als hätte jemand auf das Flugzeug geschossen. Darauf folgte etwas wie eine Explosion, alle Lichter gingen aus, die Motoren funktionierten nicht, die Maschine flog noch etwa drei Minuten und bohrte sich schließlich in die Erde." Von einem schußähnlichen Knall erzählten auch andere am Leben gebliebene Passagiere.

Was folgte auf den Absturz? Der mit dem Leben davongekommene Fernsehkameramann Almeida Pedro berichtete auf einer Pressekonferenz in Maputo: Um 2 Uhr nachts seien südafrikanische Polizisten am Absturzort eingetroffen. Sie hätten gefragt, ob dies die Maschine sei, mit der Samora Machel geflogen sei. Dann gingen sie, statt den noch Lebenden sofortige Hilfe zu erweisen und sie ins nächstgelegene Krankenhaus einzuliefern, daran, die Koffer, Geldscheine und Papiere zu sammeln (früher wurde mitgeteilt, daß die RSA-Behörden an den Dokumenten des Treffens in Lusaka, von dem Machel zurückkehrte, sehr interessiert seien). All das schafften sie fort. Den Verwundeten wurde erst 11 Stunden später geholfen. Wie Pedro meint, seien einige von ihnen an Blutverlust gestorben. Der Leibwächter des Präsidenten bat, die Behörden Mocambiques über die Havarie zu benachrichtigen, doch geschah das erst 6 Stunden später.

Unabhängig davon, welche Schlüsse die eingesetzte Untersuchungskommission über die Ursachen des Unglücks ziehen wird, dürfte der Verdacht schwierig zu zerstreuen sein, daß die RSA mit dieser Tragödie zu tun hat. Die Geheimdienste Pretorias und die Terroristen aus dem "Mocambiquischen Nationalen Widerstand" machten schon seit langem Jagd auf Machel.

Während seines Gesprächs mit Journalisten am 11. Oktober äußerte C. Cardoso, Direktor der Nachrichtenagentur von Mocambique, die Vermutung, daß die höchsten Militärs in Pretoria einen Mord an Machel versuchen könnten. Der Präsident der VR Mocambique antwortete, das sei bereits im November 1985 versucht worden, und fügte hinzu: "Ich stehe ihnen im Wege, weil ich mit niemandem paktiere."

Der tragische Tod Samora Machels fiel in eine Zeit, da die RSA mehrere feindselige Aktionen gegen Mocambique unternahm. Die Explosion einer Bombe im südafrikanischen Transvaal, die, nach allem zu urteilen, von den Geheimdiensten Pretorias gelegt wurde, diente als Vorwand für scharfe Ausfälle gegen die mocambiquische Regierung. RSA-Verteidigungsminister Malan leistete sich sogar direkte Ausfälle gegen Machel und drohte mit einem "Frontalschlag".

Die Chefs der Terrorbanden des "Mocambiquischen Nationalen Widerstands" können sich vor Freude über Machels Tod nicht lassen. Sie erklären, daß sie ihre Wühlaktionen noch energischer betreiben wollen. Das RSA-Regime und seine Söldner hoffen sicherlich, nach diesem Tod Mocambique unter noch stärkeren Druck zu setzen und zur Aufgabe seiner jetzigen Gesellschaftsordnung zu zwingen.

L SKURATOW

GROSSBRITANNIEN--SYRIEN

Tel Aviv zuliebe

● LONDON BRACH DIPLOMATISCHE BEZIEHUNGEN ZU SYRIEN AB

Am 24. Oktober verurteilte ein britisches Gericht den Jordanier Nezar Hindawi zu 45 Jahren Freiheitsentzug. Er wurde schuldig befunden, im April d. J. versucht zu haben, auf dem Londoner Flughafen Heathrow in ein Flugzeug der israelischen "El Al" eine Bombe zu legen.

Nach Verkündung des Urteils gab das britische Außenministerium sofort den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Syrien bekannt. Warum zu Syrien? Weil Amtspersonen aus der Botschaft Syriens in London, wie Minister Howe im Unterhaus behauptete, mit diesem versuchten Terrorakt in Verbindung gestanden hätten.

Reaktionsschnell, wie es ist, unterstützte Washington sofort seinen britischen Verbündeten und berief den eigenen Botschafter aus Damaskus ab. Kanada tat ein gleiches. Am meisten freute sich über den Schritt des Tory-Kabinetts natürlich Tel Aviv, wo man schon seit langem etwas gegen Damaskus im Schilde führt.

Die syrische Regierung wies kategorisch den Versuch der britischen Behörden zurück, ihr die "Verantwortung" für die Vorfälle auf dem Londoner Flughafen zuzuschieben. Bekanntlich verurteilte Syrien wiederholt den internationalen Terrorismus. All diese Beschuldigungen seien absolut unbegründet, erklärte der syrische Außenminister Farouk al-Shareh.

In Damaskus meint man, all das sei eine genau abgestimmte Aktion des amerikanischen, des israelischen und des britischen Geheimdienstes. Das Ziel war, spätere Strafmaßnahmen gegen Syrien zu begründen.

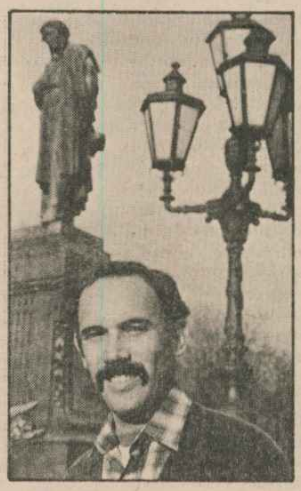
Wie Chedli Klibi, Generalsekretär der Arabischen Liga, erklärte, sei die Beschuldigung, Syrien befleißige sich des Terrorismus, zweifellos von israelischen Agenturen fabriziert worden; die Arabische Liga weise die syrienfeindliche Verleumdung zurück.

Der Imperialismus greift oft zu so unverfrorenen Fälschungen. Denken wir daran, wie Washington z. B. im vorigen Sommer eine schamlose Kampagne gegen Libyen entfesselte und ihm ebenfalls den Terrorismus vorwarf. Später stellte sich heraus, daß all das eine vorsätzliche Irreführung der Weltöffentlichkeit war. Jetzt will man Syrien in Mißkredit bringen.

Erinnert sei auch daran, daß beim amerikanischen Bombenüberfall auf Libyen im April die Tory-Regierung ganz offen Handlangerdienste leistete, als sie den US-Bombern den Start von britischem Boden erlaubte.

Syrien traf ebenfalls Maßnahmen und schloß seine Hoheitsgewässer für britische Schiffe und seinen Luftraum für britische Flugzeuge.

A. USWATOW



UNSERE GÄSTE

"Ich bin glücklich, als Sieger des NZ-Quiz die UdSSR besuchen, die quirlenden Moskauer Straßen erleben und sowjetische Freunde treffen zu können", meint Edmundo Gonzalez von Kuba (Provinz Sancti Spiritus), Trainer seines Zeichens, der sich zugleich im Abendstudium an einer Hochschule für Körperkultur weiterqualifiziert und engagierter Sportberichterstatter ist. "Diese Reise wird mir mein Leben lang unvergeßlich bleiben."

Gäste unserer Wochenschrift waren im Oktober u. a. Datta Gupta (Indien) und Hermann Scheibe (DDR), die für Erweiterung des Kreises von NZ-Lesern in ihren Ländern sorgen; Eva Kostova von der bulgarischen Wochenzeitung "Pogled"; Karl Friedrich Reinhart von der Monatsschrift "horizont" (DDR); Peter Kubin von der Zeitung "Praca" (Slowakei) sowie Mitarbeiter der japanischen, der ungarischen und der CSSR-Botschaft in Moskau.

Unser Bild: Edmundo Gonzalez in Moskau.

Foto: W. Panow

Najib: Erneuerung in allen Lebensbereichen

Der Generalsekretär des ZK der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA), Genosse NAJIB, antwortet auf Fragen unseres Sonderkorrespondenten Leonid Mironow.

Genosse Najib, seit der Aprilrevolution 1978 sind achteinhalb Jahre vergangen. Wie würden Sie die wichtigsten Züge, die heute das Leben des Landes bestimmen, charakterisieren?

Die Aprilrevolution ist ihrem Charakter und Inhalt nach eine nationaldemokratische, antifeudalistische, antiimperialistische Revolution. Sie erfolgte, um die nationalen Interessen, die Hoffnungen der Volksmassen, jene Ideale zu verwirklichen, für die viele Jahre lang die afghanischen Patrioten, die progressiven und demokratischen Kräfte mutig gekämpft hatten.

Heute vollzieht sich in allen Lebensbereichen — auf sozialökonomischem, politischem und kulturellem Gebiet — ein Prozeß der Erneuerung. Das Land wirft die Fesseln des Mittelalters, der Rückständigkeit und der geistigen Trägheit ab. Seit dem April 1978 hat die Revolution einen vernichtenden Schlag gegen alle Formen der nationalen und sozialen Unterdrückung, gegen die feudal-bürokratische Ordnung geführt, die das Volk jahrhundertelang zu Sklaverei und Armut verdammt hatte.

In kurzer Zeit entstand auf den Trümmern des rückständigen feudalistischen Afghanistan, das westliche Journalisten früher ironisch als "vom Hindukusch eingeklemmten Splitter des Mittelalters" bezeichneten, ein Staat neuen Typs — eine demokratische Republik. Die politische Grundlage unserer Gesellschaft bilden jetzt die junge Arbeiterklasse und die Bauernmassen, die im festen Bündnis die Verwirklichung der Interessen auch aller übrigen patriotischen Bevölkerungsschichten garantieren.

Die vorrangigen Aufgaben, die heute vor der DVPA und der DR Afghanistan stehen, sind, kurz gesagt, folgende: die Verteidigung der Unabhängigkeit, der Souveränität und der territorialen Integrität, die Festigung der Errungenschaften der April-Revolution, eine breite und aktive Teilnahme der Werktätigen, aller patriotischen Kräfte an den nationaldemokratischen, antifeudalistischen und antiimperialistischen Umgestaltungen, die Verwandlung Afghanistans in einen entwickelten, prosperierenden Staat.

Die Feinde der DR Afghanistan — Imperialismus, regionale Reaktion und Konterrevolution — scheuen vor keiner Lüge zurück, greifen zu bewußten Fälschungen. Sie suchen der April-Revolution nicht vorhandene Absichten zu unterstellen, zeigen Schadenfreude über von der DVPA begangene Fehler und sprechen von einer "Stagnation". Wir sind Revolutionäre, deshalb fürchten wir nicht, selber von unseren Schwächen zu sprechen, tun wir alles, um diese zu überwinden.



In Kabul begegnet man Besuchern aus verschiedenen Provinzen — Arbeitern, Bauern, Handwerkern und Stammesvertretern. Ich erfuhr, daß Sie und andere Mitglieder des Politbüros des ZK der DVPA bestimmte Sprechstunden für diese Menschen haben. Was erörtern Sie mit ihnen?

In letzter Zeit besuchte ich eine Reihe von Provinzen, viele Betriebe, sprach auf Meetings. Ich war bemüht, soviel Kontakt mit Menschen wie nur möglich zu haben. Überdies empfange ich monatlich mehr als 50 Besucher. Das ist zweifelsohne sehr wichtig. Näher an den Massen zu sein, das verlangen wir jetzt von allen führenden Mitarbeitern der DVPA. In Gesprächen mit Werktätigen werden aktuellste Themen und Probleme berührt. Bisweilen kommen die Menschen natürlich auch mit konkreten Bitten. Wir erfüllen sie nach Möglichkeit. Wir dürfen uns nicht vom Volk isolieren, dürfen uns nicht in unsere vollklimatisierten Arbeitszimmer zurückziehen. Wir müssen von ihm lernen, da es in seiner Masse klüger und erfahrener ist als jeder Funktionär. Alle Mitglieder des Politbüros des ZK der DVPA abwechselnd hatten täglich Sprechstunden im Delkush-Palast ab. Übrigens war den Bürgern der Zugang dorthin noch vor kurzem versperrt.

Haben Sie bei Ihren Gesprächen mit afghanischen Werktätigen irgendwelche Veränderungen bei ihnen bemerkt?

Mit aller Bestimmtheit kann ich sagen, daß sich in den Menschen, einfachen afghanischen Werktätigen, die zu Herren des Landes werden, bedeutende Veränderungen vollzogen haben. So erfüllen und überbieten die Arbeiter und Angestellten z. B. des Autoreparaturwerkes Dschungalak, des Wohnungsbaukombinats und des Brotkombinats in Kabul, der Textilfabrik in Bagram nicht nur regelmäßig die Produktionspläne, sondern bewachen auch rund um die Uhr selbst ihre Betriebe vor möglichen Angriffen der Duschmanen. Der Freitag ist in unserem Land arbeitsfrei. Doch die Werktätigen dieser Betriebe kommen auch an diesem Tag oft zur Arbeit. Bei uns hat man damit begonnen, Hashary durchzuführen, die an Ihre Subbotniks erinnern. In diesen unbezahlten Arbeitseinsätzen werden Schulen und Brücken repariert, Straßen verschönt, in der Provinz Balch entstand ein Krankenhaus. Viele Häuser für Familien von Gefallenen der Revolution wurden gebaut. Mit den bei freiwilligen Arbeitssätzen erarbeiteten Mitteln wurde ihnen materielle Hilfe für mehr als 0,5 Mio Afghani erwiesen. Solche Beispiele ließen sich fortführen. All das eben zeugt von den Veränderungen in unseren Menschen, die eine neue Einstellung zur Arbeit, zu ihrem Volksstaat demonstrieren.

Sie treffen nicht selten auch mit namhaften afghanischen Geistlichen zusammen. Beklagen sie sich nicht darüber, daß die Volksmacht die religiösen Besonderheiten des Landes nicht berücksichtigt?

Solche Behauptungen der westlichen Propaganda sind freche Lügen. Sie rufen Abscheu selbst bei unseren Ulemas hervor — hochgebildeten Theologen, mit denen ich zusammenkomme. Kürzlich besuchte ich das Ministerium für Angele-

genheiten des Islam und der Wakufen, sprach mit dessen führenden Mitarbeitern. Keinerlei Klagen bekam ich von ihnen zu hören, sondern nur Bitten und Wünsche. Bei Dienstreisen besuche ich Moscheen, unterhalte mich mit Gläubigen. Wir tun alles, die besten Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Gläubigen den religiösen Vorschriften gerecht werden können.

Die Duschmanenführer tönen aus ihren Höhlen, sie schickten „Kämpfer für den Glauben", um für den "heiligen Koran" zu streiten, der in Gefahr sei. Dieses Gestöhn ist auf Unwissende, Uninformierte abgestellt. Unwissenheit und tiefsitzende Vorurteile sind der Hauptgrund dafür, daß ein Teil der Bevölkerung immer noch auf die Einflüsterungen der Duschmanen- und der westlichen Propaganda hört. Doch immer mehr unserer Moslems fallen die Schuppen von Augen, wenn sie erfahren, was wir für sie tun. In den letzten 5 Jahren wurden 231 Moscheen errichtet und 1026 Gotteshäuser renoviert. Dafür gab der Staat 270 Mio Afghani aus. Die Konterrevolutionäre aber, die "Kämpfer für den Glauben", zerstörten in diesem Zeitraum 254 Moscheen. Im gleichen Zeitraum unternahmen mit Hilfe des Staates über 25 000 Moslems die Hadsch, die Pilgerfahrt nach Mekka. Für jeden von ihnen gab der Staat durchschnittlich 26 600 Afghani, insgesamt 726 Mio Afghani, aus. Eine nicht geringe Summe. 11 570 Geistliche in 5167 Moscheen erhalten von der Regierung der DR Afghanistan ihr Gehalt. Der Staat hat die Ausgaben für die Theologische Fakultät der Universität Kabul und 20 Medressen (Religionsschulen) übernommen. Bald wird das Islamische Institut eröffnet — die diesbezüglichen Vorbereitungen sind abgeschlossen. Wie Sie sehen, tun wir tatsächlich etwas für die Moslems, uns aber wird immer wieder vorgeworfen, wir würden gewisse Gruppen bedrängen.

Die DVPA und die Regierung der DR Afghanistan richten ihre Anstrengungen auf die Überwindung der ökonomischen und sozialen Rückständigkeit. Welche Rolle bei der Lösung dieser Probleme wird der Fünfjahrplan spielen, dessen Verwirklichung Afghanistan im März d. J. in Angriff genommen hat!

Trotz des gegen die DR Afghanistan entfesselten nichterklärten Krieges und der nicht aufhörenden bewaffneten Provokationen der Konterrevolutionäre tun wir alles für die Entwicklung der Wirtschaft und ein besseres Leben der Bevölkerung. Eben diese Ziele verfolgt auch der Fünfjahrplan. Er sieht die beschleunigte Entwicklung der Schlüsselzweige der Volkswirtschaft, die Hebung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes vor. Wir haben ein Programm von Maßnahmen erarbeitet, um die nationalen Unternehmer zur wirtschaftlichen Entwicklung heranzuziehen. Gegen Ende des Planjahrfünfts soll das Nationaleinkommen um 25 Prozent, die Industrieproduktion um 38 Prozent und die Bruttoagrarproduktion um 14 bis 16 Prozent steigen.

Der Plan scheint uns real zu sein, wenn seine Verwirklichung auch große Anstrengungen verlangen wird. Ich kann sagen, daß ein guter Start genommen wurde. Erstmals haben alle Produktionsministerien ihre Aufgaben erfüllt. Der Halbjahrplan für die Industrieproduktion im staatlichen und im gemischten Sektor wurde mit 110,8 Prozent erfüllt. Erfolgreich arbeitet die Industrie des Privatsektors. Es gibt Fortschritte in der Landwirtschaft. Neue Bodenflächen wurden bewässert. Der Staat hilft den Bauern wirksam, indem er ihnen Kredite, Saatgut und Dünger überläßt.

Eine weitere Entwicklung erfährt der soziale Bereich. Neue Schulen und Krankenhäuser werden gebaut, immer mehr Kinder werden in die ersten Klassen, Lernende an Hoch- und Oberschulen aufgenommen. Die ökonomische Front ist für uns ebenso wichtig wie die militärische.

Als ärmster Teil der afghanischen Bevölkerung galten stets die Nomaden. Bei Reisen in die Provinzen Paktia, Nangarhar, Kandahar, Zabol u. a. sah ich Dutzende von Zeltlagern der Nomaden. Ist vorgesehen, sie seßhaft zu machen! Wenn ja, wie!

Ein Nomadenleben führen Stämme wie die Ghilzai und die Durrani. Sie alle sind Bürger unserer Republik, für die wir ebenso wie für die anderen sorgen müssen. Mit der Zeit werden sie alle seßhaft werden. Wir wollen die Entwicklung der sozial rückständigen Regionen, die von nationalen Minderheiten und von Nomaden besiedelt werden, beschleunigen, deren gerechte, angemessene Vertretung in den zentralen und örtlichen staatlichen und gesellschaftlichen Organen, in der Nationalen Vaterländischen Front gewährleisten.

Ende August sagten Sie in Jalalabad: "Wir brauchen den Krieg nicht, es reicht! Wir müssen Eintracht erzielen, die gegenseitigen Interessen respektieren." Mit wem und auf welcher Grundlage soll Eintracht erzielt werden!

Zu den aktuellen Aufgaben unserer Politik zählen wir die Herbeiführung einer Atmosphäre im ganzen Lande, in der die Streitfragen gemeinsam, friedlich, ohne Waffengewalt, in Vertrauen, Zusammenarbeit und Brüderlichkeit, auf der Grundlage der Gewährleistung der gesamtnationalen Interessen und der gesamtnationalen Eintracht gelöst würden. Unsere Politik, die auf die Erweiterung der sozialen Basis der Revolution gerichtet ist, unser neues Herangehen an diese Fragen besteht in der Bereitschaft zu breiter gesamtnationaler Zusammenarbeit im Interesse des ganzen Volkes. Diese Bereitschaft setzt voraus:

die Einbeziehung angesehener parteiloser Vertreter, die die Interessen verschiedener Schichten und Gruppen der Bevölkerung zum Ausdruck bringen, in die führenden Staatsorgane — den Revolutionsrat und den Ministerrat;

die Ausweitung des Dialogs mit jenen Gruppen, die bislang noch unbewußt der Revolution gegenüber feindselige Positionen einnehmen, aber ihre volksfeindliche, konterrevolutionäre Tätigkeit bereuen;

mögliche flexible Kompromisse auf prinzipieller Grundlage im Interesse der nationalen Eintracht, der Herstellung des Friedens im Lande und der Gewährleistung seiner Sicherheit.

Wir appellieren an alle Landsleute, aktiv an der historischen Erneuerung und der nationalen Wiedergeburt des Landes teilzunehmen. Die Heimat ist bereit, auch alle im Ausland lebenden Landsleute in ihre Arme zu schließen, sie werden sich — bei absoluter Garantie ihrer Sicherheit, ohne jegliche Diskriminierung, unter Respektierung ihrer Menschenwürde — in den Aufbau eines prosperierenden unabhängigen Afghanistan einreihen können.

Gibt es eine Grundlage für eine Regelung der Beziehungen zu Pakistan!

Wir leben mit dem Volk Pakistans in der gleichen Region und wollen in Frieden leben, wollen im Kampf gegen die Rückständigkeit, für sozialen und ökonomischen Fortschritt zusammenarbeiten. Die Geschichte hat uns zu Nachbarn gemacht, Nachbarn aber müssen friedlich miteinander auskommen, dürfen nicht aufeinander schießen.

Sowjetische Soldaten nach ihrer Rückkehr aus Afghanistan

Foto: TASS



Afghanistan hat sich nie in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, darunter in die inneren Angelegenheiten Pakistans, eingemischt. Wir waren stets gegen eine solche Einmischung. Doch Pakistan wurde zum Sprungbrett des nichterklärten Krieges gegen die DRA, den die Kräfte des Imperialismus und der Reaktion unter Führung der USA entfesselt haben. Jeder real Denkende muß verstehen, daß eine solche subversive Tätigkeit nicht nur dem afghanischen, sondern auch dem pakistanischen Volk schadet. Die Völker unserer Länder können von Beziehungen der guten Nachbarschaft und der gegenseitigen Achtung nur profitieren.

Ich meine, daß es keinerlei Hindernisse für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Afghanistan und Pakistan, für deren Zusammenarbeit gibt. Die pakistanische Regierung muß endlich auf den Willen des eigenen Volkes hören, darf nicht mehr Handlanger der hinterhältigen Pläne der USA sein. Wir wollen erneut die Aufmerksamkeit der pakistanischen Behörden auf die friedensfördernden Initiativen der DR Afghanistan lenken, auf den wichtigen Schritt, den die Sowjetunion tat, die unlängst sechs Regimenter des begrenzten sowjetischen Truppenkontingents in Afghanistan zurückzog.

Unser Gespräch findet an dem Tag statt, da das letzte von sechs sowjetischen Regimentern afghanisches Territorium verläßt. Betrachten Sie diese Maßnahme als ausreichend, um eine politische Regelung in der Region zu fördern!

In meiner Rede in Kunduz bei der Verabschiedung eines motorisierten Schützenregiments habe ich bereits erklärt, daß der Abzug eines Teils des begrenzten sowjetischen Truppenkontingents ein Schritt guten Willens ist, der der Beendigung des nichterklärten Krieges, der Einstellung der aus dem Ausland unterstützten Aggression einen neuen Impuls geben soll. Wir hoffen, daß jene, die die bewaffnete Intervention gegen uns organisieren und verwirklichen, diesen Schritt tun werden. Doch mögen sie wissen, daß bei einer Fortsetzung der Intervention unser großer Freund, die Sowjetunion, uns nicht im Stich lassen wird.

Vielen Dank, Genosse Najib, dafür, daß Sie die Zeit gefunden haben, ausführlich Fragen der NZ zu beantworten. In wenigen Tagen wird das Sowjetland den 69. Jahrestag des Roten Oktober begehen. Was möchten Sie den sowjetischen Menschen am Vorabend dieses Feiertages über die NZ übermitteln?

Unsere Freundschaft mit der Sowjetunion besteht für alle Zeiten. Sie ist lebenspendend wie ein Gebirgsquell. Jahre und Jahrzehnte später werden unsere Kinder und Enkel das reine Banner der Freundschaft unserer beiden Länder weitertragen. Wir werden nie vergessen, was das Sowjetland für uns getan hat.

Am Vorabend des Jahrestages des Großen Oktober, der eine neue Epoche der Menschheitsgeschichte eingeleitet hat, wünsche ich im Namen des ganzen afghanischen Volkes dem befreundeten Sowjetvolk Glück und Wohlergehen.

Achse Washington—Tokio—Söul

Rollenverteilung

Rafik ALIJEW

Es sei daran erinnert, daß der Gedanke an eine Dreierallianz im Weißen Haus fast gleich nach der Niederlage der USA in Indochina heranreifte. Eine Wiederholung jener Situation auf der Halbinsel Korea befürchtend, richtete Washington die Blicke auf seine fernöstlichen Bündnispartner. Im Vordergrund stand die militärische Zusammenarbeit mit Japan und Südkorea.

Bereitstellungsraum Japan

Nachdem im November 1978 die "Richtlinien für die japanisch-amerikanische Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung" bestätigt worden waren, setzte eine neue Entwicklungsphase der militärischen Verbindungen zwischen Tokio und Washington ein. Japan verpflichtete sich, tatkräftig an der Planung gemeinsamer Kampfhandlungen, an der Bildung koordinierender Stellen für den Fall einer Verschärfung der Situation, an der Einholung und am Austausch von Aufklärungsinformationen und daran teilzunehmen, ein einheitliches System materieller und technischer Versorgung aufzuziehen. Heute besteht schon eine Nachrichtenverbindung der "Selbstverteidigungskräfte" mit dem Pentagon sowie mit dem Stab der US-Streitkräfte auf Hawaii, ebenso ein ausgedehntes Netz von Komitees und Unterkomitees für die Erörterung gemeinsamer militärischer Aktivitäten.

Im Dezember 1984 unterzeichneten der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs der "Selbstverteidigungskräfte" und der Befehlshaber der US-Streitkräfte in Japan ein Protokoll über gemeinsame Kampfhandlungen im "Notfall". Das wurde in Tokio als epochales Ereignis gewertet, denn es handelt sich um gemeinsame Aktivitäten im Umkreis einer 1000-Meilen-Zone.

Besonderen Wert legen die USA auf ihre Stützpunkte, vor allem den Luftstützpunkt Kadena auf Okinawa. Dort sind C-141-Transportflugzeuge stationiert, die Behälter mit nuklearen Sprengköpfen befördern können, und außerdem KC-135-Maschinen, die strategische B-52-Bomber in der Luft auftanken können, damit diese von Guam aus den sowjetischen Fernen Osten anfliegen können. Darüber, daß auf dem Luftstützpunkt Misawa (im Norden der Insel Honshu) F-16-Jagdbomber, die Kernwaffen tragen können, in Eile stationiert werden, schrieben wir bereits.

Das Zusammenwirken der amerikanischen und japanischen Streitkräfte ist heute so, daß sich die militärischen Beziehungen der beiden Staaten zueinander sich nicht mehr von denen der USA zu den europäischen NATO-Mitgliedern unterscheiden. Nicht von ungefähr wird Japan immer öfter das 17. NATO-Mitglied genannt.

Entschädigung für Söul

Nicht minder intensiv werden die militärischen Beziehungen der USA zum Regime in Söul verstärkt. In Südkorea sind über 42 000 Mann US-Militär und über 700 nukleare Gefechtsköpfe stationiert. An der Aufstellung von Flügelraketen und Pershings wird gearbeitet. Im Mai d. J. vereinbarten Spitzenpolitiker der USA und Südkoreas, dort Vorräte binärer C-Waffen anzulegen. Auch sollen da weitere US-Panzereinheiten, Lance-Raketen und F-16-Flugzeuge stationiert werden.

Seit 10 Jahren werden alljährlich "Team-Spirit"-Manöver abgehalten. Dieses Jahr haben daran 200 000 südkoreanische und amerikanische Soldaten, darunter die auf den Stützpunkten in Japan stehenden, teilgenommen. Söul bekommt immer mehr Kriegstechnik, namentlich AWACS-Flugzeuge. Dem Regime Tschon Du Hwans wird für militärische Zwecke finanziell "geholfen". Dieses Jahr wird sich diese "Hilfe" auf 232 Mio Dollar belaufen.

In Japan meinte man immer, die Situation auf der Halbinsel Korea habe direkt etwas mit der Sicherheit des Landes zu tun. Trotzdem hatte man in Tokio keine Eile, enge Beziehungen zu Söul zu entwickeln, besonders im militärischen Bereich. Eine ernste Ursache ihrer Reibungen ist die chronische Unausgewogenheit des Handels, über

die sich Söul andauernd beklagt. Die Konflikte mit koreanischen Gesellschaften haben ihrerseits einige japanische Firmen (Toshiba, Sony, Matsushita Denki) veranlaßt, Investitionen aus der Wirtschaft Südkoreas zurückzuziehen. Nicht beigelegt ist der alte Streit um die von beiden Ländern beanspruchte Insel Taka-shima.

Man muß im Auge haben, daß in Tokio nicht alle mit dem amerikanischen Gedanken an eine militärische und politische Dreierallianz einverstanden sind. Weitblickende Politiker bestehen auf einer friedlichen Lösung der Probleme der Halbinsel Korea und fordern die Schaffung einer politischen Atmosphäre, die für die Gewährleistung der Sicherheit aller Fernoststaaten günstig wäre.

Die Reise des Söuler Regimechefs im Februar 1981 und des japanischen Ministerpräsidenten im Mai in die USA wurden vom Weißen Haus zur Druckausübung auf ihre Partner benutzt, um zu erreichen, daß sie sich mit der Beilegung ihrer Streitigkeiten miteinander befassen. Von Tokio wurde außerdem die Verpflichtung gefordert, Südkorea zu helfen.

Aus den USA zurück, erklärte der japanische Ministerpräsident, es sei die "vordringliche außenpolitische Aufgabe Japans, die Verbindungen mit Südkorea fester zu gestalten".

Japan versprach Söul für dessen Bemühungen um die "Verteidigung Japans und der ganzen freien Welt" Hilfe.

Bezeichnenderweise tauschten in den Jahren 1983–1984 der japanische Ministerpräsident und der Chef des südkoreanischen Regimes erstmals seit dem zweiten Weltkrieg Besuche aus.

Konturen einer Allianz

Ein detaillierter "Zeitplan" für das Zusammenwirken der drei Staaten im Bereich der "Verteidigung" kam bei Verhandlungen zustande, die K. Watanabe, Vorsitzender der Vereinigten Stabschefs, der südkoreanische General Li Ki Pek und General William Livsey, Befehlshaber der vereinigten amerikanisch-südkoreanischen Streitkräfte, im September 1984 in Söul abhielten.

Seit 1984 wird die Zusammenarbeit im Rahmen des Dreiecks zu einem militärischen Zusammenwirken. An den amerikanisch-japanischen Übungen vom Juli 1984 auf dem Luftstützpunkt Kadena nahmen südkoreanische Flugzeuge teil. Einen Monat später beteiligten sich Offiziere Südkoreas an gemeinsamen amerikanisch-japanischen Manövern der Luft- und Seestreitkräfte, bei denen ein Krieg auf der Halbinsel Korea imitiert wurde. Den "Team-Spirit"-Übungen wohnen neuerdings als Beobachter Repräsentanten des Stabs der "Selbstverteidigungskräfte" bei.

Beim US-Verteidigungsministerium liegt ein operativ-taktischer Plan für Kampfhandlungen auf der Halbinsel Korea vor. Im Falle solcher Kampfhandlungen übernehmen die USA die strategischen Angriffsoperationen, Japan stellt sich dem Pentagon als Operationsbasis zur Verfügung, und südkoreanische Truppen übernehmen es, für innere Ordnung zu sorgen.

Schließlich muß noch die "regionale Verteidigungsinitiative" im Fernen Osten erwähnt werden, die US-Außenminister Shultz in Söul im Juni d. J. zur Sprache brachte. Im Grunde genommen ist das eine Form der Einbeziehung Japans und Südkoreas in die "Strategische Verteidigungsinitiative". Für die Entwicklung von Weltraumwaffen brauchen die USA die Hilfe Japans, genauer seine technischen Entwicklungen in Optik, Laser-, Elektronen- und Rechentechnik.

Das Pentagon rechnet auch auf eine Beisteuer Südkoreas zur SDI, besonders in der radioelektronischen und chemischen Industrie sowie im Hüttenwesen.

Die Bildung eines militaristischen "Dreiecks" bedeutet, daß im asiatisch-pazifischen Raum ein Kriegsgefahrenherd angefacht wird, was die Nachbarstaaten zwangsläufig in Unruhe versetzt. Besorgnis über die Verhältnisse in der Region, auch auf der Halbinsel Korea, äußerte Michail Gorbatschow unlängst in Wladiwostok.

Was die Halbinsel Korea unmittelbar betrifft, so können als Grundlage für eine Normalisierung die in einer Regierungserklärung der KDVR dargelegten Vorschläge dazu dienen, die Halbinsel zur kernwaffenfreien und zur Friedenszone zu machen. Dazu müßten die USA ihre Truppen aus Südkorea zurücknehmen, müßten Nord und Süd statt des Waffenstillstandsabkommens einen Friedensvertrag schließen, einen Nichtangriffspakt abfassen, die großangelegten Manöver auf der Halbinsel einstellen und Friedensdialog führen.

Die Lage auf der koreanischen Halbinsel und die Versuche, eine fernöstliche Variante der NATO zusammenzuzimmern, sind die gefährlichsten destabilisierenden Faktoren im asiatisch-pazifischen Raum. Sie können durch die Verwirklichung der konkreten Maßnahmen, die Michail Gorbatschow in Wladiwostok vorschlug, neutralisiert werden: die Senkung des nuklearen Konfrontationsstandes, die Einschränkung der Aktivitäten der Kriegsflotten im Pazifik, die Reduzierung der konventionellen Rüstungen in Asien, vertrauensbildende Maßnahmen und die Nichtanwendung von Gewalt in der Region. ■

BIOGRAPHISCHES

PREMIERMINISTER VON BARBADOS

ERROL WALTON BARROW



Bei den allgemeinen Wahlen in Barbados siegte die Demokratische Labour-Partei (DLP), deren Vorsitzender, Errol Walton Barrow, Premierminister dieses Karibiklandes wurde.

Dieser prominente Staatsmann und Politiker wurde am 21. Januar 1920 auf Barbados geboren, studierte in den USA und Großbritannien, ist Wirtschaftsexperte; machte als Angehöriger der britischen Armee den zweiten Weltkrieg mit.

In der Nachkriegszeit schaltete er sich aktiv ins politische Leben ein. Zwischen 1951 und 1955 war er Mitglied der Labour Party von Barbados, wurde auch ins Parlament gewählt. Nach einer Spaltung in der Partei trat er in die 1955 gegründete DLP ein; 1960 wurde er ihr Vorsitzender. In den Jahren 1961–1966 war Barrow Finanzminister, 1966–1976 Premierminister.

Seine Partei setzt sich für die Entwicklung der nationalen Wirtschaft und eine unabhängige Außenpolitik ein. Sie lehnt den Kurs der früheren Regierung ab, die die Aggressionspolitik der USA in Mittelamerika und der Karibik vorbehaltlos unterstützte und zu den aktivsten Teilnehmern der von den USA im Oktober 1983 vom Territorium von Barbados aus aufgezogenen Aggression gegen Grenada zählte. Im politischen Programm der DLP heißt es, daß das Territorium des Staates nicht zu Zwecken benutzt werden darf, die sich gegen die Interessen der Nachbarländer richten. Die DLP tritt gegen die US-Pläne einer weiteren Militarisierung der ostkaribischen Länder auf.

● SENSATION

DIE SKELETTE IM SCHRANK DER MI 5

Peter Wright, ein Engländer, der jetzt in Australien lebt, hat ein Buch geschrieben. Doch er kann es nicht publizieren. Dem widersetzt sich die britische Regierung.

Peter Wright ist ehemaliger stellvertretender Direktor der britischen Gegenspionage MI 5. Sein Buch hat er gerade dieser Organisation gewidmet, genauer gesagt, deren gesetzwidrigen Aktionen, den "Skeletten in ihrem Schrank", wie die Engländer sagen. So behauptet Wright, Agenten der MI 5 hätten Telefongespräche der Botschaften der BRD und Frankreichs in London abgehört. Er berichtet detailliert, wie Mitarbeiter von MI 5 in den 50er und den 60er Jahren sich häufiger für vertrauliche diplomatische Begegnungen interessiert hatten. 1956 war die MI 5 in ein Komplott zur Ermordung des Präsidenten Ägyptens, Gamal Abdel Nasser, verwickelt. Und 1974--1976 bereiteten Wrights Kollegen ein Komplott schon gegen ... Großbritanniens Ministerpräsident Harold Wilson vor. Außerdem versuchten sie, in sowjetische Konsulate einzudringen...

Die Thatcher-Regierung erreichte ein Publikationsverbot selbst für Auszüge aus dem Buch in Großbritannien. Die britische Regierung wandte sich gegen die Herausgabe von Wrights Memoiren in Australien, reichte diesbezüglich Klage ein.

Die Tory-Regierung ersuchte das australische Gericht, die "in dem Buch vorgebrachten Anschuldigungen als der Wahrheit entsprechend zu betrachten" und die Presse aus dem Prozeß auszusperren. Der Londoner "Guardian" brachte sogleich einen Beitrag unter der Überschrift "Großbritannien erkennt die Beschuldigungen gegen MI 5" an. Doch London erklärt, das sei nur ein juristischer Zug... ■

● PORTRÄT

CHANCE FÜR REHNQUIST

Am Sitz des Obersten Gerichtes der USA sollte ein Schild angebracht werden. Aufschrift: "Sie haben wenig Chancen". Und Unterschrift: "Vorsitzender des Obersten Gerichtes, William Rehnquist". Das wäre weder Reklame noch ein Ausfall gegen den Vorsitzenden, sondern nur ein Zitat. "Sie haben wenig Chancen" — das war fast der erste Satz Rehnquists in seiner neuen Funktion auf der ersten Tagung des Gerichts. Er wandte sich an Rechtsanwälte, die arme und unterdrückte Indianer vertraten. Das Verfahren hatte noch nicht begonnen, und eigentlich hatte niemand den Gerichtsvorsitzenden gebeten, ein Vorschußurteil zu fällen, doch... Die Anwälte verstanden die Anspielung, kürzten ihre Reden bis auf einige Sätze.

Kurz gesagt, Indianer haben wenig Chancen beim Obersten Gericht, solange dort William Rehnquist Vorsitzender ist.

Was ein Schild, das das Weltverständnis von Richter Rehnquist verdeutlicht, angeht, so gibt es ein reales Exponat. Es hing an einem dem Richter gehörenden Haus und lautete: "Wird an Juden weder vermietet noch verkauft."

US-Bürger asiatischer Abstammung und Afroamerikaner können sich das Geld für den Rechtsanwalt gleich sparen. Die Rehnquist meint, wurden die spanischsprachigen US-Bürger ebenso wie die Neger viel später als jene geboren, denen in der Bill of Rights die gleichen Rechte zuerkannt wurden. Einmal war Rehnquist in Phoenix, US-Bundesstaat Arizona, bei Wahlen tätig — und zwar gerade dort, wo nationale Minderheiten leben. Diese hatten eigentlich für die Demokraten stimmen wollen, Rehnquist aber votiert stets für die Republikaner. So wurden fast alle Afroamerikaner und die Latinos im Wahlkreis als "Analphabeten" qualifiziert und nicht zu den Wahlen zugelassen. Einige beschwerten sich später, Rehnquist habe ihnen mit dem Jüngsten Gericht gedroht.

Und dann gibt es noch die "Roten", Pazifisten und andere Liberale. Jene, die verlangen, "dem Frieden eine Chance zu geben". Gerichtsvorsitzender Rehnquist wird sein Wort dazu noch sagen — genauer gesagt, ein diesbezügliches Urteil verkünden. Einmal reichte er bereits beim Justizministerium ein Memorandum ein, das das unrechtmäßige Abhören und die Bespitzelung amerikanischer "Radikaler" zu rechtfertigen sucht.

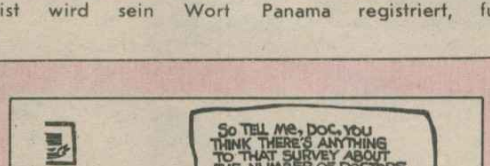
Wer aber hat Rehnquist erlaubt, zu strafen und Gnade walten zu lassen? Die Republikaner und der Präsident persönlich. Und, obwohl der Name des Richters skandalumwoben ist, obwohl er mit 33 Voten ungewöhnlich viele Gegenstimmen im Senat erhielt, wurde Rehnquist Gerichtsvorsitzender.

Die Rehnquists haben heute in Washington alle Chancen. ■

● ENTHÜLLUNGEN

DAS GEHEIMNIS DER „NOBISTOR"

Im März d. J. lief vor der Küste Brasiliens die "Nobistor" auf. Sie war in Panama registriert, fuhr aber unter



Sagen Sie bitte, Herr Doktor, ist an dieser Untersuchung über rauschgiftsüchtige Ärzte etwas Wahres!

Zeichnung aus:
"International Herald Tribune" (Paris)

dern auch ausgeplaudert, auf wessen Weisung sie handelten. ■

● ÜBERNATÜRLICHES

SATANS JÜNGER

Luzifer hat seine Anhänger im Westen nicht verloren. Angaben des Gallup-Instituts zufolge glauben 17 Prozent der Befragten in Frankreich, 38 Prozent in Norwegen und 67 Prozent in Griechenland an die Existenz des "gefallenen Engels". Etwa 10 Millionen Amerikaner haben zumindest einmal im Leben an Magie, schwarzen Messen, ja gar an Vampirorgien teilgenommen.

Als "Seuche wie Rauschgiftsucht und Pornographie" bezeichnete ein Pastor aus Rock Island (US-Bundesstaat Illinois) die Teufelsanbeterei. In den USA wird für etwa 3 Dollar ein Lehrbuch der Magie oder des Handauflegens angeboten — oder auch eine komplizierte Apparatur, um Botschaften direkt aus der Hölle zu empfangen.

Noch fanatischere Teufelsanbeter gibt es in Westeuropa. In Manchester befindet sich das Zentrum der "Satanskirche". Die "Asmodeus-Gesellschaft" und die "Kirche des letzten Gerichts" haben "Gemeinden" in vielen Städten Italiens, der BRD... Experten zufolge sind 20 000 BRD-Bürger Teufelsanbeter, 6,8 Millionen Bundesdeutsche (ca. 11 Prozent der Landesbevölkerung) halten die Existenz von Hexen für möglich. Und die Hexen vermehren sich, genauer gesagt, es sind "neue Hexen". Sie bildeten in mehr als 70 Städten Geheimgesellschaften. Statt auf dem Besen zu reiten, brausen die wohlhabenden und von weltlichen Sorgen nicht beschwerten Satansschwestern im Mercedes zu ihren Hexensabbaten. Bei mystischen Waldorgien verfallen die Frauen in Trance und tanzen nackt um das Feuer, wobei sie "mit der Natur und den Kräften des Alls Kontakt aufnehmen".





Mittelalter und 20. Jahrhundert
Foto aus: "Stern" (BRD)

Von dem Teufelskult wurden auch Kinder angesteckt. Ca. 7000 Jugendliche beten den Satan an. Bei einer Opferzeremonie in einem Wald bei Lüdinghausen (im Westen der BRD) schnitten Ende Juni d. J. Rene, 16, und Else, 14, Mitglieder von "Luzifers Freunden", ihrer 15jährigen Freundin die Venen auf.

Jährlich werden in der BRD 60 000 bis 70 000 Fälle aufgerollt, bei denen es um Delikte im Zusammenhang mit Aberglauben geht: Totschlag, Brandstiftung, Verstümmelung und Tierquälerei. Doch seit Bestehen der BRD wurde kein einziger Teufelsanbeter abgeurteilt. Und die bayrischen Behörden weigern sich grundsätzlich, Paragraphen anzuwenden, die eine strafrechtliche Verfolgung von Exorzisten ermöglichen...

Heute kann man anders als früher böse Geister nicht aburteilen, ohne dabei die Gesellschaft zu verurteilen. ■

VEREITELTES ATTENTAT

Drei in Großbritannien lebende Sikhs wurden der "Verschwörung mit dem Ziel der Ermordung des indischen Ministerpräsidenten Rajiv Gandhi bei dessen Englandbesuch im Oktober v. J." angeklagt. Der Anschlag war von zwei britischen Detektiven vereitelt worden, die sich als "Kämpfer" der Irischen Republikanischen Armee ausgegeben hatten.

ALLES BEGANN MIT DEM PROPHETEN

Harold Brooks-Baker, Verleger des britischen "Buches der Burke's Peerage", erklärte, Königin Elizabeth II. stamme direkt vom Propheten Mohammed, dem Begründer des Islam, ab: Der Stammbaum führe vom Propheten zu den arabischen Herrschern, die einst Spanien regierten, und weiter zu den Königen von Portugal und Kastilien, deren Nachfolger der im 15. Jh. lebende König Edward IV. war. Brooks-Baker, der Ministerpräsidentin Margaret Thatcher diese Information mitteilte, forderte, den Schutz der königlichen Familie zu verstärken.

WER ANDEREN EINE FALLE STELLT...

Prentice Rasheed, ein kleiner Ladenbesitzer in Miami, wollte sich gegen Diebstahl versichern und legte eine an das Stromnetz angeschlossene Falle. Der 27jährige Odell Hicks bekam einen tödlichen Stromschlag, als er etwas aus dem Geschäft entwenden wollte. Rasheed wurde des Totschlags bezichtigt. Nach Zahlung von 6500 Dollar Kaution aber konnte der Geschäftsmann auf freiem Fuß bleiben. Das Geld stammte von sympathisierenden Kollegen.

TARZAN IN MANHATTAN

In den letzten acht Jahren errichtete der obdachlose Bob Redman, 22, im Zentralpark von Manhattan 13 Baumhütten. Derartige Hütten sind verboten, und deshalb tarnte Redman sie mit grüner Farbe und Zweigen. Redman lud sogar Freunde zu sich auf die Zweige ein unter der Bedingung, daß diese nicht rauchten und keinen Lärm machten. Einige Behausungen des Tarzan-Jüngers bestanden ein ganzes Jahr, bevor sie von Parkangestellten entdeckt wurden. Redman selbst aber wurde erst geschnappt, als sein dreizehntes Haus aufgestöbert wurde.

BRAND! BRANDSTIFTUNG!

In den letzten acht Jahren brannten in Spanien ca. 2 Mio ha Wald ab. Von den 65 000 in dieser Zeit registrierten Waldbränden war fast die Hälfte Folge von Brandstiftung, meldete die spanische Zeitschrift "Cambio 16". Brände werden von Bodenspekulanten gelegt, um die Grundstückspreise zu drücken, von Forstindustriellen, um die Profite durch wertvollere Baumarten, die auf den abgebrannten Flächen angepflanzt werden, zu steigern, und als Ablenkungsmanöver von Schmugglern im Grenzgebiet.

KOLLEGIAL

Im Office des Assistenten von Bill Clements, des republikanischen Kandidaten für das Amt des Gouverneurs des US-Bundesstaates Texas, wurde eine Abhöranlage entdeckt. Sie wurde nach Washington gebracht und FBI-Agenten übergeben. Mitarbeiter von Clements behaupten, ihre gesamte Wahlkampfstrategie sei jetzt den Rivalen, den Demokraten unter dem jetzigen Gouverneur des Bundesstaates, Mark White, bekannt. Bei den Wahlen 1982 hatte White seinen Gegenkandidaten Clements besiegt.

GOLD UND SILBER HAB ICH GERN...

In Japan wurden Jubiläumsmünzen anläßlich des 60. Jahrestages der Thronbesteigung von Kaiser Hirohito geprägt: 10 Mio Gold- und Silbermünzen im Nominalwert von 100 000 bzw. 10 000 Yen. Es handelt sich um die erste Emission von Goldmünzen seit 54 Jahren. Erwerben können sie nur die Gewinner einer Sonderlotterie. Die Regierung erhofft sich einen Gewinn von 500 Md. Yen.

Von Helsinki bis Wien

Alexander LEBEDEW

Am 4. November beginnt in der österreichischen Hauptstadt eine Außenministerkonferenz der KSZE-Staaten. Inwieweit wird es gelingen, die vor elf Jahren in Helsinki gefaßten Beschlüsse zu realisieren? Wie wirken sich die Ergebnisse der Stockholmer Konferenz und des sowjetisch-amerikanischen Gipfels in Reykjavik auf die Vorbereitungen zu Wien aus?

Die vorige Konferenz begann vor genau sechs Jahren in Madrid. Damals schien ein neuer kalter Krieg unausweichlich. Sein eisiger Hauch erkaltete das politische Klima auf dem Kontinent und in der ganzen Welt. Selbstverständlich beeinflußte das auch das Treffen in Madrid.

Und doch konnte das Bauwerk der europäischen Entspannung und Zusammenarbeit dem Sturm trotzen. In Madrid wurde sogar ein Schritt vorwärts getan und beschlossen, eine Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung einzuberufen. Im Januar 1984 trat sie in Stockholm zusammen. Nichts berechtigte jedoch zu der Hoffnung auf baldige Vereinbarungen, denn die USA und einige ihrer Verbündeten schlugen von Anfang an den Ton der Konfrontation an.

Der Helsinki-Prozeß so und anders

Nicht viel Optimismus flößten auch andere Foren ein, die aufgrund der Beschlüsse des Madrider Treffens stattfanden. Das bezeugt u. a. argumentiert der Bericht "Von Madrid bis Wien", den das Sowjetische Komitee für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit vor kurzem vorbereitete.

Als sich im März und April 1984 in Athen z. B. Experten für friedliche Beilegung von Streitigkeiten berieten, zeigte sich, daß an die Methoden einer politischen Bereinigung von Konflikten auf absolut unterschiedliche Weise herangegangen wurde.

Ein Jahr später konferierten in Ottawa Experten für Menschenrechte, konnten sich jedoch auf kein Schlußdokument einigen.

Im Oktober und November 1985 fand in Budapest ein "Kulturforum" der KSZE-Staaten statt. Wegen der Position einiger westlicher Delegationen konnte keine gemeinsame Plattform zustande kommen.

Im Frühjahr d. J. wurde in Bern fast zwei Monate über zwischenmenschliche Kontakte beraten. Erneut versuchten die USA der Diskussion harten, bisweilen provokatorischen Charakter zu verleihen. Allerdings ließen der gesunde Menschenverstand und der offensichtliche Wunsch der meisten westeuropäischen Länder, den Helsinki-Prozeß nicht in eine Sackgasse zu führen, einen Hoffnungsschimmer aufleuchten. In der Nacht vor dem Abschluß der Konferenz wurde der Entwurf eines Schlußdokuments von den Delegationen aller Länder gebilligt. Darunter auch von der amerikanischen. Aber wenige Stunden vor der Schließungszeremonie erklärten die US-Vertreter mit einemmal, sie hätten aus Washington den Hinweis erhalten, gegen das Dokument zu stimmen.

Nicht besser stand es auch um die wirtschaftliche Zusammenarbeit, um den "zweiten Korb" von Helsinki, obwohl auf diesem Gebiet Kontakte gewöhnlich durch Kontrakte, nicht selten langfristige, untermauert werden, und meist kehrt sich ein Verstoß dagegen gegen einen selbst. Das kümmerte die Amerikaner jedoch wenig, hofften sie doch, die Strafen aus der Tasche der Westeuropäer zu zahlen, und entfesselten also einen richtiggehenden Wirtschaftskrieg mit einem System von Diskriminierungsmaßnahmen, Embargos und rechtswidrigen Sanktionen.

Kurzum, der gesamteuropäische Prozeß wirkte nach Madrid eher enttäuschend. Hinzu kam, daß sich das sowjetisch-amerikanische Verhältnis noch mehr verwickelte, bei den Abrüstungsverhandlungen kein Fortschritt festzustellen war und daß zu einem antikommunistischen "Kreuzzug" und zur Stationierung von Weltraum-Angriffswaffen aufgefordert wurde.

Deswegen schien es, daß auch die Konferenz in Stockholm unter einem Unstern stand. Doch wie wir jetzt wissen, konnte eine erneute Sackgasse vermieden werden. In der schwedischen Hauptstadt wurde ein großer Erfolg erzielt.

Angesichts der globalen Gefahr einer nuklearen Vernichtung der Menschheit mag das Abkommen von Stockholm nicht allzu sehr beeindrucken. Es stimmt auch, daß die Armeen der Teilnehmerländer um keinen einzigen Soldaten, keine einzige Kanone vermindert werden. Und doch wurde erstmalig seit langer Zeit ein Abkommen in einem so heiklen Bereich wie dem militärischen erzielt. In einem konkreten Zusammenhang wurde das Prinzip der Nichtanwendung von Gewalt, vor allem bewaffneter Gewalt, fixiert.

In Stockholm vereinbarte man militärische vertrauensbildende Maßnahmen in einem Augenblick, da, wie es schien, nichts der Woge von Mißtrauen, Argwohn und Feindseligkeit entgegentreten konnte. Moskau wußte zu schätzen, daß Washington im letzten Moment ein konstruktives Verhalten an den Tag legte und einige Bedingungen, die der Ausarbeitung des Dokuments im Wege gestanden hatten, zurückzog. So willigten die USA in die Information über Verlegungen ihrer Truppen nach Europa ein. Die UdSSR ihrerseits fand sich bereit, in die Zone der Inspektion ihr ganzes europäisches Territorium bis zum Ural einzuschließen (dabei erhielt sie kein Recht, auf ähnliche Weise etwa einen Teil des US-Territoriums zu inspizieren).

Welchem Umstand ist der spürbare Wandel im gesamteuropäischen Prozeß in einem so kritischen Bereich wie der militärischen Sicherheit zu verdanken? Von großer Relevanz war der Umstand, daß gewisse Spitzenpolitiker Westeuropas die Situation auf dem Kontinent, ja in der Welt und die Perspektiven der internationalen Entwicklung umgewertet haben.

Die Wasserscheide

In der Pariser "Liberation" heißt es: "Um eines Erfolges der Konferenz willen mußten die USA in Stockholm dem unmittelbaren Druck seitens der britischen und der westdeutschen Regierung große Zugeständnisse machen".

Nach dem herkömmlichen, aber überholten Schema müßte die Erwähnung der Tatsache, daß zwischen den NATO-Bündnispartnern Differenzen bestehen, in Moskau Freude auslösen. Aber die sowjetische Politik hat nichts mit dem spießbürgerlichen Motto zu tun, es komme nicht darauf an, daß man es selber gut habe, vielmehr darauf, daß es dem Nachbarn schlecht gehe.

Wenn das Weiße Haus tatsächlich in Europa unter Druck gesetzt wurde, so geschah das, wie man annehmen darf, im Interesse von London, Paris, Bonn, Rom usw., keineswegs aber im Interesse Moskaus. Hätten die USA im Stockholmer Abkommen eine Gefahr für ihre Sicherheit gesehen, so hätten sie, daran kann kein Zweifel bestehen, besagtem "Druck" nicht nachgegeben.

Die Realität ist anders. Wir wollen uns hier auf die maßgebliche Meinung Admiral James Eberle, Direktor des britischen Königlichen Instituts für Internationale Beziehungen, berufen: "Diejenigen dürften im Recht sein, die behaupten, Westeuropa ziehe allmählich die Theorie der globalen, von der UdSSR ausgehenden militärischen Gefahr in Zweifel. Es zeigen sich Diskrepanzen auch in der globalen Politik Westeuropas und der USA."

Man darf da nichts vereinfachen, so verlockend es auch sein mag. Die Wasserscheide zwischen den Positionen der politischen Kräfte im Westen verläuft in der Frage der Entspannung und Abrüstung nicht längs einer imaginären Linie irgendwo mitten im Atlantik. Diese Linie ist sehr viel krummer. In Großbritannien etwa erklärte Timothy Renton, Staatsminister für Auswärtige Angelegenheiten und für Angelegenheiten des Commonwealth, als wollte er sich vor den amerikanischen (aber auch wohl vor den britischen) Falken rechtfertigen, das Abkommen von Stockholm sei der "Festigkeit" des Westens und sogar der Stationierung amerikanischer Pershings und Tomahawks in Europa zu verdanken.

Das wäre die eine Interpretation. Sie ist in gefährlichem Maße irrtümlich, denkt man an die eventuellen Folger einer solchen politischen Analyse. Einflußreiche Kreise in Großbritannien der BRD und anderen westeuropäischer Ländern sind damit nicht einverstanden. Die britischen Labours z. B. erklären, be ihrem Wahlsieg würden sie die Toma hawks aus dem Lande befördern. Die



Wiener Hofburg. Hier findet die Konferenz statt.

bundesdeutschen Sozialdemokraten versprechen, falls sie an die Macht kämen, die Zusammenarbeit mit den USA im Bereich der "Sternenkriege" einzustellen, und begrüßen das sowjetische Moratorium. Eine Sonderhaltung gegenüber der NATO-Strategie in Europa nehmen Griechenland und Dänemark ein; die Neutralen schließlich haben ihren eigenen Standpunkt.

In den USA selbst zucken gewisse hochgestellte Personen zum Helsinki-Prozeß herablassend die Achseln: eine Laune der Europäer! Andere sprechen sich — aus welchen Gründen auch immer — dafür aus, nach Wegen zum Abbau von Streitkräften und Rüstungen in Europa, darunter auch der amerikanischen, zu suchen.

Kennzeichnend in diesem Zusammenhang ist, wie ein Teil der westeuropäischen politischen Kräfte auf die Ergebnisse von Reykjavik reagiert. London und Bonn unterstützten Reagans Haltung. Die Teilnehmer einer Beratung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO stießen, nach allem zu urteilen, einen Erleichterungsseufzer aus: An der Doktrin des Blocks brauche man nichts zu ändern, eine Beseitigung der nuklearen strategischen Waffen sei in absehbarer Zeit kaum möglich. Auch in Großbritannien und Frankreich gab es offenbar Leute, die keineswegs betrübt waren: Man könne mit dem Weiterbestehen der eigenen Kernstreitkräfte rechnen. Indessen hätte man in diesen beiden Ländern das bedeutende Zugeständnis, das die UdSSR in Reykjavik machte, nach Gebühr einschätzen sollen. Die UdSSR fand sich bereit, die Nuklearkräfte Großbritanniens und Frankreichs auszuklammern, obwohl es auf der Hand liegt, gegen wen sie sich richten. Zudem ist die UdSSR bereit, mit London und Paris selbständige Verhandlungen über diese Fragen zu führen.

Einige westeuropäische Spitzenpolitiker scheinen sich darüber freuen, daß in Reykjavik auch über die Mittelstreckenraketen nichts vereinbart wurde. Dabei erklärten sie, als die Stationierung solcher Raketen in Westeuropa erst begann, wie aus einem Munde, sobald es keine sowjetischen SS 20 gäbe, würde man auch keine amerikanischen Pershings und Tomahawks auf europäischem Boden brauchen. Heute jedoch möchten sie diese Raketen nicht mehr missen.

Dennoch weisen die amtlichen Standpunkte vieler westeuropäischer Regierungen, obwohl sie Reagan unterstützen, Nuancen auf. So möchten London und Bonn die USA von ihrer Absicht abbringen, den ABM-Vertrag zu brechen. Praktisch alle europäischen NATO-Verbündeten fordern dazu auf, eine Übereinkunft aufgrund der in Reykjavik erzielten Annäherung der Positionen zu suchen und zu finden.

Spricht man aber von den führenden Oppositionsparteien, so ist ihre Reaktion eindeutig. Die (westdeutsche) SPD, die britischen Labours und einflußreiche politische Kreise der anderen westeuropäischen Länder machen gerade den US-Präsidenten dafür verantwortlich, daß Reykjavik keine Resultate zeitigte.

Betrachtet man die Perspektiven der militärischen Entspannung und der Abrüstung in Europa — welche Tendenz wird da in der westeuropäischen Politik die Oberhand gewinnen?

Hier die Meinung Denis Healeys (Labourpartei): "Zu viele Regierungen der NATO-Länder, die entschieden gegen die 'Sternenkriege' auftreten, verhalten sich vorsichtig und geben ihre Standpunkte nicht öffentlich bekannt." Doch fügt er hinzu: "Die Chancen, ein weitgehendes Abrüstungsabkommen zu erzielen, sind viel zu gut, um sie zu vertun, und alle europäischen NATO-Länder müssen sich den Vertretern aller politischen Strömungen in Washington anschließen, die die Position Präsident Reagans zum Star-War-Programm als unbegründet und als das Hindernis auf dem Wege zur Einstellung des Wettrüstens ansehen."

Ähnlich verhält sich der Vorstand der bundesdeutschen Sozialdemokraten. In seiner Erklärung heißt es: "Das Scheitern von Reykjavik an SDI ist auch eine Belastung und Herausforderung Europas... Europäische Initiativen sind notwendiger denn je... Dies ist die Stunde Europas."

Viel zu strapazierte Nerven

Ja, Europa sollte seine Probleme selber lösen. Übrigens gibt es Westeuropa und Osteuropa, die NATO und den Warschauer Vertrag; aber daneben auch ein neutrales, blockfreies Europa. Dieses widersprüchliche Staatenkonglomerat bildet denn auch unseren Kontinent. Stockholm bestätigte, daß die europäischen Staaten gemeinsame Interessen haben. Die Erkenntnis bricht sich nicht so leicht Bahn, und zwar nicht wegen ideologischer Meinungsverschiedenheiten. Sie bilden hier kein Hindernis, weil sie auf dem Gebiet der zwischenstaatlichen Beziehungen unangebracht sind, erst recht angesichts der Gefahr des allgemeinen Untergangs. Osteuropa ist darin einig, daß die Beseitigung dieser Gefahr über alles geht. Man möchte so sehr glauben, daß sich auch die westliche Solidarität nicht in der kollektiven Feindseligkeit gegenüber dem Sozialismus erschöpft, daß sie sich vielmehr in gemeinsamen Aktionen mit ihm gegen das Wettrüsten, für die Entspannung äußert. Gerade in diesem Kontext erscheint die spezifische Rolle Europas in der Weltpolitik am wichtigsten und überzeugendsten.

Die Blöcke in Europa sind eine Realität. Die Warschauer Vertragsländer schlagen vor, diese Realität durch Maßnahmen zu überwinden, die insgesamt zu einer zuverlässigen und für alle europäischen Staaten gleichen Sicherheit führen. Viele der konkreten Vorschläge des Ostens fanden in mehreren westeuropäischen Ländern Verständnis und Unterstützung und gestalteten sich schon zu gemeinsamen Initiativen, wie etwa die Idee der kernwaffenfreien Zonen auf unserem Kontinent.

Der schon erwähnte Eberle sagt mit Recht, daß die Kernwaffen "die Ära eines neuen strategischen Denkens eingeleitet" haben und daß "unter diesen Verhältnissen Westeuropa seine Beziehungen zu Osteuropa heute weit mehr schätzt als in den 60er/70er Jahren". Anders ausgedrückt setzt sich die Tendenz unter den europäischen Staaten, sich ihrer politischen Gemeinsamkeit bewußt zu werden, durch, wenn auch nicht eben leicht. Entscheidend sind dabei geschichtliche, geographische und kulturelle Faktoren, aber vor allem die Gegebenheiten des Zeitalters von Kernenergie, Nuklearraketen, Kosmos.

Die Erkenntnis dessen, daß die alten weltpolitischen Schemata unbrauchbar, daß nichttriviale Betrachtungsweisen notwendig sind, d. h. all das, was unter dem Begriff "neues Denken" verstanden wird, erfordert zweifellos eine neue Philosophie der internationalen Beziehungen. Wir wollen nur bemerken: Die Akzeptierung und Durchsetzung dieser Philosophie in den Beziehungen zwischen den Staaten beider Systeme vergreift sich in keiner Weise an dem Glauben jedes dieser Staaten an die Richtigkeit seiner Weltanschauung und zieht noch weniger die Treue zu den Alliiertenpflichten in Zweifel.

Wenn auf der Basis der Entspannung, des Helsinki-Prozesses in einigen Fragen eine gemeinsame europäische Politik gestaltet wird, kann das niemandem schaden. Diese Politik ist ja undenkbar, wenn man sie sich als von der globalen Situation losgelöst, als Erscheinungsform des Europazentrismus vorstellt. Aus der Vergangenheit ist zur Genüge bekannt, daß die europäische Entspannung spürbaren Belastungen ausgesetzt wurde, wenn regionale Konflikte außerhalb des europäischen Kontinents entbrannten. Doch die gleichen Erfahrungen lehren, daß auch die europäische Situation auf das gesamte politische Weltklima einen noch stärkeren Einfluß ausübte.

Kurzum, Europa muß zu sich finden. Angebracht scheinen in diesem Zusammenhang folgende Worte aus dem oben erwähnten Bericht "Von Madrid bis Wien": "Vieles spricht dafür, daß die Europäer der Nervenanspannung von Konfrontation und Spannung überdrüssig geworden sind. Weite Kreise der europäischen Öffentlichkeit wollen aus dem politischen Denken die Vorstellung von Europa als von einem Kriegsschauplatz völlig ausschließen. Unser Kontinent muß ein Musterbeispiel des Zusammenlebens souveräner, unterschiedlicher, aber friedliebender Staaten sein, die ihre gegenseitige Abhängigkeit erkennen und ihren gegenseitigen Beziehungen Vertrauen zugrunde legen." Wir wollen hinzufügen: und sich voll und ganz ihrer globalen Verantwortung als Kontinent bewußt sind, dessen Berufung es ist, Bedeutsames zur Bildung eines allumfassenden internationalen Sicherheitssystems beizutragen.

Die Europäer hoffen, daß Wien sie diesem Ziel näher bringen wird.

Vom Aderlassen zum Dampfablassen—

das ist Washingtons Modell für Haiti

Rings um die Wahlen

General Henry Namphy, ein Freund von Ordnung, Sauberkeit und goldenen Armbändern, Chef der Militär- und Zivil-junta Haitis, erscheint in der Regierungsvilla in Port-au-Prince um die Mittagszeit. Er lächelt — das ist alles, was er tut. Er ist unverkennbar nur eine Eintagsfliege, ein Renommiergast bei der Hochzeit des zurückgebliebenen und gepeinigten Haiti mit dem bürgerlichen Parlamentarismus. Für seine "Tätigkeit" hat er sich ein Gehalt von 10 000 Dollar ausgesetzt. Die Rolle der Heiratsvermittlerin, die das ganze deichselt, wird von Washington gespielt (wie ein Korrespondent der italienischen Zeitschrift "Panorama" bezeugt, "ist die US-Botschaft in Haiti die Zentrale, von der die Macht ausgeht"; hier werde nichts ohne Zustimmung von Botschafter Clayton McManamy getan).

Immerhin hat Namphy am 19. Oktober eine ihm aufgetragene Angelegenheit erledigt: Er hat Wahlen zur Konstituante durchgeführt.

Die offiziellen Wahlergebnisse ließen eine volle Woche auf sich warten, aber schon an vorläufigen Angaben war die völlige Apathie der Staatsbürger zu erkennen. Etwa zwei Drittel der Wählerschaft blieben den Urnen fern, und das aus mehreren Gründen. Duvalier senior und junior hatten ihren "Untertanen" den Glauben an die "repräsentativen" Einrichtungen, ja sogar jede Illusion über sie genommen. Ein gewichtigerer Grund aber war, daß sich die Bürger Haitis davon überzeugen mußten, daß der "nationale Regierungsrat" weder die Absicht noch den Auftrag Washingtons hatte, Reformen im Interesse der Volksmassen auch nur in Angriff zu nehmen.

Mit Ach und Krach gelang es, die Konstituante zu wählen. Ihr werden auch 20 von der Junta bestimmte Politiker gehören. Die Abgeordneten werden über einen Verfassungsentwurf zu debattieren haben, den ein Sonderausschuß der Regierung abgefaßt hat. Über den bestätigten Entwurf soll Anfang 1987 ein Referendum abgehalten werden. Weiter soll es so gehen: Im Juni Gemeindewahlen und wahrscheinlich im November Präsidentschafts- und Parlamentswahlen.

Soweit die Äußerlichkeiten. Und die Absicht? Hinter den vorgemerkten Maßnahmen steckt ein Plan Washingtons, das weder zur Zeit der beiden Duvaliers gewillt war noch erst recht jetzt gewillt ist, die Kontrolle über die Situation auf Haiti aufzugeben.

Über Nikaragua erschrocken, haben die USA beschlossen, das unliebsam gewordene Diktatorregime gegen das bewährte System einer "repräsentativen Demokratie" auszuwechseln, die sich nicht aufs Aderlassen, sondern aufs Dampfablassen beim protestierenden Volk spezialisiert.

Eine illegale Demokratie

Die Art, wie dieser Plan ausgeführt wird, überzeugt einen nochmals davon, daß Washingtons Lateinamerikapolitik reaktionär, imperialistisch, egoistisch, aber keineswegs primitiv genannt werden kann. Nicht von ungefähr hat man sie von den raffiniertesten Politikern erarbeiten lassen. Schon die Tatsache sagt alles, daß an die Spitze der Zweiparteienkommission für Mittelamerika ein mit allen Wassern gewaschener Außenpolitiker wie Henry Kissinger gestellt worden ist. Auch die 200 Angestellten der US-Botschaft in Port-au-Prince haben die Hände nicht in den Schoß gelegt.

Um den Wechsel glatt, ohne Exzesse zu bewerkstelligen, gingen die USA beizeiten daran, das Gerüst für das künftige Parlamentssystem aufzubauen. Sie flüsterten Jean-Claude Duvalier ein, er müsse eine Opposition (natürlich ohne Kommunisten!) zulassen. So entstanden im August 1979(nur einen Monat nach dem Sieg der Revolution in Nikaragua) in Haiti zwei legale Oppositionsparteien: die Christdemokratische und die Christlich-Soziale (jetzt gibt es dort Dutzende von Parteien). Ebenfalls auf Washingtons Rat veranstaltete Duvalier jun. 1983 die ersten Gemeindewahlen in der Geschichte seines Regimes.

In der Übergangszeit stützte man sich auf das Militär, das nicht ganz so verrufen wie die Tontons-Macoutes — die Gendarmen — waren. Die meisten Militärs hatten am Terror des Duvalier-Clans nicht teilgenommen. In den 28 Jahren der Diktatur wurde die Armee nur selten zu Massenverhaftungen aufgeboten. Als im Januar d. J. die vehementesten Volksunruhen seit dem Machtantritt der Duvaliers ausbrachen, bemühten sich die Militärs vor allem darum, Brände und Massengemetzel zu verhüten und die hungrigen Massen, die

Duvalier hat man verjagt. Die Armut ist nach wie vor entsetzlich
Foto aus "Der Spiegel" (BRD)



die Lebensmittelgeschäfte und -lager stürmten, zu beschwichtigen. Ebenso wie Papa Doc traute auch Baby Doc den Militärs nicht und ließ die meisten Munitionsvorräte der Streitkräfte lange in den Kellern des Präsidentenschlosses lagern. Kein Wunder, daß unter den Losungen bei Kundgebungen gegen den Diktator auch eine solche war: "Es lebe die Armee!"

In Washington erkannte man schon vor 5 oder 6 Jahren, daß man Duvalier den Abschied geben müsse, und ging beizeiten daran, mit den Militärs von Haiti "zu arbeiten". Man lud sie zur Ausbildung in die in der Panamakanal-Zone bestehende "Schule der Amerikas" ein, und ab 1980 kamen aus den USA zweckgebundene Zuwendungen für die Ausbildung der Mannschaften der Armee Haitis.

Und nun möchten wir erläutern, wieso man bei Demonstrationen neben der Nationalflagge Haitis hier und da auch das amerikanische Sternenbanner sah.

Die USA waren angelegentlich um ihren guten Ruf bemüht. Einerseits schienen sie Wert auf die Lorbeeren der "Retter" des Volks von Haiti aus der Tyrannei zu legen, anderseits hielten sie ihre Einmischung möglichst geheim. Sie klammerten sich sogar bis zum letzten Augenblick an Duvalier und duldeten ihn, solange er politisch noch nicht mausetot war. Im entscheidenden Augenblick handelten sie nicht selbst, sondern schickten einen Minister von Jamaika vor, und der sagte zu ihm die bewußten Worte, die den Diktator bestimmten, ein vom Pentagon liebenswürdig zur Verfügung gestelltes Flugzeug zu besteigen. Das Weiße Haus wollte — nicht ohne Hintergedanken — einen solchen Gast nicht im Lande haben und schickte ihn ins ferne Europa.

Und wie war das mit der Vorschubleistung bei dem bestialischen Terror? Die Diktatur vernichtete die besten Söhne des Volks von Haiti, in Washington runzelte man prompt die Augenbrauen und stellte, um das eigene Gesicht zu wahren, manchmal sogar die Waffenlieferungen ein, während man die Wirtschaftshilfe mit humanen Beweggründen rechtfertigte. Jetzt zeigt es sich, daß die Vernichtung vieler radikalster Gegner der Diktatur den USA für die Ausführung des besagten Plans sehr zupasse kam.

Von den Bestialitäten der Tyrannei distanziert man sich größtenteils rückwirkend. Man begrüßt das Todesurteil über Luc Desir, den ehemaligen Chef der Geheimpolizei, der die Gewohnheit hatte, morgens, ehe er zur Frühmesse ging, Häftlinge zu foltern. Man gibt dazu seinen Segen, daß andere nächste Handlanger Duvaliers vor Gericht gestellt werden; ebenso zu den Versuchen der Junta, durch Gerichtsbeschluß wenigstens einen Teil des von Baby Doc gestohlenen zugesprochen zu bekommen.

PERSONALIEN



Botschafter der UdSSR in Syrien

DSASSOCHOW

Alexander Sergejewitsch

Er wurde am 3. April 1934 in der Stadt Ordshonikidse (Nordossetische ASSR) geboren, ist Ossete; absolvierte 1957 die Nordkaukasische Bergakademie; promovierte zum Dr. phil. (Historiker); Mitglied der KPdSU seit 1957.

1957--1965 war A. Dsassochow Komsomol-Funktionär, 1965--1967 verantwortlicher Sekretär, dann 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Komitees der Jugendorganisationen der UdSSR. 1967--1977 verantwortlicher Sekretär, später stellvertretender Vorsitzende des Sowjetischen Solidaritätskomitees der Länder Asiens und Afrikas; 1977--1986 1. Stellvertreter des Vorsitzenden dieses Komitees.

A. Dsassochow ist mit den Orden der Oktoberrevolution, des Roten Arbeitsbanners, der Völkerfreundschaft sowie mit Medaillen ausgezeichnet worden.

Dem Nackten ein Hemd

Und wie ist es mit den auf Raub ausgehenden Yankees? Auch da ist alles nicht ganz so einfach. Das System der ökonomischen Versklavung funktioniert raffiniert. Wo ist die Pumpe, mit der die US-Konzerne Gewinne aus Haiti herauspumpen? Man kann sie nicht sehen noch anfassen — sie ist einfach nicht da. Da sind hingegen schön verpackte Lebensmittelpakete aus den USA. Von jetzt an werden es mehr sein. Außer den für dieses Jahr eingeplant gewesenen 52 Mio Dollar Anleihen hat Washington weitere 20 Mio zugesagt, die nicht rückzahlbar sein werden. Man muß das Übergangsregime doch unterstützen! Frankreich, das ehemalige "Mutterland" (das es schon im vorigen Jahrhundert war), gedenkt, seine Hilfe an Haiti nächstes Jahr zu verdoppeln, d. h. auf 300 Mio Franc zu erhöhen. Angesichts der verzweifelten Lage der Bevölkerung — in Haiti wimmelt es von Bettlern — haben sich auch einige Regierungen Lateinamerikas der Sache angenommen.

Die "New York Times" schreibt, das Weiße Haus veranlasse "Konzerne und vielseitige Kreditanstalten der USA, in der Wirtschaft Haitis zu investieren". Wozu braucht der Westen das bettelarme Haiti? Wer soll dort nordamerikanische und andere Waren kaufen? Um einem Menschen das Hemd auszuziehen, muß man ihm erst Gelegenheit geben, etwas zu verdienen, um sich eins zu kaufen.

Am 19. Oktober hat man also in Haiti die ersten Baugruppen der Parlamentsmaschine ausprobiert. Anfangs läuft so etwas nicht glatt. So auch in diesem Fall. Die demokratischen Kräfte haben die Wahlen boykottiert, und es ist nicht überall gelungen, das Prestige zu wahren. Beamte, die noch nicht begriffen hatten, daß der Pluralismus nicht der Teufel ist, der unter Papa Doc an die Wand gemalt wurde, zerrissen in einem Wahllokal vor den Augen des erstaunten Publikums die für die oppositionellen Kandidaten in die Urnen geworfenen Stimmzettel.

Wem wird man die Führung des "demokratischen" Haiti anvertrauen, nachdem General Namphy seine "Übergangsmission" erfüllt haben wird? Marc Bazin, dem ehemaligen Vizepräsidenten der Weltbank, der seine Fähigkeit zur politischen Betätigung nach amerikanischer Manier dadurch bewies, daß er 10-Dollar-Scheine an alle austeilte, die sich bereit erklärten, seiner Partei beizutreten? Oder Oberst William Regale, dem jetzigen Innenminister, der schwört, daß Haiti kein zweites Nikaragua werden wird?

Warten wir ab. Wie der französische "Figaro" bemerkt, hat sich der US-Präsident vorläufig zum "Garanten der Stabilität" in Haiti aufgeworfen. Das bedeutet, daß seine Abgesandten alles getan haben, damit das Hin und Her bei den Wahlen nicht umsonst gewesen ist.

Ja, Israel besitzt Nuklearwaffen, behauptet ein Zeuge, der zehn Jahre in dem streng geheimen Bunker Mahon 2 tätig war

Geheimnis der Negev-Wüste gelüftet

Jewgeni KORSCHUNOW

"Das ist das Ende von Israel!"

Der panische Ausruf Verteidigungsminister Moshe Dayans, der sein Lebtag Bravour und Kaltblütigkeit zur Schau getragen hatte, wirkte auf die Ministerpräsidentin Golda Meir wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Der aufgeregte Dayan hatte sie mitten in der Nacht zum 9. Oktober 1973 angerufen. Auf der Sinaihalbinsel wurde erbittert gekämpft: Die ägyptische Armee griff an und drängte die Truppen Israels an ihre Grenze zurück, wobei diese schwere Verluste erlitten.

Es fällt schwer, das nervöse nächtliche Gespräch zwischen Dayan und Golda Meir zu rekonstruieren, aber das Ergebnis ist bekannt. Die Ministerpräsidentin erteilte Befehl, die "Waffe des Jüngsten Gerichts" einsatzbereit zu machen, und gab Dayan die Erlaubnis, sie einzusetzen. Es waren Atombomben!

Irgendwo in einem unterirdischen Schacht (damals konnte man nur vermuten, wo) wurden eilends, in nur 78 Stunden, 13 Atombomben zusammengebaut und zu startbereiten Flugzeugen befördert. In wenigen Stunden wäre die nukleare Katastrophe unausbleiblich gewesen. Der ganze Nahe Osten hätte sich in eine Todeszone verwandelt. Doch die Situation an der Front stabilisierte sich, und die Atombomben wurden in die Negev-Wüste, ins Geheimarsenal für israelische Kernwaffen, zurückbefördert.

Diese der US-Zeitschrift "Time" entnommene Geschichte ist weltbekannt geworden. Man gedenkt ihrer jedes Mal, wenn die Frage aufkommt, ob der zionistische Staat Kernwaffen besitzt. Und jedes Mal finden sich Zweifler — ob Tel Aviv nicht nur seine arabischen Nachbarn blufft? Ob das nicht wieder eine Falschmeldung des Mossad, Israels Geheimdienst, ist?

Die Frage kam im Oktober wieder einmal aufs Tapet, nachdem in der britischen "Sunday Times" eine sensationelle Aussage des 31jährigen israelischen Staatsbürgers Mordechai Vanunu erschienen war, der zehn Jahre als Techniker in Dimona, der israelischen Forschungszentrale für Atomenergie, angestellt gewesen war. Er ist in Marokko geboren. Im November v. J. wurde er entlassen, nachdem ihn Agenten eines anderen israelischen Geheimdienstes, des Shin Beth, der Sympathie mit den Arabern verdächtigt und festgestellt hatten, daß er Verbindung mit palästinensischen Studenten hatte. Bevor er aber entlassen wurde, konnte er in den streng geheimen Bunker Machon 2 eine Fotokamera einschmuggeln, dort 60 Aufnahmen machen und sie wieder hinausschmuggeln.

Der "Fall" Vanunu

Er war sich darüber klar, daß ihn die Shin-Beth-Agenten nach der Entlassung nicht in Ruhe lassen würden, und setzte sich ins ferne Australien ab. Noch ist schwer zu sagen, wie er Kontakt zur "Sunday Times" bekam, aber der französische "Matin" behauptet, Journalisten hätten ihn in Australien aufgestöbert und ihn sogar zum Schreiben eines Buches darüber veranlaßt, was er in den zehn Jahren in Dimona gesehen hatte. Ob er es getan hat, ist nicht bekannt, aber es ist ganz klar, daß er den Stoff dafür bei der Redaktion der "Sunday Times" vorlegte und daß diese mit Hilfe namhafter Wissenschaftler seine Echtheit und seinen Wert als Beweis dafür bestätigt hat, daß Israel tatsächlich Kernwaffen besitzt und fortfährt, solche zu erzeugen. Das haben u. a. die als Experten herangezogenen Wissenschaftler Theodore Taylor und Dr. F. Barnaby bestätigt, der unlängst den Posten des Direktors des Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstituts (SIPRI) niedergelegt hat.

Trotzdem prüften die Journalisten von der "Sunday Times" die Angaben vier Wochen lang nach und zogen dazu auch angesehene britische Atomphysiker heran. Nach gründlicher Untersuchung erklärte die "Sunday Times" mit Bestimmtheit: Israel gehört zum "Nuklearmächteklub" und nimmt darin den sechsten Platz ein. Kernwaffen werden seit mehr als 20 Jahren in Dimona, u. zw. in einem vor jeder internationalen Kontrolle verborgenen Betrieb mit französischer Einrichtung gebaut. Im Jahr werden bis zu 40 kg Plutonium, genug für 10 Bomben, gewonnen. Wie Experten errechnet haben, besitzt Israel mindestens 100 Bomben, möglicherweise aber auch "bis zu 200 Kernwaffeneinheiten verschiedener Zerstörungskraft, also zehnmal soviel, wie früher vermutet wurde". Vanunu zufolge, lief das letzte ihm bekannte Kernwaffenbauprogramm in Israel unter der Kodebezeichnung "Hump".

Tel Aviv verweigert hartnäckig den Beitritt zum Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen und hat sich beeilt, sowohl Vanunus Angaben als auch die Schlüsse zu "widerlegen", die von der "Sunday Times" und den weltbekannten Wissenschaftlern daraus gezogen worden sind. Zugleich meldete die Presse, daß dem Shin Beth wegen dieser Geschichte große Unannehmlichkeiten drohen. Vanunu habe, nachdem er unter dem Vorwand eines Abbaus aus Sparsamkeitsrücksichten entlassen worden war, aus seinen palästinenserfreundlichen Ansichten und seine Absicht kein Hehl gemacht, Israel zu verlassen, der Shin Beth habe jedoch nichts unternommen. Wieder ist von einer Untersuchung bei diesem zionistischen Geheimdienst die Rede der zweiten in diesem Jahr. Die erste wurde im Sommer im Zusammenhang damit vorgenommen, daß Shin-Beth-Agenten im April 1984 zwei jung

Palästinenser ermordet und versucht hatten, das zu vertuschen. Der Shin-Beth-Chef mußte zurücktreten, aber damit hatte die Sache ihr Bewenden. Man kann sich vorstellen, wie schadenfroh man beim Mossad ist. Dessen Konkurrenz hat sich schon mehrmals blamiert. Sie hat eine Sache zum Scheitern gebracht, mit der sich der Mossad fast seit Gründung des Staates Israel mit Erfolg beschäftigt hatte.

Vor mir liegt eine Meldung des "Matin". Da heißt es, nach der Publikation in der "Sunday Times" sei Vanunu "auf rätselhafte Weise verschwunden" — die israelischen Geheimdienste hätten ihn nach Israel entführt, wo ihm 15 Jahre Haft drohten. Ob das nun Shin-Beth-Agenten waren, die sich vor Tel Aviv reinwaschen wollten oder Mossad-Agenten, die in Verbrechen auf dem Boden von NATO-Ländern trainiert sind, ist vorläufig schwer feststellbar. Ich bin aber sicher, daß der "Fall Vanunu" noch nicht abgeschlossen ist.

Ein Mord, Tausende Morde

Mitte Juni 1980 fand man auf einem Zimmer im Hotel "Meridien" in Paris einen Ermordeten. Die Leiche wies Spuren viehischer Mißhandlungen auf. Den Tod hatte ein Schädelbruch herbeigeführt. Es sah so aus, als habe man von dem Mann durch Foltern etwas erreichen wollen.

Die Presse schrieb, der im "Meridien" von "Unbekannten" Ermordete sei der 48jährige ägyptische Atomphysiker Yahia el-Meshad von der irakischen Atomkommission. Er sei in Paris auf einer

Reaktor für Plutoniumgewinnung (überirdischer Teil)



Dienstreise gewesen und habe in einem Labor des französischen Atomenergiekommissariats irgendwelche Forschungen vorgenommen. Die französische Polizei hab nicht einmal ihre Vermutungen über die Person des oder der Mörder und über die wahrscheinlichen Beweggründe zum Mord bekannt. Ein Jahr, nachdem die Luftwaffe Israels ihren Piratenüberfall auf die Kernenergiezentrale für friedliche Zwecke, die der Irak in Tammouz baute, ausgeführt und diese vernichtet hatte, beschuldigte Kamal Hassan Ali, der ägyptische Außenminister, die israelischen Geheimdienste öffentlich des Mordes, wobei er unverkennbar den Mossad meinte.

Den Worten des Ministers zufolge war Yahia el-Meshad einer der namhaften ägyptischen Wissenschaftler, die in Ägypten jahrelang im Bereich der Kernphysik tätig waren. Später hat er mit französischen Firmen zusammengearbeitet, die dem Irak beim Bau seiner Zentrale für friedliche Kernenergienutzung halfen.

Offenbar zwangen Mossad-Agenten im Juni 1980 den ägyptischen Wissenschaftler (auf französischem Boden!) durch Foltern, ihnen alles zu sagen, was er über den Bau der Zentrale in Tammouz wußte, und erschlugen ihn dann. Diese Angaben ergänzten das Bild, das sich aus den früher vom Mossad sowie von den Amerikanern erhaltenen Daten ergeben hatte (vom letzteren berichtete "Maariv", Israel). Nur einige Monate danach, im Oktober 1980, bestätigte das Kabinett, dessen Chef Menachem Begin war, den Plan für den Luftüberfall auf die irakische Kernzentrale in Tammouz.

Dieser wurde am 7. Juni 1981 verübt, daran nahmen F15- und F16-Flugzeuge amerikanischen Fabrikats teil. Der Atomreaktor Osirak wurde zerstört. Unter den Bauarbeitern und Angestellten der Zentrale gab es Tote und Verwundete. Zu diesen zählte auch der französische Mitarbeiter Damien Chaussepied. Die Nachricht vom Überfall auf eine Kernzentrale für friedliche Zwecke löste in der Welt begreiflicherweise einen Entrüstungssturm aus. Abgesehen davon, daß Tel Aviv das Völkerrecht wieder einmal mit Füßen getreten hatte, war erstmalig in der Menschheitsgeschichte ein Luftüberfall auf eine Kernzentrale verübt und der Reaktor zerstört worden. Daß das zu einer Riesenkatastrophe führen konnte, braucht nicht erst gesagt zu werden.

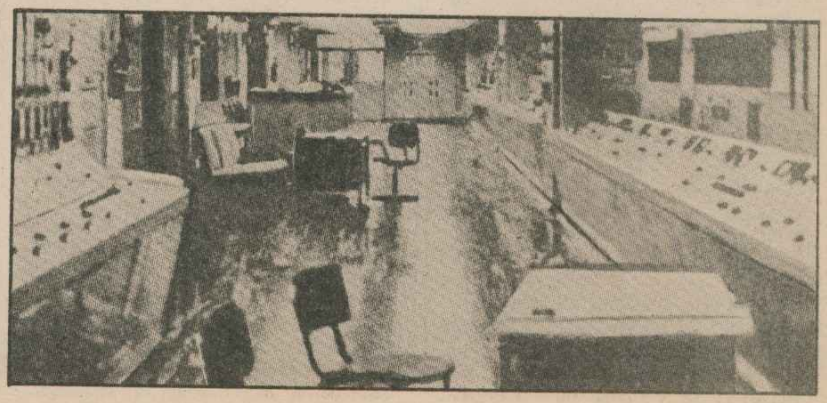
Um sich zu rechtfertigen, behauptete Begin, der Irak habe den Kernwaffenbau vorbereitet, und der Überfall sei pure Notwehr gewesen. Kurz vorher aber waren Inspekteure der IAEA in Tammouz gewesen und hatten festgestellt, daß der Irak ausgesprochen friedliche Forschungen betrieb. Der Überfall wurde von der UNO verurteilt. Begin aber verlieh, als wolle er die Weltöffentlichkeit herausfordern, dem Offizier, der den Überfall befehligte, die "Verdienstmedaille". Auf dem Luftwaffenstützpunkt, wo die Auszeichnung stattfand, war Ministerpräsident Begin an der Spitze seines Kabinetts anwesend. Bemerkenswerterweise blieb der "Held" ungenannt. Das ist bei den israelischen Luftpiraten die Regel. Sie könnten ja bei einem solchen Überfall abgeschossen und gefangengenommen werden, was ja schon wiederholt vorgekommen ist.

Am Tag des Überfalls auf Tammouz lehnte Israel, wie "Maariv" mitteilte, jede Inspektion seiner Kernzentrale Dimona, auch von seiten amerikanischer Fachkräfte, entschieden ab. Habe man (so die "Sunday Times") die Amerikaner, die Dimona inspizierten, in den 60er Jahren "hintergehen" können, so habe die Plutoniumgewinnung jetzt einen derartigen Umfang, daß sie nicht zu übersehen sei.

Und doch sind die Ermordung des ägyptischen Wissenschaftlers in Paris und der Überfall auf Tammouz nur Episoden des Geheimkriegs, den Tel Aviv mit Hilfe des Mossad seit Jahren führt, um sich die nukleare Herrschaft über den Nahen Osten zu verschaffen.

Vor mir liegt ein Ausschnitt aus der Beiruter Zeitung "Ike", die am 8. April 1979 folgende Associated-Press-Meldung aus Frankreich abdruckte: "Polizeidetektive haben am Sonnabend erklärt, daß sie in Sachen der gewiegten Saboteure, die zwei zur Abfertigung nach dem Irak bereitstehende Kernreaktoren in die Luft gesprengt haben, keine sicheren Hinweise haben." Weiter heißt es da, die Verantwortung habe die bisher unbekannte Organisation "Französische Ökologen" übernommen. Allerdings wird zugegeben, daß die "Saboteure" detailliert über alles Bescheid wußten, was die

Die "Nervenzentrale" des Kernwaffenbetriebs (unter der Erde).



in die Luft gesprengte nukleare Ausrüstung betrifft, und daß sie ihrer Sache sicher waren.

Heute zweifelt niemand auf der Welt daran, daß die anonymen "Saboteure" Agenten des Mossad waren, der schon 1967/68 eine Sondergruppe für die NATO-Staaten bildete.

Die Machthaber Israels nahmen sich schon 1952 vor, Kernwaffen zu erlangen. Damals wurde die israelische Atomenergiekommission gebildet und wurden namhafte Wissenschaftler aus den USA, aus Großbritannien, Frankreich, der BRD und anderen Ländern Westeuropas dazu herangezogen, darunter solche, die für Hitler an einer Atombombe gearbeitet hatten. Mit Hilfe der Westmächte begann man, in der Negev-Wüste Kernwaffenzentralen, solche wie Dimona und Yavna, zu bauen. Etwas später baute man auch in Nahal-Sorek eine solche. Die in Dimona z. B. wurde von Frankreich zwischen 1957 und 1964 gebaut. Die Vereinbarung mit Frankreich (von 1956) über den Bau des Kernreaktors in Dimona traf niemand anders als Shimon Peres. Der spätere Ministerpräsident war damals Generaldirektor des israelischen Verteidigungsministeriums. Ende September 1986, als Vanunus Enthüllungen bekannt wurden, lud Peres als Ministerpräsident die Chefredakteure israelischer Zeitungen zu einem geheimen Briefing ein, in dessen Verlauf er verlangte, sie sollten die Vorgänge in Dimona "nicht breittreten". Zugleich widerlegte Verkehrsminister Ammon Rubinstein in der britischen Presse die Angaben Vanunus und erklärte, dieser behaupte das alles, weil er über die Entlassung gekränkt sei. Was Rubinstein wohl gesagt hätte, wenn man ihn daran erinnern würde, daß Moshe Dayan, der damalige Verteidigungsminister, schon 1970 in Paris erklärte, Israel verfüge "über das Verfahren zur Herstellung von Atombomben".

Nach dem Skandal, den Vanunus Enthüllungen auslösten, und der (natürlich!) gestellten Frage, wer denn dazu beigetragen habe, daß ein derart aggressiver Staat wie Israel unter die Kernmächte aufrücken konnte, gestand der 85jährige Francis Perrin, ehemaliger Hochkommisar Frankreichs für Atomenergie, daß Israel in den 50er Jahren das französische Verfahren zur Herstellung von Atombomben heimlich ausgeliefert worden war.

"Wir fanden, daß wir Israel die Geheimnisse unter der Bedingung mitteilen können, daß es sie für sich behalten wird", erklärte der greise Ex-Kommissar diesen Schritt mit kindlicher Naivität.

Nun, Israel versprach offenbar wirklich, das französische Geheimnis "für sich zu behalten". Wir möchten hinzufügen, daß ebenfalls in den 50er Jahren Israel und die RSA ein Geheimabkommen über Zusammenarbeit schlossen: Pretoria werde Tel Aviv Uranerz liefern, und Tel Aviv werde sich dafür mit der Mitteilung des nuklearen Verfahrens revanchieren. Die Abmachung schien den Partnern der "Teufelsallianz" — wie die Achse Pretoria--Tel Aviv in der afrikanischen Presse bisweilen genannt wird — so verlockend, daß sie sie im Frühjahr 1976 mit einem neuerlichen Abkommen über die Fortentwicklung gemeinsamer "Kernforschungen" bekräftigten.

Aber nicht nur Frankreich und die RSA haben zur nuklearen Bewaffnung Israels beigetragen. In der 36. UNO-Vollversammlung war davon die Rede, daß an die Spitze einer Liste der "hilfreichen" Länder die USA treten müßten, und es wurden zahlreiche Tatsachen zum Beweis dafür angeführt, daß die USA und andere NATO-Staaten mit israelischen Fachwissenschaftlern an der nuklearen Technologie zusammenarbeiten, ja daß sie Israel auch Spaltstoffe und die entsprechenden Ausrüstungen liefern. Es sei daran erinnert, daß schon die 33. UNO-Vollversammlung eine spezielle Resolution mit dem Verbot annahm, Israel nukleares Know-how, Spaltstoffe und nukleare Ausrüstungen zu verkaufen — ein Beschluß, den die Westmächte nicht befolgt haben.

Der Traum von der "Waffe des Jüngsten Gerichts"

Die Geschichte, wie sich Israel Spaltstoffe verschaffte, erinnert an einen Krimi mit Fortsetzungen. Ich sagte schon, daß der Mossad eine Sondergruppe bildete, die "gegen" westliche — wohlgemerkt **westliche!** — Nuklearobjekte vorging. Die Aktionen der Gruppe grenzten ans Primitive, und daß der Mossad dahinter steckte, war eigentlich für niemanden ein Geheimnis, obwohl sich Tel Aviv "anstandshalber" von jeder distanzierte.

Einmal war es die Entführung eines LKW mit Uran, das der französischen Regierung gehörte. Man betäubte den Fahrer und tauschte ihn gegen einen eigenen aus. Später passierte etwas Ähnliches in England. Die Fracht beider Wagen geriet — nach Dimona! Pikant ist, daß sich Tel Aviv danach "gentlemanlike" benahm, zwar den bestohlenen Ländern ihre "Verluste" ersetzte und ihnen Angaben über ihre Geheimforschungen im Bereich der Uranaufbereitung überließ! Übrigens hatten sich die "Bestohlenen" über die Uranverluste bis dahin nicht gar so sehr gegrämt.

Etwas komplizierter war das Drehbuch für den Raub von 200 t unaufbereiteten Urans in der BRD. Zwar hatte Tel Aviv es (offiziell, aber ohne viel Aufhebens) angekauft, jedoch hatte man beschlossen, den "Raub" des Urans mitsamt dem Dampfer "Scheersberg" zu inszenieren. Die Mannschaft wurde durch eine israelische ersetzt und das Fahrzeug auf den Namen einer liberianischen Gesellschaft eingetragen. Das Schiff stach in Antwerpen in See. In den Papieren stand, daß es eine Fracht nach Genua führe. Auf See wurde das Uran auf ein israelisches Fahrzeug umgeladen und nach Haifa und von dort natürlich nach Dimona befördert. Das Unternehmen führte die Sondergruppe des Mossad durch. Sie zogen die Show ab, um von Anfang an keinen Verdacht aufkommen zu lassen, die BRD-Behörden hätten bei der nuklearen Bewaffnung Israels Hilfestellung geleistet.

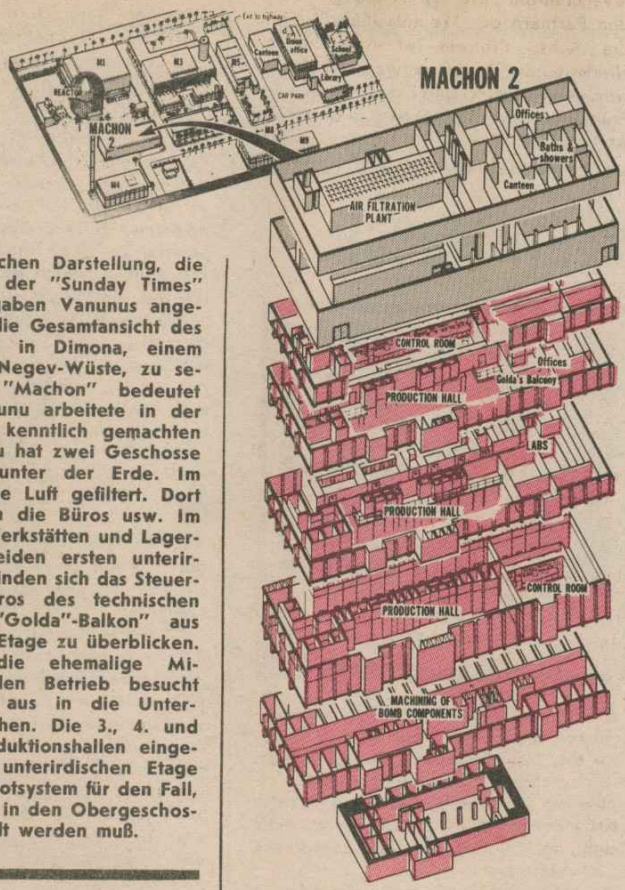
Besonders skandalös aber war die Geschichte vom "Verlust" einer großen Menge aufbereiteten Urans in den USA, aus einem Betrieb des Konzerns Nuclear Materials and Equipment. Er wurde 1957 von dem für seine zionistischen Anschauungen und die seinerzeitige Beteiligung am amerikanischen "Manhattan"-Projekt (für die Entwicklung der Atombombe) bekannten Zilman Shapiro gegründet. In dem Betrieb in der Stadt Apollo wurde aufbereitetes Uran für Reaktoren der US-Streitkräfte und im Bedarfsfall für Privatkonzerne hergestellt. Die Auftraggeber (darunter ausländische) lieferten eigenes Uran nach Apollo. "Private" Firmen schlugen Alarm, als ein Teil ihres kostbaren Urans verschwand. Als sie aber versuchten, der Sache auf den Grund zu gehen, stellte es sich heraus, daß ein Teil der Begleitpapiere "beim Großreinemachen versehentlich vernichtet worden war". Das geschah 1962, und die übrigen Papiere waren in einem Zustand, daß man nicht klug daraus werden konnte.

Indessen stellte es sich heraus, daß israelische Diplomaten und Atomphysiker andauernd in dem Betrieb vorgesprochen hatten und daß ein gewisser Baruch Cinai, ein angeblicher Metallurg, in Apollo eingestellt worden war. Dreimal machte das FBI ein Verfahren wegen des "Uranverlusts" in Apollo anhängig und dreimal stellte es dieses "mangels Beweise" ein. Als die Sache erstmalig 1966 zur Sprache kam, wurde in der Untersuchung festgestellt, daß 93 kg "spezieller nuklearer Stoffe" aus Apollo verschwunden waren. Wie aus unlängst zur Veröffentlichung freigegebenen Geheimdokumenten der US-Regierung hervorgeht, meint man jetzt, daß in den 2 Jahren, die der Betrieb in Apollo besteht, 342 kg hochaufbereitete Urans — eine Menge, die für 38 Atom

Kontrollposten für die Herstellung von Lithium 6

Diese Fotos hat Mordechai Vanunu heimlich gemacht und in der Londoner "Sunday Times" veröffentlicht. Insgesamt sind es 60.





Auf der schematischen Darstellung, die in der Redaktion der "Sunday Times" aufgrund von Angaben Vanunus angefertigt wurde, ist die Gesamtansicht des Kernwaffenbetriebs in Dimona, einem Städtchen in der Negev-Wüste, zu sehen. Das Wort "Machon" bedeutet Betriebshalle. Vanunu arbeitete in der durch einen Pfeil kenntlich gemachten Machon 2. Der Bau hat zwei Geschosse über und sechs unter der Erde. Im Oberstock wird die Luft gefiltert. Dort befinden sich auch die Büros usw. Im Erdgeschoß sind Werkstätten und Lagerräume. In den beiden ersten unterirdischen Etagen befinden sich das Steuerpult und die Büros des technischen Personals. Vom "Golda"-Balkon" aus sind die 3. und 4. Etage zu überblicken. Vermutlich hat die ehemalige Ministerpräsidentin den Betrieb besucht und vom Balkon aus in die Untergeschosse eingesehen. Die 3., 4. und 5. Etage sind Produktionshallen eingeräumt. In der 6. unterirdischen Etage befindet sich das Notsystem für den Fall, daß die Produktion in den Obergeschossen rasch eingestellt werden muß.

bomben wie der von Hiroshima gereicht hätte —, verlorengegangen sind. Allein in den Jahren, als Shapiro der Firmenchef war, verschwanden 267 kg. Übrigens besaß Shapiro zugleich die auf nukleare Ausrüstungen spezialisierte israelische Gesellschaft Isorad.

Ein offizieller Sprecher der USA brachte eine weitverbreitete Ansicht zum Ausdruck, als er sagte:

"Alle dachten, daß das Uran entwendet worden ist, und der es entwendete, war Shapiro."

Es gibt sogar einen Zeugen dafür, wie Angestellte des Betriebs in Apollo "Ende März oder Anfang April 1965" nachts Behälter mit Uran in einen geheimnisvollen LKW verluden. Ein Vertreter des Konzerns befahl dem Zeugen, "den Mund zu halten", wenn er nicht fliegen wolle. Das war 1965, und 1969 stellte die CIA fest, daß Israel irgendwoher eine Partie aufbereitetes Uran bekommen hatte.

Die Untersuchungen ergaben, daß Shapiro enge Verbindung zur israelischen Botschaft hat und mit ihr verhandelt, wofür er ein spezielles Telefon benutzt, das nicht abgehört werden kann, sowie einen Kode, den das FBI nicht zu entschlüsseln vermag. Richard Helms, damals CIA-Chef, erklärte nach einem Besuch im Weißen Haus, Präsident Johnson wolle, daß die Sache vertuscht wird. Carl Duckett, ehemaliger Leiter des wissenschaftlichen und technischen CIA-Dezernats, erklärt seinerseits, Helms habe verboten, einen 1969 vorliegenden Bericht zu veröffentlichen, der die nukleare Bewaffnung Israels zum Thema hatte.

"Wie Duckett mitteilt", schrieb die "Washington Post", "sagte Präsident Lindon Johnson zu Helms: 'Sagen Sie das niemandem weiter, nicht einmal Dean Rusk und Robert McNamara'", also dem Außen- und dem Verteidigungsminister.

Die Sache wurde vertuscht, aber es gibt Zeugnisse dafür, daß es 1974 in einem Schreiben der CIA hieß: "Wir meinen, daß Israel schon Kernwaffen besitzt. Unsere Ansicht beruht auf Angaben darüber, daß es zum Teil illegal eine große Uranmenge erworben hat."

Ganz unlängst kam es (wieder einmal!) zu einem amerikanisch-israelischen "nuklearen" Skandal. Der kalifornische Unternehmer Richard Smith schickte illegal aus den USA 810 "Kryotrone" — elektronische Anlagen, die beim Bau von Nuklearbomben benutzt werden können — nach Israel. Nach einem Prozeß, in dem seine Handlungsweise als verbrecherisch qualifiziert wurde, floh Smith aus den USA, höchstwahrscheinlich unter die Fittiche seiner israelischen "Auftraggeber". Die US-Presse kam auf den "Uranverlust" aus dem Betrieb in Apollo und auf die Sache mit den "Kryotronen" zurück, als in den USA im November 1985 Jonathan Pollard, ein Mann von der Abwehr der US-Marine, verhaftet wurde, der für die israelische Aufklärung gearbeitet hatte. Bis zu seiner Verhaftung hatte er den Israelis Geheimdokumente, darunter auf die Rüstungsindustrie bezügliche, übergeben.

Wie festgestellt worden ist, arbeitete Pollard unter Leitung des hohen Mossad-Beamten Raphael Eitan, einem seinerzeitigen Berater Begins für Terrorismus und bis unlängst Leiter des sogenannten Büros für wissenschaftliche Angelegenheiten (Lekem), das auf Aufklärungsoperationen spezialisiert ist. In Aktenstücken des FBI über die Untersuchungen im Falle des "Uranverlusts" in Apollo wird festgestellt, daß Eitan, von Beruf Chemiker, als einer von vier israelischen Staatsbürgern um die Erlaubnis zum Besuch des Betriebs in Apollo angesucht hatte. Damals war er beim Verteidigungsministerium Israels.

Wenn man heute in den Ordnern blättert, wenn man darin über die Wege des zionistischen Staates zum Besitz der "Waffe des Jüngsten Gerichts" nachliest, wenn man Dokumente und Zeitungsausschnitte durchsieht, sie miteinander vergleicht und Zusammenhänge herausfindet, dann staunt man, wie unverhohlen und rücksichtslos sich die Machthaber in Tel Aviv in den "Klub der Kernmächte" eindrängten und wie einer diese Zielsetzung immer an den anderen weitergab. Ein Parteienblock löste den anderen ab, die Ministerpräsidenten wechselten, die hohen Beamten des Mossad und der anderen Geheimdienste nahmen Ministersessel ein oder legten Diplomatenfräcke an, und so sieht man denn einen Reigen ein und derselben Gestalten und hört den Klang immer ein und derselben Namen.

Mordechai Vanunu hat bewiesen, daß Israel Kernwaffen erzeugt hat und auch jetzt erzeugt. Aber ist denn das eine Neuigkeit? Redet man nicht schon mindestens seit zehn Jahren davon? Vanunu hat nur allgemein Bekanntes mit konkreten technischen Angaben und 60 Fotos belegt. Jetzt handelt es sich um die Verantwortung derer, die den Machthabern in Tel Aviv Kernwaffen in die Hand gegeben und den Terrorismus zu ihrer Staatspolitik gemacht haben, vor der ganzen Menschheit.

Jetzt, wo alle gutgewillten Menschen, alle, denen das Leben auf der Erde teuer ist und die fordern, daß man sie für alle Zeiten von den tödlichen Waffen erlöst, ihre Reihen zum Kampf für die Zukunft der Menschheit schließen, kommt es darauf an, eine Quelle nuklearer Gefahren wie Israel nicht aus den Augen zu lassen. Der Kampf gegen den Atomtod muß auch gegen die streng geheimen unterirdischen Arsenale in der Negev-Wüste geführt werden. ■

Wie ich gehört habe, besteht in den USA ein staatliches Gesundheitswesen. Heißt das, daß die Regierung die Sorge für die Gesundheit der Werktätigen auf sich nimmt?

N. FILIPOW, Kemerowo, RSFSR

GESUNDHEIT AUF AMERIKANISCH

In der Tat finanziert der amerikanische Staat soziale Ausgaben der Amerikaner, darunter auch im Gesundheitswesen. Wie sieht das aus?

Die Regierung Reagan machte die Wiederbelebung des "freien Unternehmertums" zur Grundlage ihrer Wirtschaftspolitik. Im Ergebnis trat der Staat mehrere Funktionen an den Privatsektor ab; die Regierung suchte so die staatlichen Ausgaben zu kürzen.

Am deutlichsten treten die Ergebnisse der Reaganomics im sozialen Bereich zutage. Das rührt vom unmittelbaren Zusammenhang zwischen den staatlichen Sozialprogrammen und der Lage des Menschen in der kapitalistischen Gesellschaft her. Was bedeutet eine Änderung der Wirtschaftspolitik? Sie erfolgt in erster Linie durch Senkung der Ausgaben der Bundesregierung für die Sozialprogramme. Schon bei ihrem Amtsantritt kürzte die heutige Administration die Sozialausgaben um 20 Md. Dollar.

Was den Gesundheitsschutz angeht, so sollten hier die staatlichen Ausgaben gesenkt und zugleich die Ressourcen des Privatsektors in diesem Bereich wirksamer genutzt werden (auf den Privatsektor entfallen zwei Drittel der Ausgaben für die medizinische Betreuung). Dazu wollte man die Konkurrenz zwischen den medizinischen Einrichtungen fördern, um den schwindelerregenden Preisanstieg in diesem Bereich abzubremsen.

Die Bundesausgaben für den Gesundheitsschutz stiegen seit 1965 ständig. Doch die Wachstumsraten sanken unter der Reagan-Administration wesentlich. Zwischen 1981 und 1986 stiegen die Ausgaben für den Gesundheitsschutz von 27 Md. auf 36 Md. Dollar, aber die Inflation machte den Zuwachs faktisch zunichte. Folglich wurde pro Kopf der Bevölkerung weniger ausgegeben. Im Finanzjahr 1987, das am 1. Oktober begonnen hat, sind die entsprechenden Ausgaben in absolutem Ausdruck um eine Milliarde Dollar gekürzt.

Es bestehen zwei staatliche Hauptprogramme für die medizinische Betreuung der Bevölkerung: Medicare und Medicaid. In der ersten Hälfte der 80er Jahre entfielen etwa 90 Prozent aller Bundesausgaben für den Gesundheitsschutz auf diese beiden Programme.

Medicare ist ein Programm der staatlichen medizinischen Versicherung, das Personen im Alter von 65 Jahren und darüber, Invaliden sowie Patienten jedes Alters im letzten Stadium der Nierenerkrankungen umfaßt. Finanziert wird das Programm durch Abführungen von den Löhnen und Gehältern der Werktätigen und von den Einkünften der Unternehmer. Im Jahre 1984 betrug der gesamte Beitrag zum Programm 2,7 Prozent der Löhne und Gehälter. Die Medicare-Einzahlung ist ein Bestandteil der Versicherungssteuer.



"Wenn meine Tochter wieder ins Krankenhaus muß, weiß ich nicht weiter", sagt Jim. Das Einkommen dieses Farmers reicht nicht, um die medizinische Versicherung zu zahlen. Als seine Tochter eine Herzoperation benötigte, war die Rechnung höher als Jims Jahresverdienst. Er ist ruiniert.

Fast 33 Millionen Amerikaner können die medizinische Versicherung nicht bezahlen. Was sollen sie erst unternehmen, wenn sie ärztliche Hilfe brauchen?

Medicare ist voll und ganz der Bundesregierung unterstellt. Die Ausgaben für dieses Programm stiegen sehr rasch an: 7 Md. Dollar im Jahre 1970, 35 Md. im Jahre 1980, 60 Md. im Jahre 1984 und etwa 70 Md. Dollar im Jahre 1986. Dieses Anwachsen hing ursprünglich mit dem Problem der ungenügenden medizinischen Versorgung der alten Leute zusammen, einem Problem, an dem die USA praktisch in ihrer ganzen Geschichte laborieren. Gegenwärtig hängt die Erhöhung der Ausgaben für Medicare vor allem mit der Politik des medizinischen Busineß zusammen, welches seine Dienstleistungen immer mehr verteuert.

Das Programm umfaßt zwei Arten der medizinischen Versicherung: eine Haupt- und eine Zusatzversicherung. Die erstere wird automatisch vom Lohn bzw. Gehalt abgezogen. Die Zusatzversicherung ist freiwillig, aber 90 Prozent aller Personen, die das Recht darauf haben, die Medicare-Dienste in Anspruch zu nehmen, lassen sich auch im zweiten Teil des Programms versichern. Es ist so, daß die Hauptversicherung die Begleichung der Rechnungen für eine Behandlung im Krankenhaus vorsieht, während die Zusatzversicherung die Bezahlung der ärztlichen Hilfe und die ambulante Behandlung, u.a. physiotherapeutische Prozeduren und Prothesen, regelt. Für die Inanspruchnahme des Zusatzteils von Medicare müssen monatliche Beiträge gezahlt werden. Sie decken jedoch nicht die ganze Höhe dieses Teils des Programms, weshalb es teilweise aus dem Bundeshaushalt finanziert wird. Was den Hauptteil betrifft, so werden die Krankenhausrechnungen der Medicare-Patienten aus einem speziellen Krankenhausfonds, der zum Bundeshaushalt gehört, beglichen. Der Krankenhausfonds setzt sich aus Mitteln zusammen, die sich durch Abführung eines Teils der Versicherungssteuer im Medicare-Rahmen sammeln.

Obwohl seit der zweiten Hälfte der 60er Jahre staatliche medizinische Programme eingeführt wurden, blieb der Anteil der medizinischen Ausgaben der Hochbetagten an ihrem Familieneinkommen ungefähr auf gleichem Stand. Beliefen sie sich 1965 auf 13 Prozent, so waren es Anfang der 80er Jahre 12 Prozent. Zusammen mit dem Haupt- und dem Zusatzteil des Medicare-Programms deckt es nur rd. 40 Prozent der medizinischen Ausgaben der alten Leute.

Das Medicaid-Programm sieht Hilfe für Unbemittelte vor und setzt keine Steuern voraus. Dieses Programm ist legislativ den einzelnen Bundesstaaten unterstellt, gerade dort wird festgelegt, welche Kategorien der Bevölkerung dieses Programm in Anspruch nehmen dürfen und zu welchen Bedingungen. Demnach sind die konkreten Kriterien für die Bestimmung von Personen, die zur Inanspruchnahme dieses Programms berechtigt sind, je nach den Bundesstaaten unterschiedlich. Die Bundesregierung deckt im Durchschnitt 60 Prozent der Medicaid-Ausgaben (von 50 Prozent im Staat New York bis zu 78 Prozent im Staat Mississippi).

Die Bundesausgaben für Medicaid stiegen weit langsamer als die für Medicare (1984: 18 Md. Dollar, 1985: rd. 23 Md., 1986: etwa 25 Md. Dollar). Im Jahre 1987 gedenkt die Administration diese Ausgaben zum erstenmal zu kürzen.

Schätzungsweise umfaßt das Medicaid-Programm 33—50 Prozent der ärmsten Bevölkerung der USA nicht. Praktisch haben diese Menschen keinen Zugang zur medizinischen Betreuung. Unter der jetzigen Regierung sind die Bedingungen für die Inanspruchnahme beider Programme bedeutend verhärtet worden.

Da es politisch untragbar wäre, Medicare abzuschaffen oder die von ihr gewährten Arten der medizinischen Betreuung offen abzubauen (das würde die Bevölkerung in Aufruhr bringen), wirkt

die Administration darauf hin, den Umfang der Dienstleistungen und der Ausmaße der Inanspruchnahme des Programms auf Umwegen zu verringern.

Infolgedessen müssen die Patienten selbst einen immer höheren Anteil der Ausgaben bestreiten. So verabschiedete der Kongreß 1983 ein Gesetz, dem zufolge alle Krankenhauspatienten in 467 sogenannte diagnosegebundene Gruppen (je nach der Erhöhung der Behandlungskosten) unterteilt werden. Für jeden Kranken, der zu einer solchen Gruppe gehört, zahlt der Staat gemäß dem Medicare-Programm einen bestimmten Betrag ein. Verausgabt das Krankenhaus weniger für die Behandlung eines Patienten, als der Staat zur Verfügung stellt, so bleibt die Differenz dem Krankenhaus überlassen. Deshalb streben die Krankenhäuser danach, an den Patienten zu sparen. Patienten mit bestimmten Gruppen von Leiden werden für sie "unrentabel", und die Krankenhäuser können ihnen den Aufenthalt verweigern.

Bereits 1981 wurde ein Gesetz verabschiedet, nach dem der Anteil der Medicaid-Subventionen aus dem Bundeshaushalt gekürzt wurde. Die Bundesstaaten erhielten gleichzeitig eine größere Handlungsfreiheit, wenn sie den Kreis der Hilfsempfänger im Rahmen des Programms bestimmten oder die Tarife für die Bezahlung der medizinischen Dienstleistungen festlegten.

Ein Ergebnis der Reagan-Politik im Gesundheitsschutz ist verminderter Umfang der relativ billigen staatlichen medizinischen Dienstleistungen, was einen unkontrollierbaren Preisanstieg im Privatsektor nach sich zieht. Folglich ist auch das zweite Ziel der Regierungsstrategie — effektivere Nutzung der vorhandenen Reserven durch Stimulierung der Konkurrenz zwischen den medizinischen Einrichtungen — nicht erreicht worden.

Die Lage im Gesundheitswesen ist eine gute Illustration zu Washingtons Sozialpolitik. Sie bestätigt, daß alle Handlungen der Regierung darauf abzielen, die Rechte der Amerikaner zu schmälern.

T. PASTUCHOWA

WISSENSCHAFT, TECHNIK, MENSCHHEIT

● NATUR

„GALOPPIERENDER" GLETSCHER

An jenem Märzmorgen hörte ein Fischer an der Küste von Alaska ein Gewitter heraufziehen. Der Donner schien vom Meer her zu kommen. Dabei spannte sich ein wolkenloser Himmel über der Küste.

Es handelte sich um kein Gewitter, denn das dumpfe Rollen umgab den Hubbard-Gletscher. Seine gigantische Masse stürzte aus einer Höhe von 90 m ins Wasser hinab. Mit jedem Tag beschleunigte der Gletscher seinen Lauf, und einen Monat später ragte er 300 m ins Meer hinaus. Ende Juli waren der Russel- und der Nunatak-Fjord vom Meer abgeschnitten. Der Gletscher glitt weiter ins Meer hinaus. Gegenwärtig beträgt seine Geschwindigkeit 15 m am Tag.

Die Einwohner der Küstenstädte Yakutat und Situk verlangten von der US-Regierung außerordentliche Maßnahmen. Nach Meinung von Wissenschaftlern sind ihre Befürchtungen unbegründet, doch ist es nicht ausgeschlossen, daß der Gletscher die Menschen allmählich verdrängen wird. Auf jeden Fall wird der "galoppierende" Hubbard nach Ansicht amerikanischer Geologen "große Veränderungen in der Natur Nordamerikas" bewirken. 20 Gletscher des Golfs von Alaska sind in Bewegung gekommen.

Über den Mechanismus der



Der Hubbard-Gletscher schnitt zwei Fjorde ab und wandelte sie in ein "Binnenmeer" um
Karte aus: "Stern" (BRD)

"galoppierenden" Gletscher wurden sich die Wissenschaftler erst vor einigen Jahren klar. Hermann Engelhardt von der Universität Münster führte 1978–1983 Experimente beim Gletscher Variegated in der Nähe von Hubbard durch. Erstmalig in der Welt durchbohrte Engelhardt den Gletscher mit einem kochendheißen Wasserstrahl unter einem Druck von 100 atm. Nach sechs Stunden entstand im Gletscherkörper ein 450 m tiefes Bohrloch, und der Wissenschaftler erreichte die Erdoberfläche. Er brachte 64 solche Bohrungen nieder; seine weiteren Untersuchungen ermöglichten es, den Bewegungsmechanismus der Eismassen zu erklären.

An der unteren Oberfläche des Gletschers befinden sich Rinnen für das Tauwasser. Unter dem enormen Druck des Gletschers werden diese Rinnen häufig zerstört, das Tauwasser findet keinen Abfluß und sammelt sich unter dem Eis, bis der Wasserdruck so sehr ansteigt, daß der Gletscher angehoben wird. Sobald er auf diesem "Wasserkissen" sitzt, gleitet er hinab und macht erst wieder halt, wenn das Tauwasser abgeflossen ist. Das trifft auch für den Hubbard-Gletscher zu, der erst in einigen Wochen wieder zur Ruhe kommen wird.

● PFLANZEN

DIE ZAUBERER VON KAUNAS

Einmal konnte der englische Junge Jack aus einer Bohne einen Baum ziehen, so hoch, daß Jack an diesem Baum unter die Wolken kletterte. So ging das Märchen. Und das Leben? Wissenschaftler von der TH Kaunas fühlten sich versucht. Sie erfanden einen neuen Wachstumsstimulator. Werden die Bohnen vor der Aussaat mit dem neuen Stoff bearbeitet, so wird jeder Samen um 6 Prozent schwerer und die Zahl der Schoten an einer Pflanze um mehr als 70 Prozent höher. Die Erträge verdoppeln sich. So ein Bohnen"baum" wird selbstverständlich nicht in den Himmel wachsen, uns droht dafür aber auch kein furchterregender Riese...

● GETRÄNKE

NEUE BRAUSE

In Nordfrankreich wurde ein neues Erfrischungsgetränk erfunden, das sich u. a. zu 10 Prozent aus Meerwasser und zu 5 Prozent aus Algen zusammensetzt. Wie sein Erfinder meint, enthält das Getränk viele Vitamine und nützliche Stoffe und hat den Vorzug, den Verlust von Flüssigkeit und Mineralsalzen im Organismus rasch auszugleichen.

● EXPERIMENT

AUF DEM MOND SICHERER

Die ersten Siedler auf dem Mond werden eine angenehme Überraschung erleben: Der Mondbeton ist, weil ohne organische Stoffe, fester als der irdische. Diesen Schluß zogen US-Wissenschaftler nach dem Studium des Mondgrundes. Eine probeweise Betonportion bestätigte diese Vermutung.

Mit Wort und Tat

die Menschen im Geiste des Friedens und der Verständigung erziehen

Michail KAPIZA, Vorsitzender der UNESCO-Kommission der UdSSR, Stellvertreter des UdSSR-Außenministers

Die bitteren Erfahrungen des schrecklichsten Krieges der Menschheitsgeschichte ließen die Völkergemeinschaft nach Wegen suchen, um einen Krieg für immer auszuschließen. Der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), die am 4. November 1946 gegründet wurde, fiel die edle Mission zu, zur Formung des menschlichen Bewußtseins im Geiste der Festigung des Friedens und der Völkerverständigung beizutragen.

Die UNESCO begeht ihr Jubiläum unter schwierigen Bedingungen. Das Wettrüsten, das ernste Folgen hat und enorme Mittel von der Lösung der akuten Menschheitsfragen abzieht, hält an.

Eine komplizierte Situation ist auch in der UNESCO selbst entstanden — und zwar bedingt durch den Druck, den der Westen, vor allem die USA, auf sie ausüben. (Die USA sind vor zwei Jahren, Großbritannien ist vor einem Jahr aus der UNESCO ausgetreten.) UdSSR-Außenminister Eduard Schewardnadse führte in seiner Rede auf der 41. UNO-Vollversammlung aus: "Das Land, das einst das UNO-Hauptquartier bei sich aufnahm, bekundet heute allzuoft ausgeprägte Feindseligkeit gegenüber dieser Organisation. Es schlägt die Tür zu und weigert sich, seine Verpflichtungen zu erfüllen, wie das im Fall der UNESCO geschah."

Gegen Militarisierung des Bewußtseins

Doch es gibt allen Grund zu der Annahme, daß die UNESCO mit Unterstützung ihrer Freunde, zu denen sie auch die Sowjetunion zählen darf, in der Lage sein wird, vernünftige Lösungen für die vor ihr stehenden Probleme zu finden. Das wird es erlauben, die Aufmerksamkeit auf die Hauptrichtungen zu konzentrieren, das eigene Gesicht und den Ruf eines "Ideenlabors" der Völkergemeinschaft zu bewahren.

Die Sowjetunion, die 1954 der UNESCO beitrat, unterstützte stets die Tätigkeit der Organisation. Diese Unterstützung beschränkt sich keineswegs auf Erklärungen für ihre Ideen und Ziele. Sie manifestiert sich sowohl in konkreten Aktionen wie in Hilfe für die UNESCO, die schwere Zeiten durchmacht.

Lebhaftes Interesse an der Arbeit der UNESCO bekunden Wissenschaftler, Kulturschaffende und die Massenmedien der UdSSR.

Die UNESCO kann ein großer positiver Faktor im heutigen System der internationalen Beziehungen sein, indem sie die neue Philosophie des Friedens im Bewußtsein der Menschen — in jedem Land auf eigene Art, unter Berücksichtigung der historischen Traditionen und der nationalen Besonderheiten — verankert. Ist es ja auch das Hauptsatzungsziel der UNESCO, der Philosophie des Friedens und der Völkerverständigung im Alltag der Menschen, in ihrer Weltanschauung einen festen Platz zu geben.

Das 40. Jubiläum der UNESCO wird im Internationalen Jahr des Friedens begangen. Satzungsgemäß leistet die UNESCO einen bedeutenden Beitrag zur Abwendung der Kriegsgefahr. Die UdSSR meint, daß die Organisation gegen eine Militarisierung des Bewußtseins angehen und die Völker im Geiste des Friedens erziehen muß, indem sie erläutert, daß eine nukleare Konfrontation den Untergang unserer Zivilisation bedeuten würde.

Das intellektuelle Potential der Menschheit kann, wenn es auf die Überwindung des Hungers, der wirtschaftlichen Rückständigkeit, des Analphabetentums, der Krankheiten und anderer globaler Probleme der Gegenwart gerichtet ist, zu einer enormen materiellen Kraft werden, die unsere Welt umzugestalten vermag.

Die Zusammenarbeit der Staaten in Bildung, Wissenschaft, Kultur und Massenkommunikation (Kommunikation) erlangt heute immer größere Bedeutung.

Die weltweite Verbreitung von Wissen, die Kraft der wissenschaftlichen Erkenntnis — das sind die Hauptfaktoren, die Platz und Rolle der UNESCO in der heutigen Welt bestimmen. Noch nie war die Rolle des Wortes — des gesprochenen, erst recht aber des geschriebenen Wortes — so groß wie heute. Erst in der Schule, dann an der Universität bestimmt es die Lebenshaltung der jungen Menschen. Schriftsteller beeinflußten durch ihre Werke die Weltanschauung vieler Generationen. Doch Bildung und Kunst können sowohl Verständigung, Frieden und Völkerfreundschaft dienen als auch der Propagierung von Gewalt und nationalem Hader. Die UNESCO muß dazu beitragen, daß mit den Mitteln von Kunst und Wissenschaft — mit Worten, Versen, Farben, präzisen, wissenschaftlich erwiesenen Fakten — die Ideen des Friedens und der Völkerfreundschaft verbreitet werden, damit die Bildung die Menschen vereint, nicht aber entzweit, um die Vorstellung vom Krieg als eines Mittels der internationalen Politik endgültig auszulöschen.

Das Problem der Beseitigung des Analphabetentums bleibt eine der Hauptrichtungen in der Tätigkeit der UNO. Doch in den letzten Jahren konnte dieses Problem nicht gelöst werden. Der prozentuale Anteil der Analphabeten an der schnell wachsenden Erdbevölkerung wird geringer, doch zugleich nimmt ihre absolute Zahl zu. Wenn diese Tendenz weiter anhält, dann wird die Zahl der Analphabeten bis zum Jahre 2000 eine Milliarde erreichen.

Die Sowjetunion, die dieses Problem schon seit langem bei sich gelöst hat, vermittelt ihre Erfahrungen auf internationaler Ebene. Die UdSSR stiftete den Internationalen Krupskaja-Preis der UNESCO für Erfolge bei der Beseitigung des Analphabetentums. Auf der 23. UNESCO-Generalkonferenz (Sofia, 1985) wurden auf Initiative und mit Unterstützung der UdSSR und der anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft einige wichtige Resolutionen für stärkere diesbezügliche Anstrengungen verabschiedet.

Unser Land, das eine Reform der Oberschul- und der Berufsschulbildung verwirklicht sowie die Umgestaltung der Hochschule in Angriff nimmt, studiert die internationalen Erfahrungen beim Einsatz moderner Ausbildungsmittel, insbesondere der Informatik im Bildungswesen.

Die Grundlage der Tätigkeit der UNESCO ist die umfassende internationale Zusammenarbeit in den Naturwissenschaften. Sie vereint das Wissen führender Experten aus vielen Ländern, die jüngsten Errungenschaften von Wis-

senschaft und Technik und konzentriert sie auf die Erforschung von Schwerpunktfragen, deren Lösung den Rahmen nationaler Möglichkeiten sprengt. Sowjetische Forscherkollektive nehmen aktiv an vielen wissenschaftlichen Programmen in den wichtigsten Richtungen teil. So wirkt bei uns das Sowjetische Komitee für das UNESCO-Programm "Der Mensch und die Biosphäre".

Sehr wichtig ist, daß die UNESCO der Analyse der praktischen Erfahrungen der Menschheit bei der Lösung sozialer, ethischer und ökologischer Fragen im Gefolge des wissenschaftlich-technischen Fortschritts die erforderliche Aufmerksamkeit widmet.

Einander besser kennen

Besonders hervorgehoben sei die Tätigkeit der UNESCO in einem so wichtigen Bereich wie der internationalen kulturellen Zusammenarbeit. Bedeutet sie ja nicht wenig für die Völkerverständigung, den Fortschritt der Völker und den Weltfrieden. Dabei geht es nicht nur um die Förderung der nationalen Kulturen, sondern auch um einen breiten Kulturaustausch zwischen den Völkern. Die Unkenntnis der Kultur eines anderen Landes und dadurch bedingte Vorurteile stören die Verständigung, schaffen bisweilen Mißtrauen.

Die UdSSR unterstützt das Weltjahrzehnt der Entwicklung der Kultur, das auf der jetzigen 41. UNO-Vollversammlung in New York verkündet werden soll und 1988 beginnt.

Das Jubiläum der UNESCO ist uns auch Anlaß, über ihre Zukunft nachzudenken — wird ja jetzt mit der Formulierung der Strategie der UNESCO für die 90er Jahre und darüber hinaus begonnen.

In der Tätigkeit der Organisation müssen sich sinnvoll das intellektuelle, analytische Element und eine große praktische Arbeit zur Verwirklichung konkreter Maßnahmen in all ihren Kompetenzbereichen verbinden. Natürlich sind die intellektuellen, materiellen und finanziellen Möglichkeiten der Organisation so effektiv wie möglich und zugleich sparsam zu nutzen, die Anstrengungen auf die Hauptfragen zu konzentrieren.

Die großen Initiativen der letzten Zeit — der Zehnjahresplan für eine Erziehung im Geiste des Friedens, die Erarbeitung einer Strategie für die Beseitigung des Analphabetentums bis zum Jahre 2000, die Proklamierung des Weltjahrzehnts für die Entwicklung der Kultur und die Formulierung neuer bedeutender Regierungsprogramme in zukunftsorientierten Bereichen der Wissenschaft — sind von großer Bedeutung. Doch das Leben steht nicht still. Und die UNESCO darf nicht hinter ihm zurückbleiben. Nur dann wird sie ihrer Bestimmung gerecht sein können — ein wirksames Instrument der gegenseitigen Verständigung und der Zusammenarbeit zwischen den Völkern zu sein.

Albanien heute

Ferenc VARNAI

Vorläufig reisen aus Ungarn größtenteils Diplomaten, Vertreter des Außenministeriums, Fachkräfte und andere Amtspersonen nach Albanien, und das mit jedem Jahr mehr. Im Flughafen von Tirana kann man aber auch landen, wenn man, wie der Schreiber dieser Zeilen, von einem der sehr dünngesäten Ungarn in Albanien eingeladen worden ist.

Hier landen nur wenige Flugzeuge, gewöhnlich eins am Tage: Außer Maschinen unserer ungarischen Luftfahrtgesellschaft Malev einmal in der Woche je eine aus Jugoslawien, Rumänien, Griechenland und der Schweiz und einmal in je zwei Wochen eine aus der DDR.

Auf den Ankömmling machen die sorgfältig bestellten Felder einen angenehmen Eindruck. Darauf arbeiten größtenteils Frauen. Die über die Berge verstreuten Häuser und Siedlungen haben elektrischen Anschluß. Die Dächer der meisten städtisch anmutenden einstöckigen Gebäude starren von Fernsehantennen. Abends sieht man in der Hauptstraße von Tirana — in der Allee der Volkshelden — sehr verschieden gekleidete Städter, meistens Männer. Die Allee führt zum Skanderbegplatz, der jetzt umgebaut wird. Dort soll dem voriges Jahr verstorbenen Enver Hoxha ein Denkmal gesetzt werden. Auch ein Springbrunnen ist geplant. Den Platz säumen ein Kulturpalast, ein historisches Museum, ein 14stöckiges Hotel und eine Moschee. Die letzte ist geschlossen worden, weil Museumsstücke, wie sie sonst in ehemaligen Gotteshäusern ausgestellt sind, hier fehlen.

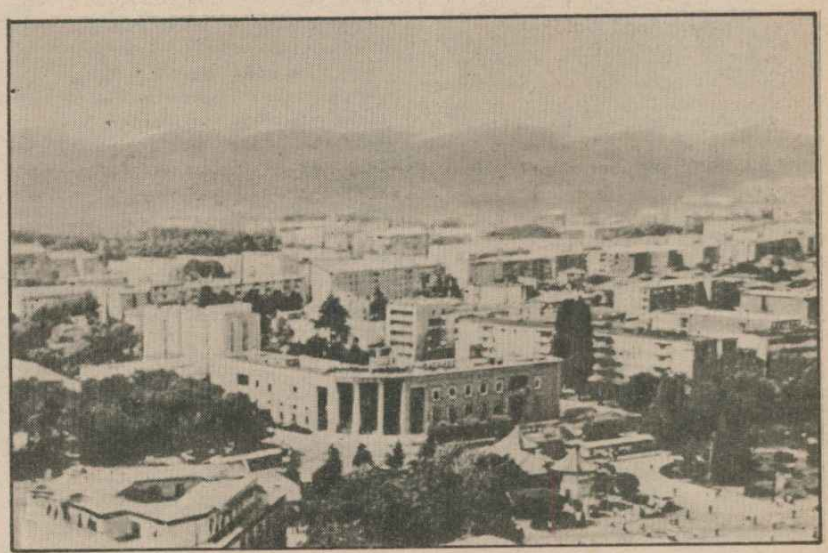
Zu beiden Seiten der Allee erheben sich ein Lenin- und ein Stalin-Denkmal. Dort befinden sich auch die Gebäude des ZK der Partei, des Ministerrats, des Innen- und des Verteidigungsministeriums. Am anderen Ende, neben der Universität, entsteht ein Kongreßpalast. Der moderne Bau mit 2200 Plätzen geht seiner Fertigstellung entgegen.

Im Süden Albaniens, in Berat, erkennt man, daß für die Erhaltung der Baudenkmäler und der alten Nationalkultur ständig gesorgt wird. Eine orthodoxe Kirche aus dem 16. Jahrhundert ist dort vorzüglich restauriert worden.

Erschienen in der Zeitschrift "Magyarorszag" (Ungarn)

In Tirana

Foto: ATA



In den Geschäften stellen sich die Käufer gewohnheitsmäßig in zwei Schlangen an: links die Männer, rechts die Frauen. Die Verkäufer bedienen abwechselnd je einen Kunden aus jeder Schlange. Eine Markthalle ist dem staatlichen Handel vorbehalten. Hier kann man Tomaten, Paprika, Auberginen, Aprikosen und Eier kaufen. Die Belieferung mit Milch wird besser. Auf einer städtischen Ausstellung "Albanien heute" sagte man mir, daß die meisten auf dem höchstens 200 Quadratmeter messenden bäuerlichen Hofland erzielten Erzeugnisse von den Bauern selbst verbraucht werden, daß diese aber einen kleinen Teil ihrer Erträge verkaufen dürfen.

Albaniens Bevölkerung hat einen raschen Zuwachs. Von einer Million nach der Befreiung des Landes ist sie auf das Dreifache angewachsen und wird am Ende dieses Jahrhunderts aller Wahrscheinlichkeit nach über 4 Millionen zählen.

Der Zuwachs hängt nicht zuletzt mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik zusammen. In Albanien sucht man Antworten auf die Anforderungen, die das Leben selbst stellt. Ramiz Alia, der im April v. J. gewählte Erste Sekretär des ZK der Partei der Arbeit Albaniens, verlangt, daß die alten Methoden mit neuen verbunden werden und daß die örtliche Initiative gefördert wird. Anders gesagt, bemüht man sich in Albanien sowohl um intensive als auch extensive Methoden, um die Produktion zu steigern.

Der achte Fünfjahrplan (1986–1990), der auf dem für Anfang November vorgemerkten IX. Parteitag der PAA vor dessen Delegierte gebracht werden soll, ist bereits auf dem im Juni abgehaltenen ZK-Plenum erörtert worden. Der Nachdruck ist darin auf die Modernisierung gelegt, auf größere Arbeitsdisziplin, striktere Erfassung des in der offiziellen Sechstagewoche Geleisteten sowie auf umfangreichere ehrenamtliche Arbeiten (Bahnbau, Schrottsammlung). Man hält an dem Prinzip "Auf die eigenen Kräfte bauen" fest, ist aber immer energischer bemüht, in der Wirtschaft voluntaristische Auswüchse zu verhüten und die Arbeit effektiver zu gestalten.

In den nächsten fünf Jahren gedenkt Albanien, das Nationaleinkommen um 34–36, die Produktion der Industrie um 29–31, die der Landwirtschaft um 34–36, die Hauptinvestitionen um 10–12 und die Realeinkünfte um 7–9 Prozent zu erhöhen.

Neben der beschleunigten Nutzbarmachung der Wasserkraftressourcen und der zügigeren Entwicklung der Chemie und des Maschinenbaus bemüht sich Albanien darum, daß die Agrarproduktion schneller als die Bevölkerung zunimmt. Im kommenden Planjahrfünft sollen die bestellten Flächen um 20 000 ha anwachsen und für die Bevölkerung 85 000 Neubauwohnungen gebaut werden.

Alle diese Pläne will man nicht nur durch eine intensivere Nutzung der Arbeitszeit, sondern auch dadurch erfüllen, daß man den Kreis der ehrenamtlichen Arbeiten an arbeitsfreien Tagen ausdehnt. Die Bemühungen um eine Steigerung des materiellen Interesses der Beschäftigten am Ergebnis ihrer Arbeit kommen darin zum Ausdruck, daß Brigaden der landwirtschaftlichen Genossenschaft von diesem Jahr an Jungvieh zur Aufzucht zu sich nehmen können. Die dabei erzielten Erzeugnisse können sie zu einem um 25 Prozent ermäßigten Preis für sich kaufen. In der Industrie wird ein differenzierteres Lohnsystem eingeführt, das mehr auf das Endresultat der Arbeit orientiert ist. Das ist besonders bemerkenswert in einem Land, in dem der Monatslohn durchschnittlich 500–600 Lek (36 M) beträgt.

Albanien, das sich vor etwa 80 Jahren vom jahrhundertelangen Türkenjoch befreite, hat seine nationale Unabhängigkeit in Wirklichkeit aber erst 1944 errungen, als es sich von den italienischen Kolonisatoren und Naziokkupanten befreite. Reich an natürlichen Rohstoffen, deckt es seit 1976 restlos auch seinen Getreidebedarf. Sollte es sich in den internationalen "Blutkreislauf" einschalten und die sowohl selbständig als auch mit Hilfe sozialistischer Länder geschaffene Schwer-, Leicht- und Nahrungsmittelindustrie wie die Landwirtschaft stärker entwickeln, dann werden die Ergebnisse bestimmt nicht auf sich warten lassen.

Unzweifelhaft rührt sich etwas. Im April 1979 vereinbarten Albanien und Jugoslawien den Bau einer 65 km langen Bahnstrecke Schkoder–Titograd. Die 35 km in Albanien waren im Januar 1985, der jugoslawische Streckenabschnitt einige Monate danach fertig. Die Zweigstrecke ist schon in Betrieb, vorläufig allerdings nur für den Güterverkehr. Das ist aber eine Anschlußstrecke: Durch sie ist Albanien erstmalig in das internationale Eisenbahnnetz einbezogen. Vorher wurden Außenhandelsgüter nur auf Autobahnen und mit Schiffen befördert.

Was für eine Außenpolitik betreibt Albanien jetzt? Ramiz Alia hat sie folgendermaßen umrissen: "Albanien ist weder ein offenes noch ein abgeschlossenes Land." Die völlige Unabhängigkeit, das Bauen auf die eigenen Kräfte und der ausbalancierte und kreditfreie Außenhandelsverkehr sind nach wie vor ein erstrangiger außenpolitischer Faktor. Albanien baut seine Außenhandelsverbindungen sowohl mit sozialistischen als auch mit kapitalistischen Ländern aus. Mehr als die Hälfte dieser Verbindungen entfällt auf Länder der sozialistischen Gemeinschaft. ■

Unzählige Scheiterhaufen beleuchteten am Abend des 12. Oktober die indischen Städte und Dörfer. Die Flamme, die auf einem der zentralen Plätze Delhis emporschlug, war greller als die vielen Scheinwerfer, die den Präsidentenpalast beleuchten. Die Flammen, die den verschleierten schwarzen Tropenhimmel aufsprengten, beleuchteten das Regierungsviertel. Deren schwere Vordergiebel, die im Widerschein der gigantischen Fackel zu schwanken schienen, unterstrichen noch eindrucksvoller die Dynamik der pfeilgeraden Hauptstraße Delhis, des Raj Path. Die ohrenbetäubenden Schüsse der Petarden, die sich wie irr drehenden Feuerwerksräder, die laut im Himmel explodierenden Raketen... Und Tausende, Abertausende, die anläßlich des herbstlichen Dussehra-Festes zu den Volksbelustigungen gekommen waren. Sie klatschen laut Beifall, als die Flamme endgültig das Ravana-Monstrum, das mythologische Symbol des Bösen, verschlingt. Und sie bekunden ihre Ehrfurcht der sogleich sich erhebenden Gestalt der Durga, der Göttin des Guten. Das Gute besiegt das Böse.

Unter den Anwesenden sehe ich N. K. Ray, einen bekannten Kunstwissenschaftler und Kenner der indischen Folklore, mit dem ich ein Treffen bei dem Fest vereinbart hatte.

"Die indische Sagenwelt unterscheidet sich von der anderer Länder", sagt er. "Und das nicht nur inhaltlich. Vor allem dadurch, daß sie bis heute untrennbarer Bestandteil der Alltagskultur unseres Volkes geblieben ist, das auch jetzt als handelnde Gestalt in den Sagen hervortritt."

"Für die Gleichgültigen, die aber sind bei uns in der Minderheit", erklärt N. K. Ray, "ist die Göttin Durga nicht mehr als ein Attribut einer alten Sage. Doch für Millionen Inder, die heute aus ihren Hütten und Wohnungen, Behausungen und Villen auf die Straße gegangen sind, ist sie ein Symbol des Glaubens an das Prinzip des Guten, der Erwartung auf die Erfüllung hochfliegender wie bescheidener Hoffnungen."

Die Verbindung der Sagenwelt mit dem Alltag des Volkes beeindruckte seinerzeit zutiefst den russischen Dichter Konstantin Balmont, der sich in der Umgebung der heiligen Stadt Benares aufhielt. Ergebnis seiner Beobachtungen wurde der Essay "Die Sage von Kalidasa". Dort zitierte der Dichter eine Äußerung des französischen Indologen Sylvain Levi: "Die Besonderheit Indiens ist in seiner Dramenkunst zum Ausdruck gekommen, darin hat es seinen Glauben, seine Lehren, seine Institutionen konzentriert." Und weiter: "Der Hindu-Genius ... hat das Drama entschieden aus dem realen Leben abgehoben und es in der geistigen Welt der Sagen und Märchen beschlossen."

Der letzte Pfeil Ramas

Nun schon viele Jahrhunderte gewinnt diese Sage alljährlich bei Herbstbeginn neues Leben. Zur Dussehra werden auf Plätzen und in Parks ganz Indiens Statuen der Göttin Durga errichtet — einer atemberaubenden Schönheit mit zehn Armen, in jedem von denen sie eine mythologische Waffe hält. Sie thront graziös auf einem Löwen. Daneben aber werden riesige Ravana-Monstren, die dann auf dem Scheiterhaufen verbrannt werden, errichtet. In einer Botschaft aus Anlaß der Dussehra konstatierte Ministerpräsident Rajiv Gandhi, daß das Fest zu einem untrennbaren Bestandteil des Lebens des Volkes wurde, zur Festigung seiner Einheit, der Brüderlichkeit zwischen den Religionen und den Volksgruppen beiträgt.

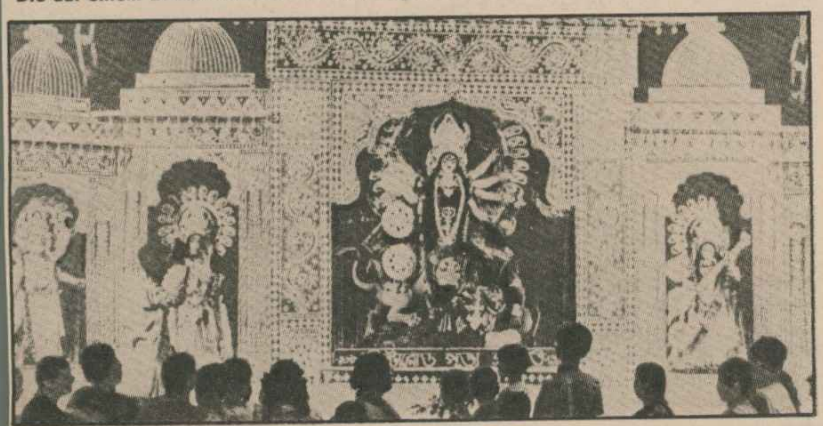
Die Schaffung der Sagengestalten wurde zu einem lohnenden Geschäft, mit dem sich Festkomitees sowie einheimische Handwerker, Künstler und kulturelle Organisationen befassen. Die zahlreichen Künstler, die so für einige Tage Arbeit finden, sind froh über diesen Verdienst. Überhaupt soll die Dussehra die sozialen Grenzen — zumindest für einen Tag — aufheben. Doch die Dimensionen der Festattribute, der Skulpturen der Göttin Durga und der Ravana-Monstren hängen ebenso wie deren Schmuck davon ab, in welchen Vierteln sie aufgebaut werden.

Es heißt, der traditionelle Platz für die Dussehra ist in Delhi der Ramlila-Park. Der Vorsitzende des örtlichen Festkomitees, B. N. Khanna, berichtete, ein Ravana-Monstrum sei hier erstmals vor 150 Jahren verbrannt worden. Das Fest im Ramlila-Park wird von vielen getragen. Ein 15 m hohes, bizarr geschmücktes Monstrum wurde errichtet. Allein für die Herstellung seines Schnurrbartes, berichtet Khanna stolz, wurden über 10 kg Kunstfasern verwandt. Das aber sei nicht billig. Doch das Publikum, das meist in seinen Autos hierherkommt, kann sich durchaus einen Beitrag an die Kasse des Festkomitees — soviel, wie die Arbeiter, die das Monstrum errichtet haben, in 5 Tagen verdienen — leisten.

Ebenso bietet sich die Sage von der Göttin Durga in den Worten meines Gesprächspartners dar, der mir das schöne Märchen zwischen den donnernden Schüssen der Petarden erzählte.

8 Tage lang erflehte Gott Rama vom Schicksal einen Sieg über Ravana, den Dämon des Bösen. Acht Tage lang erwies er der Göttin Durga, die das Gute und die Lebenskraft verkörpert, Zeichen der Verehrung. Um es ihr recht zu machen, sammelte Rama seltenste Pflanzen — blaue Lotosblüten, die Lieblingsblume der Göttin. Am achten Tag überreichte er Durga 108 aufgeblühte Lotosblumen. Um Ramas Treue auf die Probe zu stellen, versteckte die Göttin eine Blüte. Ist ja gerade die Zahl 108 ein gutes Omen... Und da entschloß sich Rama, den Verlust zu ersetzen — sein Auge zu opfern, das, wie die Sage berichtet, einer Lotosblüte ähnelte. Gerührt nimmt Durga Rama unter ihren Schutz und verleiht ihm Zauberkräfte. Am zehnten Tag, der Dussehra, besiegt Rama Ravana, die Verkörperung des Bösen.

Die auf einem Löwen reitende Göttin Durga ist das Symbol des Guten und der Kraft.





In den Elendsvierteln sieht das Ravana-Monstrum "ärmer" aus

Fotos aus: "Patriot"

Ein anderes soziales Gepräge hat das Fest, 10 Wohnviertel vom Ramlila-Park entfernt, wo die Menschen in Elendsquartieren hausen. Vielleicht verbinden sie mit dem Fest mehr Hoffnungen als die Besucher des Ramlila-Parkes, doch ... Die Kunst verlangt nicht nur Opfer, sondern auch Geld, erklärt der Älteste des Wohnviertels, Prem Chand. Doch das liebe Geld..., stöhnt Prem.

Doch das Fest ist für alle ein Fest. In diesem Jahr feierten Millionen Inder, als sie das Ravana-Monstrum verbrannten und der Göttin Durga ihre Ehrfurcht bekundeten, gleichsam den glücklichen Ausgang des kürzlich gescheiterten Attentats auf Ministerpräsident Rajiv Gandhi. Auch während des Festes vergessen die Menschen nicht das Komplott der einheimischen Reaktion und ausländischer Kräfte gegen die nationale Einheit und die territoriale Integrität ihres Landes. So "aktualisierten" Festteilnehmer in Punjab die alte Sage. In vielen Städten des Bundesstaates verbrannten die Menschen symbolische Darstellungen des Terrorismus und Separatismus.

... Um 9 Uhr abends schießen im ganzen Lande Schauspieler in der Rolle des Rama den letzten, diesmal brennenden Pfeil auf das Ravana-Monstrum ab. Der Dämon geht in Flammen auf. Noch einige Tage werden die verkohlten Überreste Ravanas überall in Indien zu sehen sein. Die Menschen leben in der Hoffnung, daß die Kräfte des Bösen sie verlassen und die Göttin Durga Wohlwollen für ihre Hoffnungen zeigen wird.

L. SHEGALOW,
NZ-Korrespondent

Delhi, im Oktober

DISKUSSION MIT DEM LESER

Stimmt es, daß die Sterblichkeit heute in der UdSSR viel höher ist als in den meisten kapitalistischen Ländern Westeuropas?

S. KLEPIKOW,
Wladiwostok

Ich habe gelesen, daß die Bevölkerung der UdSSR Mitte 1986 280 Millionen Menschen erreicht hat. Der Bevölkerungszuwachs bei Ihnen ist offenbar viel höher als in Frankreich, obwohl wir gegenüber anderen Staaten Westeuropas in einer günstigeren Lage sind. Bitte detaillierte Angaben hierzu!

Jacques ROUSSET,
Paris



Es diskutiert das Mitglied des NZ-Redaktionskollegiums Albert PIN

Statistische Angaben zeugen davon, daß in vielen Ländern Westeuropas die Sterblickkeit in den letzten Jahren nicht niedriger, sondern im Gegenteil etwas höher war als in der UdSSR.

Vergleichen wir die entsprechenden Angaben für 1984: Während in der UdSSR die Zahl der Verstorbenen auf 1000 Einwohner 10,8 betrug, waren es in Österreich 11,6, in Großbritannien 11,4, in der BRD 11,3, in Dänemark 11,2, in Belgien 11,1 und in Schweden 10,9. Niedriger als in der UdSSR war 1984 die Sterblichkeit in Frankreich (9,8), Italien (9,3), der Schweiz (9,1), Finnland (9,2) und Norwegen (10,2).

Wie aus der folgenden Tabelle der Statistischen Zentralverwaltung der UdSSR hervorgeht, war in den Jahren 1970--1985 in der Sowjetunion eine Anhebung der allgemeinen Sterblichkeitszahlen zu beobachten. Das erklärt sich u. a. dadurch, daß der Anteil der Älteren an der Gesamtbevölkerung zugenommen hat. 1984--1985 bewirken auch die Grippeepidemien eine spürbar höhere Sterblichkeit.

GEBURTENRATE, STERBLICHKEIT UND NATÜRLICHER BEVÖLKERUNGSZUWACHS IN DER UdSSR

	1970	1980	1983	1984	1985
	In Tausend				
Neugeborene	4226	4851	5392	5387	5374
Verstorbene	1996	2744	2823	2965	2947
Natürlicher Zuwachs	2230	2107	2569	2422	2427
Kindersterblichkeit im Alter bis 1 Jahr	103	132	134	140	140
	Auf 1000 Einwohner				
Neugeborene	17,4	18,3	19,8	19,6	19,4
Verstorbene	8,2	10,3	10,4	10,8	10,6
Natürlicher Zuwachs	9,2	8,0	9,4	8,8	8,8
Kindersterblichkeit im Alter bis 1 Jahr (auf 1000 Neugeborene)	24,7	27,3	25,3	25,9	26,0

Seit Juni 1985 wird in der UdSSR ein Rückgang der Sterblichkeit konstatiert, vor allem bei Unglücken und Verletzungen (um 24 Prozent). Bedeutend ging die Zahl der an Kreislauferkrankungen Gestorbenen (um ca. 100 000) zurück, vor allem infolge der Maßnahmen zur Bekämpfung des Alkoholismus.

Aus der gleichen Tabelle ergibt sich, daß 1984--1985 der natürliche Bevölkerungszuwachs in der UdSSR mehr als 2,4 Millionen betrug. Gegenüber Frankreich, wo 1984 der natürliche Zuwachs auf 1000 Einwohner 4 Neugeborene ausmachte, ist die Vergleichszahl aus der UdSSR mit 8,8 bedeutend höher. In anderen Ländern Westeuropas wurden im gleichen Jahr folgende Zahlen für den natürlichen Zuwachs auf 1000 Einwohner festgehalten: Belgien 0,6, Finnland 4,2, Großbritannien 1,5, Italien 1,0, Niederlande 3,8, Norwegen 1,9, Österreich 0,1, Schweden 0,4 und Schweiz 2,4. In der BRD und in Dänemark war die Zahl der Verstorbenen höher als die der Neugeborenen.

1983--1985 wurde in der UdSSR eine Hebung der Geburtenrate konstatiert. Die gleiche Tendenz setzte sich auch im ersten Halbjahr 1986 fort. Die höhere Geburtenrate erklärt sich weitgehend durch die verstärkte staatliche Hilfe für Familien mit Kindern.

In den letzten 25 Jahren nahm die Bevölkerung der UdSSR um 62,5 Millionen Menschen zu. 1961--1965 betrug ihr Zuwachs im Jahresdurchschnitt 1,4 Prozent, 1966--1970 1 Prozent, in den letzten 15 Jahren ist der Bevölkerungszuwachs konstant 0,9 Prozent.

Jüngsten Angaben der Statistischen Zentralverwaltung der UdSSR zufolge hatte die Sowjetunion am 1. Oktober 1986 280,9 Millionen Einwohner. Davon leben 72 Prozent im europäischen und 28 Prozent im asiatischen Landesteil.

Der Einwohnerzahl nach liegt die UdSSR an dritter Stelle in der Welt nach China (1986 — 1046,4 Millionen) und Indien (1985 — 750,9 Millionen).

VERÄNDERUNG DER BEVÖLKERUNGSZAHL DER UdSSR

	Zu Jahresbeginn, In Millionen			In Prozent der Gesamtbevölkerung	
	Gesamtbevölkerung	Stadtbewohner	Landbewohner	Stadtbewohner	Landbewohner
1961	216,3	107,9	108,4	49,9	50,1
1966	232,2	123,7	108,5	53,3	46,7
1971	243,9	138,8	105,1	56,9	43,1
1976	255,6	155,1	100,5	60,7	39,3
1981	266,6	168,9	97,7	63,4	36,6
1986	278,8	182,9	95,9	65,6	34,4

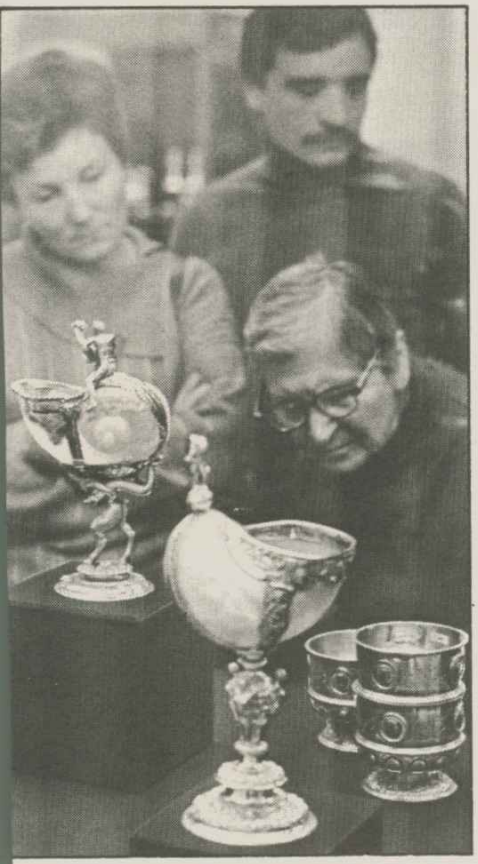
Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.
Telefon: 229-88-72, 209-07-67

Verlag der Zeitung "Trud" * Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache * Gedruckt in der Druckerei "Moskowskaja prawda"

KLEINODE AUS DER VILLA FAVORITA

WESTEUROPÄISCHE JUWELIERKUNST IN MOSKAU





Im Jahre 1930 stellte Baron Heinrich von Thyssen-Bornemisza Juwelierkunst altitalienischer und altdeutscher Meister (16.—17. Jh.) aus. Als er 1947 starb, geriet seine Sammlung an mehrere Familienangehörige. Doch der Sohn, Hans-Heinrich Thyssen-Bornemisza, nahm sich vor, die Sammlung seines Vaters wiederherzustellen. Er kaufte auch neue Meisterwerke dazu, und so kam er auch zu einer Kollektion englischer Silbererzeugnisse. Die Villa Favorita, ein Besitz des Barons am Lago Maggiore, bewahrt zahlreiche Muster der spanischen und französischen Arbeit sowie Erzeugnisse aus der Hand Fabergés.

Im Staatlichen Puschkin-Museum der Schönen Künste in Moskau sind gegenwärtig „Meisterwerke der westeuropäischen Juwelierkunst aus der Sammlung H.-H. Thyssen-Bornemisza" zu sehen. In der UdSSR sind 160 Exponate ausgestellt, im Austausch gegen eine ebensolche Zahl von Gold- und Silbererzeugnissen aus der Leningrader Ermitage, die gegenwärtig in der Villa Favorita gezeigt werden. Das breite Publikum in der UdSSR kannte die Erzeugnisse aus Thyssen-Bornemiszas Sammlung noch nicht, weil sie sich sonst in Privaträumen befinden.

Im Jahre 1983 brachte Thyssen-Bornemisza bereits eine Kollektion von Gemälden in die UdSSR. Wie er sagt, sollen die Menschen in ihrer gemeinsamen Liebe zu allem Schönen, das die Kultur unserer beiden Länder geschaffen hat, vereint fühlen.







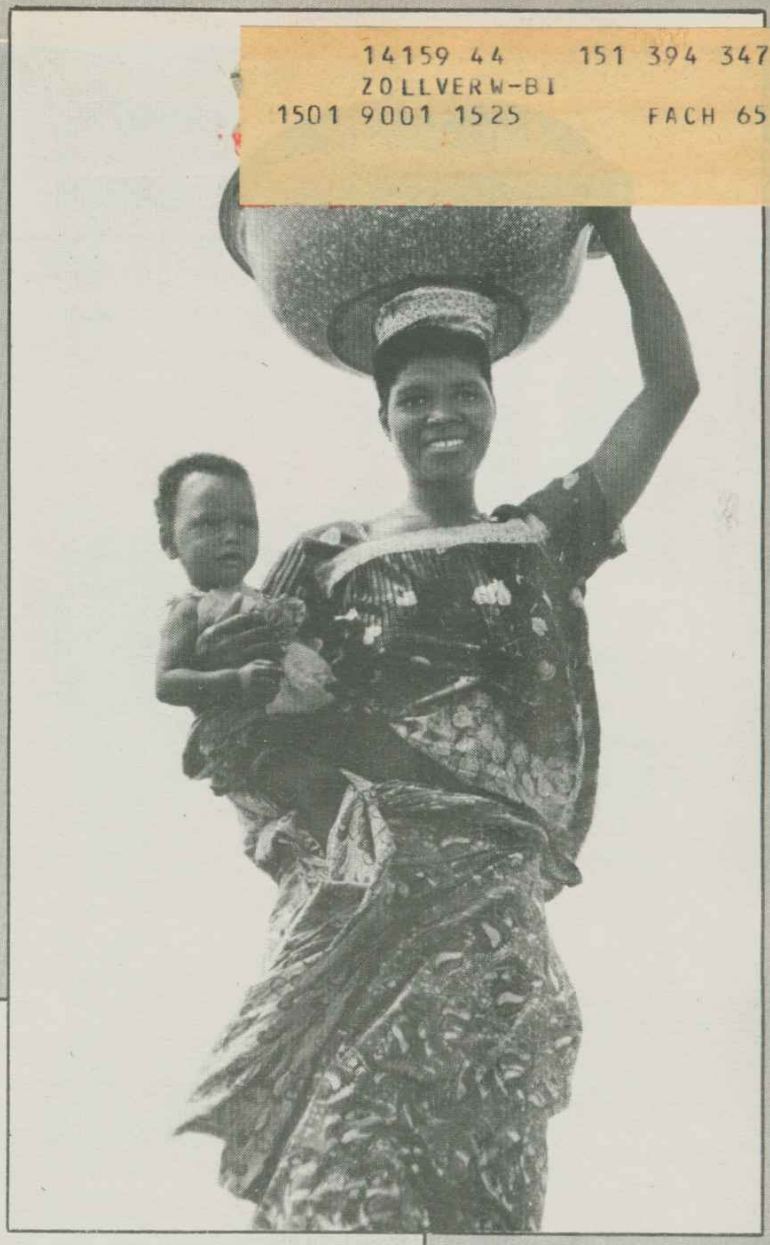


uschel- und Quarzbecher. Deutschland, Holland, 16. Jh. ● Im Ausstellungssaal.) Kette mit Anhänger, 16. Jh. (Silber, vergoldet). ● Doppelbecher. Deutschland, . Jh. (Silber, vergoldet). ● Nähzeugschatulle. Frankreich, 18. Jh. ● Zigarettenetui s der Hand Fabergés.

14159 44 151 394 347
ZOLLVERW-BI
1501 9001 1525 FACH 65

INTERNATIONALER FOTO- UND ZEICHEN-WETTBEWERB

„JAHR DES FRIEDENS“



Afrikanische Madonna



Schülerin aus Lomé (Togo)

Aufnahmen von Juri KOROLJOW (UdSSR)

Индекс 70624 НА НЕМЕЦКОМ ЯЗ